

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Christian Hacke

Traditionen und Stationen der Außenpolitik
der Bundesrepublik Deutschland

David R. Gress

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen
von 1945 bis 1987

Hans-Adolf Jacobsen

Deutsch-sowjetische Beziehungen:
Kontinuität und Wandel 1945 bis 1987

Karl-Rudolf Korte

Deutschlandbilder — Akzentverlagerungen der
deutschen Frage seit den siebziger Jahren

B 3/88

15. Januar 1988

Christian Hacke, Dr. phil., geb. 1943; seit 1980 Professor für Politikwissenschaft/Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU — Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975; Die Ära Nixon-Kissinger 1969—1974. Konservative Reform der Welt-politik, Stuttgart 1983; Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1960—1984, Stuttgart 1984; Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan, München 1985; (Hrsg.) Jakob Kaiser, Wir haben Brücke zu sein . . . Reden und Schriften, Köln 1988.

David R. Gress, Ph. D., geb. 1953 in Kopenhagen; Mitarbeiter der Weekendavisen Berlingske Aften. 1984 Auswanderung in die USA; seit 1985 Resident Fellow an der Hoover Institution, Stanford University.

Veröffentlichungen u. a.: (Ed.) Report of European Congress on Freedom and the Future, Stege (Dänemark) 1981; What the West Needs to Know About German Neutralism, in: Commentary, Januar 1983; Peace and Survival: West Germany, the Peace Movement, and European Security, Stanford 1985; Neutralism and World Order, in: William Kintner (Ed.), Arms Control: The American Dilemma, Washington 1987; The Nordic Countries, in: Gerald Dorfman (Ed.), The Politics of Europe, Stanford 1988.

Hans-Adolf Jacobsen, Dr. phil., geb. 1925; o. Prof. und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919—1970, 1970; Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, 2 Bde., 1973/78; Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung, 1977; Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939—1945, 1978; Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bde., 1979; (Mithrsg.) Bundesrepublik Deutschland und Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, 1979; (Mithrsg.) Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945. Eine Bilanz 1983; Spiegelbild einer Verschwörung, 2 Bde. 1984; (Mithrsg.) Contemporary Germany, Boulder 1984; (Mithrsg.) Demokratie und Diktatur, 1987; (Mithrsg.) Die Weimarer Republik, 1987.

Karl-Rudolf Korte, geb. 1958 in Hagen; wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz; seit 1986 stv. Leiter der Forschungsgruppe Deutsche Frage.

Veröffentlichungen u. a.: Nippons neue Vasallen? Die Japanpolitik der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1984; Der Traum vom „anderen“ Deutschland. Schriftsteller leiden am deutschen Weg, in: Deutschland Archiv, (1984) 4; Wer sind wir? Die deutsche Frage als Thema unserer politischen Kultur, in: Liberal, (1985) 4; (Mitautor) Die Deutsche Frage in der politischen Bildung. Denkanstöße für eine zeitgerechte Umsetzung, in: Deutschland Archiv, (1987) 7; Nationale Identifikation und europäische Bindung, in: D. Berg-Schlosser/ J. Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland, Opladen 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Traditionen und Stationen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1987

I. Traditionen

Die Geschichte der Bundesrepublik dauert mittlerweile vier Jahrzehnte. Blickt man in einen vergleichbar langen Zeitraum vor 1949, so umfaßt dieser das Wilhelminische Reich, den Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, den Zweiten Weltkrieg, die Wirren der Nachkriegszeit und die Anfänge der Bundesrepublik. Was für ein Vergleich! Beherrschten Brüche und Katastrophen die deutsche Geschichte vor 1949, so ist sie seitdem durch eine außerordentlich hohe Kontinuität und Stabilität gekennzeichnet. Daß wir unseren geschichtlichen Blick durch Historikerstreits schärfen, ist richtig. Aber es tut not, beim Optiker eine Zweitbrille abzuholen, denn die Bundesrepublik besitzt mittlerweile eine *eigene* Geschichte von langer Dauer. In einigen Jahren wird sie älter sein als das Deutsche Reich als Kaiserreich. Aber die zeitgeschichtliche Aufarbeitung der vier Jahrzehnte Bundesrepublik steckt erst in den Anfängen. Das beständige, angenehme Klima von Demokratie und Wohlstand hat die Sinne und die Wahrnehmung für ihre Leistungen offenbar unempfindlich gemacht.

Man wird zuweilen das Gefühl nicht los, als stellten sich viele Bürger die Bundesrepublik als eine Trauminsel vor, als ein materielles Schlaraffenland, ohne Gefühl für die äußere Umwelt, ohne Verständnis für die Außenpolitik. Arbeitsbesessen von montags bis freitags und freizeitbewußt am Wochenende und im Urlaub, erscheint Politik für viele als unmoralisches Geschäft „der da oben“, Außenpolitik nur als Händeschütteln mit Staatschefs anderer Länder oder als exotisches Ambiente für Urlaubs- oder Auslandsreisen.

Mangelndes Gefühl und fehlendes Interesse für die Außenpolitik der Bundesrepublik sowie eine wachsende Konzentration auf innenpolitische Themen

Die nachfolgenden Betrachtungen sind eine Zusammenfassung aus meiner in Kürze erscheinenden Gesamtdarstellung: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Traditionen, Stationen und Perspektiven, Stuttgart 1988.

Der Fritz-Thyssen-Stiftung danke ich für die freundliche Unterstützung.

haben eine Verständnislücke entstehen lassen, die der politischen Kultur der Bundesrepublik und der komplexen Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Außen- und Innenpolitik abträglich ist. Auch scheint es, daß an der Schwelle der neunziger Jahre viele den Überblick verloren haben hinsichtlich der außenpolitischen Grundsatzentscheidungen, der industriellen Verflechtungen und technologischen Durchbrüche, der transnationalen Beziehungen, der militärischen Bedrohung und politischen Entspannung, der Nuklearstrategie und der Zusammenhänge im westlichen Bündnis. Die Neigung, außenpolitische Fragen gutgläubig-moralisch zu beurteilen, statt nüchtern abzuwägen, sowie die Überfütterung durch weltpolitische Themen haben den Blick der Bürger nach außen stumpf werden lassen. Einer gewissen Ratlosigkeit in der Außenpolitik folgte die Hinwendung zur Innenpolitik. Aber kein Land der Welt ist so abhängig von einer kooperativen und geschickten Außenpolitik wie die Bundesrepublik:

– Die Situation des geteilten Landes zwingt seit vier Jahrzehnten zu einer deutschland- und ostpolitischen Aufmerksamkeit, die nur wir Deutsche allein voll verstehen können.

– An der ideologischen Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes bedarf die Bundesrepublik der außenpolitischen Unterstützung der westlichen Partner und Verbündeten.

– Die Sicherheit der Bundesrepublik kann nur im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses gewährleistet werden. Die ständige sicherheitspolitische Abstimmung ist deshalb zwingend.

– Die Garantie der USA, im Falle eines Krieges die Bundesrepublik auch mit Nuklearwaffen zu verteidigen, verweist auf die zentrale sicherheitspolitische Abhängigkeit der Bundesrepublik.

– Die exportorientierte und exportabhängige Wirtschaft der Bundesrepublik bedarf der internationalen Märkte und der Aufrechterhaltung eines liberalen Weltwirtschaftssystems.

– Umgekehrt zwingt der Mangel an eigenen Rohstoffen zu politischer Zurückhaltung gegenüber nicht-demokratischen oder totalitären Staaten,

wenn unsere Wirtschafts- und Kapital- bzw. Rohstoffinteressen tangiert sind.

— Die internationale Konkurrenz mit der DDR hat sich seit Beitritt der beiden deutschen Staaten in die UNO am 18. September 1973 qualitativ und verfahrensmäßig verändert, bleibt aber in ihrem Kern bestehen. Dieser Faktor zwingt zu zusätzlichen außenpolitischen Überlegungen, die nur für geteilte Nationen zutreffen.

— Die historische Belastung des Dritten Reiches schließlich bleibt für die Außenpolitik der Bundesrepublik in den kommenden Jahren mitbestimmend. Dies gilt nicht nur für Israel und den Nahen Osten.

Die erfolgreiche Bewältigung dieser und anderer Aufgaben von 1949 bis 1987 zeigt, daß neben der Innen- auch die Außenpolitik der Bundesrepublik eine erstaunliche Erfolgsgeschichte ist. Es gibt in der neueren deutschen Geschichte nichts Vergleichbares. Erst im historischen Vergleich wird dies deutlich:

— Die Außenpolitik des Kaiserreiches, insbesondere die der Wilhelminischen Ära, versank in Anmaßung, Schuld und außenpolitischem Dilettantismus. Sie war auch Ausdruck übersteigerten Nationalinteresses, das im Ersten Weltkrieg in Haß umschlug und die Nachkriegszeit vergiftete.

— Die Außenpolitik der Weimarer Republik im Spannungsfeld von kooperativer Westorientierung und machtpolitischer Revision ist eine besonders interessante Folie, um die großen Erfolge der Außenpolitik der Bundesrepublik hervortreten zu lassen. Der tragische Krisenbogen dreizehn deutscher Kanzler der Weimarer Republik — von Ebert bis Schleicher in nur vierzehn Jahren — steht in krassem Gegensatz zur Architektur der kontinuierlichen außenpolitischen Leistungen, die die sechs Bundeskanzler von Adenauer bis Kohl im Zeitraum von vier Jahrzehnten geschaffen haben. Der tragische Aspekt des Unterganges der Weimarer Republik und die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik belegen auf unterschiedliche Weise Otto Hintzes These, „daß der Geist der inneren Politik abhängig ist von den äußeren Existenzbedingungen eines Staates“¹⁾.

Innenpolitische Radikalisierung und wirtschaftspolitische Krisen, aber auch die Geringschätzung der Politik standen im Gegensatz zur Blüte der Weimarer Kultur und individueller Liberalität. Dabei wurde verkannt, daß auf der einen Seite Politiker um eine moderne liberale Demokratie westlichen Zuschnitts kämpften, deren rationale Argumente aber von nationalistischen und rassistischen Parolen

unterspült wurden. Nichts Vergleichbares kennen wir für die Bundesrepublik.

— Die Außenpolitik des Dritten Reiches führte im Namen Deutschlands zur nationalen, europäischen und globalen Katastrophe. Während die Folgen für Deutschland und Europa weitgehend erkannt wurden, sind die globalen Konsequenzen dieser Katastrophe immer noch unserem Vorstellungsvermögen entzogen. Aber ohne Hitlers Politik sähe nicht nur Europa, sondern der Globus anders aus.

Im „Dreikampf“ 1945 bis 1949 zwischen Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Jakob Kaiser erkennen wir, daß dieser Kampf auch ein Ringen der außenpolitischen Traditionen war. Die beiden letzteren Politiker, die in der Politik und insbesondere in der Außenpolitik der Weimarer Republik Orientierung für die Zeit nach 1945 suchten, scheiterten. Jakob Kaiser versuchte, in den Wellenkämmen des Kalten Krieges eine politische Brücke zwischen Ost und West zu bauen, ging dabei aber unter²⁾. Kurt Schumacher preßte die komplexen Realitäten der Nachkriegssituation in ein dogmatisch-sozialistisches Zwangskorsett. Seine Forderung nach Einheit und Sozialismus scheiterte am Ost-West-Gegensatz. Sein ethischer Imperativ der marxistischen Dialektik war für die Mehrheit der Deutschen nicht nachvollziehbar und widersprach vielen Realitäten. Schumachers militanter Anti-Kommunismus, sein dogmatischer Sozialismus, sein Anti-Kapitalismus und Anti-Amerikanismus machten die Deutschen ratlos. Seine bedeutendste Leistung bestand in der Bewahrung der Selbständigkeit der SPD und in der Ablehnung, diese mit der KPD in der SED aufgehen zu lassen. Aber eine realistische Außenpolitik, die vor allem den neuen Entwicklungen seit 1945 Rechnung trug, hatte Schumacher ebensowenig wie Kaiser anzubieten.

Nüchtern-politologisch betrachtet, muß Außenpolitik im Lichte des folgenden Fragenkomplexes gesehen werden: Welche Interessen sind außenpolitisch durchsetzbar, und in welchem Umfang findet Außenpolitik im Innern Zustimmung? Außenpolitische Kompatibilität und innenpolitischer Konsens sind für alle Staaten zentral³⁾. Sie erhalten für die Bundesrepublik eine besonders komplexe zusätzliche Dimension, weil im geteilten Deutschland ein permanenter geistiger und politischer Spannungszustand wirkt, den man in Anlehnung an Friedrich Meineckes Begriffe von der Staatsräson und dem

²⁾ Jakob Kaiser. *Wir haben Brücke zu sein: Reden und Schriften*, hrsg. von Christian Haacke, Köln 1988.

³⁾ Wolfram F. Hanrieder. *Compatibility and Consensus: A Proposal For the Conceptual Linkage of External and Internal Dimensions of Foreign Policy*, in: *American Political Science Review*, (1967) 4, S. 971–982.

¹⁾ Otto Hintze, *Soziologie und Geschichte*, Göttingen 1982, S. 200.

nationalen Interesse klären kann⁴⁾. In jedem ungeteilten Land kann das Begriffspaar „Staatsräson“ und „nationales Interesse“ zur Deckung gebracht werden, weil Staat und Nation eine Einheit bilden. Im geteilten Deutschland klaffen sie jedoch seit 1945 auseinander, ja, sie wurden zum Gegensatz. Die Staatsräson drängte die Bundesrepublik nach Westen: Unter dem Primat der Westbindung schuf die Außenpolitik eine feste und stabile Orientierung, die den Charakter der Bundesrepublik prägte. Gleichzeitig schien diese Politik in den Augen vieler dem nationalen Interesse Deutschlands abträglich, weil durch die Westbindung der Bundesrepublik die Teilung Deutschlands vertieft wurde. Die Westpolitik band die Bundesrepublik an und integrierte sie bzw. söhnte sie mit den westeuropäischen und atlantischen Demokratien aus. Sie minderte jedoch gleichzeitig die Chancen zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands und vertiefte den Graben über die Elbe- und Oder-Neiße-Linie hinaus.

Zusätzlich haben die bündnispolitischen Rahmenbedingungen der Westintegration die Qualität der Außenpolitik der Bundesrepublik verändert: permanente Absprachen, Kooperation und Koordination wurden notwendig und selbstverständlich. Die Bundesrepublik bestimmt nach Westen nicht allein Kurs und Geschwindigkeit auf der hohen See der internationalen Politik, sondern ist Teil des Geleit-zuges atlantischer Demokratien. Außenpolitische Entscheidungen müssen stets abgestimmt werden.

In der Programmatik und Politik der führenden Parteien kommt der Außenpolitik der Bundesrepublik unterschiedliche Bedeutung zu. Die CDU war jahrzehntelang die klassische Partei der Westbindung und repräsentierte die Grundfeste der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik. In den sechziger und siebziger Jahren zeigte sie jedoch entspannungspolitische Ohnmacht und Kritik, wurde aber unter Bundeskanzler Kohl zu der Partei, die die Deutschlandpolitik wieder dynamisierte.

⁴⁾ Friedrich Meinecke, Die Idee der Staatsräson in der Neuen Geschichte. München-Berlin 1929. Zur Konzeptualisierung des Begriffspaares „Staatsräson“ und „nationales Interesse“ mit Blick auf die Ost- und Deutschlandpolitik siehe: Christian Hacke, Soll und Haben des Grundlagenvertrags, in: Deutschland Archiv, (1982) 12, S. 1282–1304. Zu früheren Überlegungen siehe: Hans-Peter Schwarz, Die Politik der Westbindung oder die Staatsräson der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, (1975) 4, S. 307–337, und Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970. Auch Werner Link hat diese Gedanken aufgegriffen: Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, in: M. Funke/H.-A. Jacobsen/H.-H. Knütter/H.-P. Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur (Festschrift für K. D. Bracher), Düsseldorf 1987, S. 400–416.

Die SPD war seit 1949 primär in Sorge um das nationale Interesse. Das historische Stigma der Sozialdemokratie als Vaterlandsverräter machte sie nach 1949 besonders empfindlich für nationale Fragestellungen. Die Ostpolitik von Willy Brandt wurde zum herausragenden Merkmal der SPD der siebziger Jahre. Die historische Vernachlässigung von sicherheitspolitischen Themen durch die SPD wurde erst unter Bundeskanzler Schmidt wieder deutlich. Spannungspolitische Arroganz bzw. ein ostpolitischer Alleinvertretungsanspruch geriet ab Ende der siebziger Jahre in Gegensatz zu offenkundiger entspannungspolitischer Erfolglosigkeit. Zusätzliche sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Leichtsinnigkeiten führten mit zum Regierungsverlust der SPD und seit 1982, so scheint es, ins außenpolitische Abseits. An der Schwelle der neunziger Jahre hat die deutsche Sozialdemokratie keine außenpolitischen Alternativen anzubieten. Die Anti-Amerikanismus-Tendenzen in der SPD haben die SPD mit Blick über den Atlantik isoliert. Ihre Vorschläge in der Sicherheitspolitik gefährdeten eher die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik. Ihre Vorstellungen zur westeuropäischen Integration blieben in Ansätzen stecken.

Die alte, bevorzugte Position der Sozialdemokratie in Osteuropa und vor allem in der Sowjetunion ist weiter im Schwinden. Außerdem war die SPD nicht in der Lage, ihre Kritik an SDI von einem emotionalen, unkritischen und rückständigen Romantizismus zu trennen. Die SPD hat auch im Bereich der Außenpolitik den entscheidenden Wandel in Technologie und Wirtschaft — nicht nur auf den Welt- raum bezogen — unzureichend verstanden. Moralistische Tendenzen in der Außenpolitik und idealistische Abrüstungsvorstellungen wärmten zwar das eigene Herz, bewegten außenpolitisch jedoch nichts.

Im Parteienspektrum ist die FDP die interessanteste außenpolitische Formation. Sie wurde zum Garanten für kalkulierten Wandel bei entscheidenden Fragen. Als Garant für eine Gleichgewichtspolitik, die nach Westen und Osten den Spannungsbogen zwischen Staatsräson und nationalem Interesse konstruktiv nutzt, trat sie in den entsprechenden Zeitpunkten auf die möglichen Koalitionspartner SPD oder CDU/CSU zu und wirkte entscheidend auf die Außenpolitik der entsprechenden Regierungskoalition. Ohne die FDP wäre es nicht zur Ostvertragspolitik der frühen siebziger Jahre, aber auch 1982 nicht zur Regierung Kohl/Genscher gekommen. In dieser Koalition hat die FDP die entspannungspolitischen Kräfte in der Union, die ohne die Hilfe der FDP nicht gestaltungsfähig wären, gestützt. Kein Wunder, daß die CSU auch in außen-

politischer Hinsicht die FDP koalitionsintern bekämpft.

Die FDP ist der Garant für außenpolitischen Wandel, aber auch für Stabilität. Sie hat 1982 die außenpolitische Orientierung der SPD nach links nicht mehr mitgetragen und dementsprechend mit der CDU/CSU eine Regierungskoalition gebildet, die die tragenden Elemente der Ostvertragspolitik fortführt, in der Sicherheitspolitik und in der Rüstungskontrollpolitik jedoch neue Akzente setzt. Die beiden großen Massenparteien sind für außenpolitische Kurskorrekturen, für schnelles Reagieren auf Wind und Stürme der internationalen Politik bisweilen zu träge. Die FDP ermöglichte bzw. erzwang 1961, 1969 und 1982 hier entscheidende außenpolitische Kursänderungen.

Nicht erst mit Außenminister Genscher hat das Auswärtige Amt eine eigene außenpolitische Tradition von Stabilität und Kontinuität entwickelt. Diese beginnt bereits mit Außenminister Schröder 1961, als sich die Autorität der Kanzlerdemokratie außenpolitisch unter Adenauer verzweigte. Seitdem hat sich die außenpolitische Entscheidungsgewalt des Bundeskanzlers verringert, ist der Entscheidungsbedarf weitflächiger strukturiert. Mehr Institutionen innerhalb des Landes, aber auch der Nachbarstaaten müssen an den Entscheidungen beteiligt werden. An der Schwelle der neunziger Jahre verfügt der Bundeskanzler nur noch über einen relativ geringen Teil an außenpolitischen Entscheidungen, über die er weitgehend autonom befinden kann. Weit über 90 Prozent der außenpolitischen Entscheidungen fallen im multilateralen Rahmen von NATO, EG, EPZ, im Rahmen des KSZE-Prozesses, im GATT und im Rahmen anderer multilateraler oder multinationaler Institutionen. Das bedeutet nicht, daß der Bundeskanzler, der Außenminister und andere keine wesentliche außenpolitische Entscheidungsgewalt mehr besitzen, aber die Art der Entscheidungsfindung hat sich verändert. Die Komplexität der außenpolitischen Themen, der Zeitfaktor und der Zwang zu koalitionspolitischen Absprachen haben zudem an Bedeutung gewonnen.

Für die Außenpolitik der Bundesrepublik stellt sich also eine dritte Frage: Wie wird sie koalitionspolitisch innerhalb der Bundesregierung gehandhabt? Im Unterschied zu den USA, wo zwei Parteien die Regierung und Opposition stellen, rivalisieren in der Bundesrepublik auf Bundesebene vier Parteilagerungen: CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen. Da absolute Mehrheiten die Ausnahme bilden, sind Regierungskoalitionen zwischen zwei Parteien die Regel. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß auch innerhalb der Parteien starke Flügel

miteinander konkurrieren: In außenpolitischen Fragen muß die SPD parteiintern mit einem starken linken Flügel rechnen, der antiamerikanisch, mit übertriebenem Entspannungsoptimismus, mit Vernachlässigung der sicherheits- und machtpolitischen Aspekte und mit Vorbehalten gegenüber der Westintegration, dafür aber stark national-gesamtdeutsch argumentiert. Innerhalb der CDU/CSU verweisen der Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten in den sechziger Jahren, die internen Auseinandersetzungen zur Ostpolitik in den siebziger Jahren⁵⁾ und die Gegensätze in der Sicherheits- und Entspannungspolitik, aber auch in der Menschenrechtspolitik der achtziger Jahre auf erhebliche Differenzen. Auch innerhalb der FDP gab es im Verlaufe der Jahrzehnte außenpolitische Richtungskämpfe. Die national-liberale Orientierung der FDP wurde Mitte der sechziger Jahre schwächer. Nach der Ablösung des Parteivorsitzenden Mende wurde unter der Führung von Scheel und Genscher die FDP zum ost- und entspannungspolitischen Schrittmacher der deutschen Parteien.

Hieraus ergibt sich, daß die Antwort auf die Frage, wie Außenpolitik koalitionspolitisch in der Bundesregierung gehandhabt wird, nicht einfach ausfallen kann. Neben den innerparteilichen Auseinandersetzungen kommt es zu Kontroversen zwischen den Koalitionspartnern. Fragt man nach der Kontinuität und dem Wandel in der Außenpolitik der Bundesrepublik, so genügt der Hinweis auf die Bundeskanzler und die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD nicht. Die FDP wurde mit Blick auf die Ost- und Deutschlandpolitik zum Scharnier, das den Wandel ermöglichte. Sie gab der Ost- und Deutschlandpolitik entscheidende Denkanstöße und animierte die großen Parteien zu neuen Überlegungen. War die FDP 1969 der ost- und deutschlandpolitische Vorreiter, so wurde sie 1982 zum skeptischen Mahner, als in der SPD entspannungspolitische Stagnation und sicherheitspolitische Illusionen sich verfestigten. So ist die FDP die klassische außenpolitische Partei der Bundesrepublik geworden. Außenminister Genscher kann als der Stresemann der Außenpolitik der Bundesrepublik bezeichnet werden.

Schließlich sollte daran erinnert werden, daß in der Außenpolitik nicht, wie Politologen gern behaupten, in der Regel Optionen, also verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stehen, unter denen eine Regierung auswählen kann. Die Geschichte seit 1945 zeigt, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik zunächst dem Diktat der Sieger unterlag. Der

⁵⁾ Vgl. hierzu Christian Hacke, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975.

Wandel Deutschlands vom mächtigen Subjekt zum ohnmächtigen und geächteten Objekt ließ keine außenpolitischen Optionen zu. Deutschlands tiefer Sturz 1945 aus den Höhen verblendeter Machtpolitik ist in seinem Ausmaß für uns heute kaum noch nachzuvollziehen. Die Entwicklungsgeschichte vom geistig, ökonomisch und politisch halbtoten „Trizonesien“ zur Bundesrepublik, die heute als Weltmacht wider Willen bezeichnet werden könnte, gleicht da eher einem Wunder. Die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik auch in ihren außenpolitischen Weichenstellungen war nicht das Ergebnis bewußter politischer Entscheidungen allein, sondern wurde durch spezifische weltpolitische Konstellationen und Ereignisse Schritt für Schritt Wirklichkeit⁶⁾.

Entwicklungsgeschichtlich war Deutschland 1945 weder für den Kommunismus eingestellt noch zur freiheitlichen Demokratie fähig. Die siegreichen Alliierten führten die Deutschen geteilt in die kommunistische Diktatur bzw. in die demokratische Freiheit. So gesehen wurden Konrad Adenauer in Bonn und Walter Ulbricht in Ost-Berlin zu den Vollstreckern von ausschließlich ideologisch und machtpolitisch motivierten Staatsgründungen, die keine historischen Wurzeln hatten. Zusammen mit der DDR bildet die Bundesrepublik die spektakulärste spiegelbildartige Neugründung von Staaten, deren spezifische Genesis auf dem Hintergrund des ideologischen und militärstrategischen Reißbretts des Kalten Krieges zu sehen ist.

So hat die Bundesrepublik zwar auch den Vernunftcharakter des Rationalstaates Preußen, aber geringere Bindungen an den deutschen Nationalstaat des 19. oder 20. Jahrhunderts. Auch die Bundesrepublik entstand, wie Preußen, aus der Katastrophe. Aber während Preußen den Nationalstaat noch nicht kannte, war er nach Hitler bereits wieder diskreditiert. Der Rationalstaat Preußen ließ sich in das europäische Kräftesystem des 18. und 19. Jahrhunderts einbinden. Genauso bildeten die beiden deutschen Staaten nach 1945 ein Stabilitätselement in Europa. Wenn man diesem Gedankengang folgt, so vermerkt man nicht ohne Ironie, daß Adenauer in preußische Traditionen eintrat, um Preußen zu überwinden.

Während die Bundesrepublik am Laufgitter und unter dem Schutz der NATO auf die Beine kam, geführt und unterstützt von den USA⁷⁾, blieb der

ostdeutsche Rationalstaat totalitär im Innern und nach außen abhängig und isoliert. Auch heute noch kennen die Menschen im östlichen Teil Deutschlands seit nun bald 60 Jahren keine andere Erfahrung als die der totalitären Staatsgewalt. Überspitzt ausgedrückt, hat sich Preußen in der Doppelgründung Bundesrepublik und DDR vollendet. In der Bundesrepublik finden wir die positiven altpreußischen Tugenden wie Toleranz, Pflichtbewußtsein und hohe Arbeitsmoral, aber auch Spuren von wilhelminischer Protzerei in Wirtschaft und Gesellschaft. Die DDR hingegen erscheint nur auf den ersten Blick in den vier Jahrzehnten durch die kommunistische Ideologie geprägt. In Wirklichkeit ist sie eine eigene Mischung aus problematischen preußischen Traditionen und Totalitarismus im sozialistischen Gewand: Preußentum und Sozialismus⁸⁾ – diese Vision konservativer Denker der Weimarer Republik hat sich, wenn auch unter roter Fahne, in der autoritär-diktatorischen Staatsräson der DDR verwirklicht. Außenpolitisch konnte die DDR an die gemeinsamen preußisch-russischen Befreiungskriege gegen Napoleon anknüpfen und gewisse Traditionen, wenn auch auf problematische Weise, aufrichten. Sie werden durch ideologischen Kitt zusammengehalten.

Für die Außenpolitik der Bundesrepublik hingegen ergeben sich wenig Traditionen, die an Preußen anknüpfen. Die Bundesrepublik vollendete eine außenpolitische Linie, die zwar schon in der Weimarer Republik angelegt war, sich aber dort nicht entfalten konnte: außenpolitische Westorientierung und innenpolitische Demokratisierung als sich gegenseitig bedingende Faktoren. Hatte nach 1918 die außenpolitische Ohnmacht Deutschlands die Entfaltung der Demokratie im Innern erschwert, so vermochte nach 1949 die außenpolitische Verankerung der Bundesrepublik im Westen die demokratische Entwicklung im Innern zu festigen und zu fördern⁹⁾. Rathenau und Stresemann hatten in der Westpolitik nicht nur Aussöhnung und Kooperation gesucht, sondern Zugang zu westlichen Märkten und Zutritt zum Welthandel. Was am Ende der Weimarer Republik zusammenbrach – die Bemühungen um Annäherung an den Westen, Prestigegewinn im atlantischen Rahmen, neue wirtschaftliche Chancen über ökonomische Kooperation im Weltmaßstab –, das wurde nach 1949 für den westlichen Teil Deutschlands Wirklichkeit.

Nach 1933 bzw. 1945 war die Tradition einer an Mitteleuropa orientierten deutschen Gleichge-

⁶⁾ Vgl. hierzu Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, und ders., Die Ära Adenauer 1957–1963, Stuttgart 1981 und 1983.

⁷⁾ Dieses Bild stammt von Manfred Knapp, Sorgen unter Partnern. Zum Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1984, S. 70.

⁸⁾ Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, München 1919.

⁹⁾ Vgl. hierzu Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 297 ff.

wichtspolitik verloren gegangen. Wer sie wiederzubeleben suchte, wie Jakob Kaiser, scheiterte. Nur wenige Außenseiter der Weimarer Republik, die die klassische Gleichgewichtspolitik in Richtung Westbindung weiterentwickeln wollten, haben Traditionslinien geschaffen, an die man nach 1949 anknüpfen konnte. In der geistigen und politischen Elite von Weimar gab es nur wenige, die eine profilierte Westorientierung Deutschlands und zugleich die Demokratisierung im Innern als Parallelaktion begrüßten. Unter gewissen Vorbehalten kann man hier Thomas Mann, Ernst-Robert Curtius, Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch und Max Weber als geistige Großväter der demokratischen Westbindung der Bundesrepublik bezeichnen. Die weitsichtige Überlegung, daß „die Welt, in der Deutschland seine Heimstätte zu suchen hat, ein angelsächsisches Weltsystem sein wird“, war in Weimar die Ausnahme, wurde aber 40 Jahre später zur Grundlage für die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.

Es war tragisch, daß Deutschland nicht schon nach dem Ersten Weltkrieg willens und fähig war, nüchtern zu erkennen: „mit einer weltpolitischen Rolle Deutschlands ist es vorbei: die angelsächsische Weltherrschaft ist Tatsache . . . die russische Knute haben wir abgewendet. Dieser Ruhm bleibt uns. Amerikas Weltherrschaft war so unabwendbar wie in der Antike die Roms nach dem Punischen Krieg. Hoffentlich bleibt es dabei, daß sie nicht mit Rußland geteilt wird. Dies ist für mich Ziel unserer künftigen Weltpolitik, denn die russische Gefahr ist nur für jetzt, nicht für immer beschworen.“¹⁰⁾

Der Kampf um die außenpolitischen Traditionen wurde nach 1945 innerhalb der CDU vordergründig zwischen Konrad Adenauer und Jakob Kaiser ausgetragen. In Wirklichkeit dominierte das amerikanische Konzept der Eindämmung über die klassische, aber gescheiterte Gleichgewichtsdiplomatie des alten Europas, zu der sich unter günstigen Bedingungen auch die Sowjetunion nach 1945 bekannt hätte. Dabei war Otto Hintzes Einsicht von 1926 nach 1945 zwanghafte Realität geworden: „Wir sind kein freies und wehrhaftes Volk mehr, und die Grundvoraussetzungen aller Politik sind damit verändert . . . Der Geist der inneren Politik (ist) abhängig von den äußeren Existenzbedingungen eines Staates. Unsere äußeren Existenzbedingungen sind heute derart, daß auswärtige Politik nur in sehr engen Grenzen überhaupt möglich und jedenfalls des militärischen Nachdrucks völlig beraubt ist. Wir sind im wesentlichen aus einem Subjekt zu einem

¹⁰⁾ So Max Weber, zit. nach: Marianne Weber, Max Weber, ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 648.

Objekt der Weltpolitik geworden.“¹¹⁾ Von der gedanklichen Westorientierung zur politischen Westbindung — das ist der entscheidende Schritt von der Weimarer Republik über das Feld der Katastrophe zur Bundesrepublik. Die Westbindung in der Außenpolitik der Bundesrepublik war die zum Teil unfreiwillige Vollendung dessen, was geistig nach 1919 nur von Außenseitern formuliert wurde. Erst im eisigen Klima des Kalten Krieges, das ist das Paradoxe, zog in die Wohnstuben der Westdeutschen die angenehme Wärme von Demokratie ein. Durch die Westbindung wurden Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Sicherheit verwirklicht und selbstverständlich. War die Bundesrepublik zu Beginn außenpolitisch und moralisch von minderem Status, so gelang es Adenauer, sie zum Mitbegründer eines westeuropäisch-demokratischen Staatensystems zu machen. Stabilisierend wirkte außerdem, daß — im Unterschied zur Zeit nach 1919 — nach 1949 die Entwicklung des materiellen Wohlstands die Demokratie im Westen Deutschlands stabilisierte.

Gesamtdeutsche Sirenen rührten zwar nationalpolitische und auch machtpolitische Sehnsüchte, hätten damit aber Freiheit und Wohlstand gefährdet. Hatte doch die Außenpolitik der Bundesrepublik im westeuropäischen Integrationsrahmen und in der atlantischen Verflechtung nicht nur ökonomisch, sondern auch sicherheitspolitisch gesehen einen festen Rahmen in neuer Größenordnung geschaffen. Dieses tragende Mittelstück — politische Entspannung, wirtschaftliche Prosperität und militärische Sicherheit —, das für die außenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik fehlte, konnte ab 1949 nach Westen hin entwickelt werden¹²⁾.

In gewisser Weise wurde damit die Bundesrepublik durch die Westorientierung für alte Nationalisten „undeutsch“. Sie wurde, um ein unglückliches Wort von Werner Sombart umzukehren, vom Helden zum Händler¹³⁾. Diese wirtschaftsorientierte und unpolitische Haltung nach dem Zweiten Weltkrieg war auch Ausdruck von „Katerstimmung eines Berserkers, der seinen Machtrausch ausgeschlafen und sich hinfort zum friedlichen Geldscheffeln ent-

¹¹⁾ Otto Hintze, Soziologie und Geschichte (Anm. 1), S. 202.

¹²⁾ Vgl. hierzu H. Boockmann/H. Schilling/H. Schulze/M. Stürmer, Mitten in Europa, Deutsche Geschichte, Berlin 1984.

¹³⁾ Werner Sombart, Händler und Helden, Patriotische Besinnungen, München-Leipzig 1915. Für den Hintergrund: Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral, Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.

geschlossen hat¹⁴⁾. Die ausgeprägte wirtschaftspolitische Dimension in der Außenpolitik von Erhard bis Kohl wurde zum Schlüssel deutscher Weltgeltung. Auch der Kalte Krieg der frühen zwanziger Jahre zwischen der Weimarer Republik und Frankreich steht in krassem Gegensatz zur schnellen und umfassenden Aussöhnung zwischen den alten Erzrivalen nach 1949. Heute sind die deutsch-französischen Konsultationen, ist die deutsch-französische Abstimmung zum zentralen Kugellager westeuropäischer Politik und zu einer tragenden Achse des Atlantischen Bündnisses geworden. Zwischen 1962 und 1987 trafen sich die Bundeskanzler und die französischen Staatspräsidenten fünfzigmal zu Gesprächen. Was man in der Weimarer Republik nicht

erreichte, wurde in der Außenpolitik der Bundesrepublik Wirklichkeit; die deutsch-französische Rivalität wurde in das Fahrwasser der Kooperation und Freundschaft gelenkt. Zusätzlich beugte Adenauer mit dem deutsch-französischen Vertrag von 1963 einer französisch-sowjetischen Annäherung vor. Der Bau eines anti-kommunistischen europäischen Damms wurde damit ebenfalls gestärkt. Die Westpolitik Konrad Adenauers wurde zum bestimmenden Stilelement und zum Ausdruck einer liberal-demokratischen politischen Kultur, die vor 1945 distanziert betrachtet worden war. Es war tragisch für die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, daß die Versuche einer Westorientierung in der Weimarer Republik so erfolglos blieben.

II. Stationen

1. Der Primat der Westbindung bei Konrad Adenauer

Adenauer personifizierte ein politisches Patriarchat in geglückter Mischung von Konservatismus und Demokratie, wie einige Weitsichtigen es für die Weimarer Republik gewünscht hatten: „Die größte und gesundeste Demokratie der Welt, Nordamerika, (ist) überaus lehrreich durch ihren Gegensatz. Dort ist die Demokratie konservativ und ohne jedes verewigte Revolutionsdogma . . . Sie behandelt ihre eigenen verfassungsrechtlichen Grundlagen mit dem allerkonservativsten Respekt, wohl wissend, daß gerade für eine Demokratie das von der allerhöchsten Bedeutung ist und sie allein gegen Anarchie und Leichtsinn schützt . . . In dieser Hinsicht wollen wir das Ideal einer konservativen Demokratie aufrichten.“¹⁵⁾ Auch die anderen politischen Prämissen von Konrad Adenauer – die Ablösung von Preußens Vorherrschaft, die Balance zwischen Föderalismus und Zentralismus beim Staatsaufbau der Bundesrepublik – tauchten schon bei einigen Außenleitern der Weimarer Republik auf. Adenauers Erfahrungen schlugen eine Brücke von der Bundesrepublik zurück zur Weimarer Republik bis in die Wilhelminische Epoche. Andererseits legte er durch die Westbindung Deutschlands Zukunft auf Jahrzehnte fest.

¹⁴⁾ Dieses Bild stammt von Hans-Peter Schwarz: Die Rollen der Bundesrepublik in der Staatengesellschaft, in: K. Kaiser/ R. Morgan (Hrsg.), Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, München 1970, S. 237.

¹⁵⁾ Ernst Troeltsch, Die deutsche Demokratie, in: ders., Spektator-Briefe, Tübingen 1924, S. 311 ff. Ebenso wichtig: Ernst Troeltsch, Deutscher Geist und Westeuropa, Tübingen 1925.

Seiner Politik ist es zu verdanken, daß nach 1945 und vor allem nach 1949 irrationaler Nationalismus in Deutschland nicht wieder aufflammte. In der Außenpolitik praktizierte Adenauer auf patriarchalische Weise Erziehungsdemokratie. Die Westintegration bot nicht nur Souveränität, Sicherheit, Schutz für die demokratische Ausgestaltung der Bundesrepublik, sondern zeigte Dimensionen auf, von denen Deutschland vor 1945, ja auch vor 1914, nur träumen konnte. Die deutsche Fähigkeit im Welthandel, im Management, Arbeitsdisziplin, unternehmerische Initiative, technologischer Erfindergeist und eine positive Grundeinstellung zur freien und sozialen Marktwirtschaft zeigen, daß in der Bundesrepublik „protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ konstruktiv zusammenwirken. Zu Recht bemerkt Hans-Peter Schwarz: „Die Konsolidierung der Demokratie in der Ära Adenauer führte den empirischen Nachweis, daß es dabei auf die Demokratisierung der Wirtschaft nicht ankommt. Die viel beklagte Restauration des Kapitalismus hat die Demokratie nicht gefährdet, sondern sicherer gemacht. Sie hat ein Maximum an ökonomischer Effizienz und damit eine zuvor unvorstellbare Verbesserung des Massenwohlstandes entfesselt . . . Die Sozialdemokraten hatten der Verbindung von Adenauerscher Integrationspolitik mit dem binnen- und außenwirtschaftlichen Liberalismus Ludwig Erhards nicht viel entgegenzusetzen.“¹⁶⁾

Ludwig Erhards Wirken erinnert daran, daß die soziale Marktwirtschaft nicht nur innenpolitisch verstanden werden darf. Sie schuf auch die Möglichkeit des Wiedereintritts Deutschlands in den

¹⁶⁾ H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer 1957–1963 (Anm. 6), S. 341.

Weltmarkt unter den Bedingungen eines liberalen Welthandels. Erhard dachte und handelte auch als Bundeskanzler internationalistisch, hatte aber — seine Europapolitik beweist dies — unverhohlene Skepsis gegenüber den supranationalen Zielsetzungen der Westintegration. Auch dem Gemeinsamen Markt gegenüber hegte er Vorbehalte; er fürchtete hier protektionistische Tendenzen. Die Entwicklung in den achtziger Jahren zeigt, daß Erhards Skepsis nicht unbegründet war. Auch weltwirtschaftspolitisch hat Bundeskanzler Erhard in vielerlei Hinsicht recht behalten: Die Wirtschaftspolitik der Staaten ist nationalistischer und protektionistischer geworden. Seine Warnung, daß der Wohlstand nicht zum platten Materialismus degenerieren dürfe, sondern zur Basis freierer Entfaltung der gesellschaftlichen und politischen Kultur werden müsse, bleibt ebenfalls aktuell¹⁷). Die Hallstein-Doktrin konnte in der Weltpolitik vor allem deshalb wirkungsvoll angewandt werden, weil neben der demokratischen Attraktivität die wirtschaftspolitische Kraft der Bundesrepublik überzeugte. So gesehen, hatte Erhard die wirtschaftspolitischen Grundlagen für den internationalen Alleinvertretungsanspruch der fünfziger und sechziger Jahre gelegt.

2. Die Konzentration auf die Ost- und Deutschlandpolitik unter den Bundeskanzlern Kiesinger und Brandt

Auch wenn seine Amtszeit als Bundeskanzler nur knapp drei Jahre ausmachte, so vermittelte Kurt Georg Kiesinger den Deutschen ein verändertes politisches Wertgefühl. Kiesinger war der erste Kanzler der CDU, der mit Blick nach Osten erkannte, daß eine schonungslose Neueinschätzung nottat. Erst durch ihn — zugegebenermaßen auf Druck der SPD — wurde hier der Weg frei für eine Politik der kleinen Schritte. Die Unionsparteien verdanken Kurt Georg Kiesinger das Bewußtsein für eine eigene entspannungspolitische Tradition, die auf Grundgedanken von Jakob Kaiser zurückgeführt werden kann. Die Ostpolitik wurde gedanklich und terminologisch anspruchsvoller, aber noch fehlte der konzeptionelle Guß.

Kiesinger repräsentierte die Bundesrepublik großbürgerlich-lässig und selbstbewußt. Er gehörte zu den wenigen führenden Politikern in der Union, die sich von Konrad Adenauer nichts bieten ließen, und der, als der Konflikt unabwendbar war, eher in der Provinz sein eigener Herr sein wollte als in

Bonn auf Ministerposten zu warten. Diese Außen-seiterexistenz, der Verzicht auf eine Hausmacht in Bonn, und die Fähigkeit, abzuwarten, haben sein souveränes Denken und Handeln als Bundeskanzler geprägt. Ihn umgab ein Hauch von Unabhängigkeit.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierungskoalition wurde ab 1969 möglich, weil sich die internationalen Rahmenbedingungen verändert hatten. Es gab schon in Ost und West einen Willen zur Entspannung, aber es gab noch keine Entspannungspolitik. In Ost und West war man sich noch nicht darüber im klaren, ob und wie man die unterschiedlichen Interessen in ein Konzept gießen könnte. Auch wußte man noch nicht, mit welchen Methoden und Mitteln mit der anderen Seite eine Entspannungsstruktur würde entwickelt werden können. Es ging also nicht nur um die substantielle Problematik im Ost-West-Verhältnis, sondern auch um die Unsicherheiten bei der diplomatischen Vorgehensweise, um ein „Management der Détente“ zu ermöglichen¹⁸).

Nach der Ratifizierung der Ostverträge im Mai 1972 und mit der Inkraftsetzung des Berlin-Abkommens am 3. Juni 1972 rückte die Bundesrepublik in eine Schlüsselposition der amerikanisch-sowjetischen Entspannungsbemühungen, weil sie die Skepsis der Regierung Nixon und das Drängen der Sowjetunion überbrücken und für eigene Interessen zu nutzen vermochte. Das Treffen von Bundeskanzler Brandt und Parteichef Breschnew im September 1971 in Oreanda auf der Krim symbolisierte die neue, gewachsene Position der Bundesrepublik im Entspannungsgeflecht zwischen Ost und West. Gesprächsverlauf und Ergebnisse zeigten den Versuch der Sowjetunion, die Bundesrepublik für ihre eigenen Ziele einzusetzen. Breschnews Versuch, das Berlin-Junktim umzudrehen, scheiterte jedoch. Deshalb markierte Oreanda auch den Punkt, an dem deutlich wurde, daß die Bundesrepublik von nun an nicht mehr als Objekt, sondern als handelndes Subjekt die Ost-West-Politik mitgestalten würde. Oreanda markierte kein neues Rapallo, sondern — wenn dieser Vergleich überhaupt möglich ist — den Wunsch nach einem Ost-Locarno, das heißt nach Aussöhnung und Kooperation.

Die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel war weniger Reflex oder Reaktion auf die Politik der Regierung Nixon¹⁹), sondern vielmehr Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins der Bundesrepublik Deutschland, die — nach der Aussöhnung mit dem

¹⁷) Vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Stuttgart 1984. Knapp, aber informativ: Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard, Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986.

¹⁸) Philip Windsor, Germany and the Management of Détente, London 1971.

¹⁹) Vgl. Christian Hacke, Die Ära Nixon/Kissinger, Konservative Reform der Weltpolitik 1969–1974, Stuttgart 1983.

Westen und nach der Wiedergutmachung gegenüber Israel — nun die Normalisierung gegenüber den Staaten in Osteuropa und der DDR selbstbewußt und vorbildlich praktizierte. Lediglich unter taktischen Aspekten, wie z. B. unter dem Gesichtspunkt der hohen Anlaufgeschwindigkeit, hatte die Ostpolitik der Bundesrepublik nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Widerstände und Skepsis zu überwinden. Gleichwohl stand der Wandel der Bundesrepublik vom Mitmacher zum Schrittmacher in Europa, ihr Aufstieg zur europäischen Spannungsvormacht im Einklang mit den grundlegenden Prämissen des westlichen Bündnisses.

Die Stagnation in der Ost- und Deutschlandpolitik gegen Ende 1973 markiert zugleich neue Schwerpunkte in Brandts außenpolitischen Überlegungen. Ihm genügte es nicht mehr, „die klassischen Motivierungen von Streitigkeiten zu untersuchen: territoriale Ansprüche, ideologische Herrschaftsprobleme, Versuchungen imperialistischer Dominanz, Schwächen der Sicherheitssysteme, Erschütterungen des Gleichgewichts . . . es gibt Gewalttätigkeit durch Duldung, Einschüchterung durch Indolenz, Bedrohung durch Passivität, Totschlag durch Bewegungslosigkeit“²⁰⁾ — dies wollte Brandt ändern. Vor den ost- und deutschlandpolitischen Schwierigkeiten flüchtete er in die weltpolitische Vision der Versöhnung und Gerechtigkeit. So gesehen, war sein Rücktritt im Mai 1974 außenpolitisch konsequent.

3. Der Eintritt der Bundesrepublik in die weltpolitische Dimension unter Helmut Schmidt

Bundeskanzler Helmut Schmidt repräsentierte ein neues Deutschland, von dem man in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur hätte träumen können: eine im Innern — trotz terroristischer Aktivitäten — gefestigte und nach außen selbstbewußte Bundesrepublik. Schmidt mußte nicht mehr politische Anerkennung moralisch erarbeiten. Das hatten vor ihm Konrad Adenauer im Westen und Willy Brandt im Osten getan. Er mußte das außenpolitische Erbe in Zeiten der Krise zusammenhalten und, wenn möglich, vergrößern. Schmidt suchte deshalb die ökonomischen Gefahren für die Bundesrepublik, die von Weltwirtschaftskrisen und politischen Pendelschwüngen der USA ausgingen, zu bannen. Ferner wollte Schmidt die ostpolitische Flanke der Bundesrepublik vor Supermachtkonfrontationen oder sowjetischem Machtgewinn schützen.

Helmut Schmidts Blick über die europäischen Grenzen hinaus blieb im deutschen Interesse öko-

nomisch orientiert. Den amerikanischen Anspruch auf weltweite Unteilbarkeit der Entspannung beobachtete er mit Skepsis, fürchtete er doch, daß bei amerikanisch-sowjetischen Turbulenzen die Westeuropäer und zumal die Westdeutschen in den Sog globaler Spannungen geraten könnten. Schmidts Persönlichkeit, seine Sachkenntnis in internationalen Fragen, seine Gleichgewichtsdiplomatie und seine Berechenbarkeit waren ausschlaggebend dafür, daß die Bundesrepublik zu einer Weltmacht zweiter Ordnung aufstieg. Der alte Gegensatz zwischen dem Wirtschaftsriesen und dem politischen Zwerg — dieser deutsche Homunkulus der Nachkriegszeit — war verschwunden. Dank Willy Brandts Ostpolitik und aufgrund eigener Leistungen in den verschiedenen Welt- und Energiekrisen der siebziger und frühen achtziger Jahre hatte Schmidt die ökonomische Großmacht Bundesrepublik auch politisch auf eine globale Ebene angehoben. Begünstigt wurde dieser Prozeß dadurch, daß die westlichen Partner Machteinbußen hinnehmen mußten, hingegen die Bundesrepublik unter Schmidt mit vielen Krisen in der Welt besser fertig wurde.

Während der Amtszeit Helmut Schmidts wurden die internationalen Sicherheitsprobleme komplexer: Ökonomische, politische, militärische, terroristische und ökologische Fragen schufen zum Teil kompliziert miteinander verknüpfte Sicherheitsdimensionen, die in ihren Wechselwirkungen die Schwierigkeiten verschärften²¹⁾. Schmidts sicherheitspolitisches Trauma war weniger ein sowjetischer Angriff, sondern vielmehr wirtschaftliche Depression und eine Welt ohne Märkte für die exportabhängige Bundesrepublik. Deshalb war er auch bereit, hohe Preise zu zahlen, wenn es darum ging, die wirtschaftliche und politische Rolle der Bundesrepublik in den bilateralen Beziehungen, in der Europäischen Gemeinschaft, im atlantischen Rahmen, im Ost-West-Geflecht oder global zu stützen bzw. zu vergrößern.

Helmut Schmidt personifizierte Max Webers politisches Credo von der protestantischen Verantwortungsethik eindringlich: „Wer weiß, daß er so oder so, trotz allen Bemühens, mit Versäumnis und Schuld belastet sein wird, wie immer er handelt, der wird von sich selbst nicht sagen wollen, er habe alles getan und alles sei richtig gewesen. Er wird nicht versuchen, Schuld und Versäumnis den anderen zuzuschieben; denn er weiß: Die anderen stehen vor der gleichen unausweichlichen Verstrickung. Wohl aber wird er sagen dürfen: Dieses und dieses haben wir entschieden, jenes und jenes haben wir

²⁰⁾ Rede von Willy Brandt vor der UNO-Vollversammlung am 26. September 1973, zit. nach: Die Internationale Politik 1973. Dokumente, München 1974, S. D 680.

²¹⁾ Vgl. hierzu Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel. Die Ära Schmidt 1974—1982, Stuttgart 1987.

aus diesen oder jenen Gründen unterlassen. Alles dies haben wir zu verantworten.“²²⁾ Max Webers Vorstellung vom europäischen Menschen, seine kritischen Beobachtungen über Bürokratie und Kapitalismus wurden von Schmidt instinktiv oder bewußt formuliert und personifiziert²³⁾. Bei Schmidt wurde deutlich, daß geistige Traditionen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik bis zurück ins Kaiserreich reichen. Schmidt repräsentierte einen Politikertypus, der, wenn er Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regiert hätte, die deutsche Geschichte vielleicht auf ein anderes Gleis hätte setzen können.

Durch Entspannung nach Osten und durch Wahrnehmung der Bündnispflichten nach Westen wurde die deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzler Schmidt zu einer internationalen Ausnahmeerscheinung. Während seiner Kanzlerschaft verschmolzen Westpolitik und Ostpolitik, die vormals als unvereinbar gegolten hatten, zu einer Einheit auf neuer Ebene, die eine selbstbewußte Staatsräson der Bundesrepublik erst möglich machte. Mit dem Aufbau des dritten Pfeilers, einer ausbalancierten Energiekrisen-Diplomatie, brachte Schmidt die Bundesrepublik in eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaftspolitik: „Bei der Gestaltung des Finanzsystems der Welt sind wir ein erstklassiger Partner . . . in einer solchen Frage ist natürlich die Bundesrepublik Deutschland eine Weltmacht.“

Schmidt hat Außenpolitik selbstbewußt im Rahmen der Gegebenheiten durchgeführt. Die damaligen Machtverschiebungen von den USA in die Hauptstädte Westeuropas wurden von ihm klug genutzt. Er personifizierte deutsche, ja auf eigene Weise preußische Politik im westeuropäischen Gewand. Zwischen Ost und West hatte er in Phasen schwerster Krisen zu vermitteln versucht, ohne die Westbindung der Bundesrepublik infrage zu stellen. Er symbolisierte für ein knappes Jahrzehnt außenpolitische Stabilität und Verlässlichkeit während einer turbulenten globalen Entwicklung. Kein Kanzler in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands hat sich so um Aufrechterhaltung der Balance zwischen Sicherheit und Entspannung bemüht wie er, aber keiner hat auch vor den Entwicklungen in der eigenen Partei so kapitulieren müssen wie er. Er scheiterte, weil seine maßvolle Form erwachenden deutschen Nationalbewußtseins von einer Welle diffuser,

emotionaler Vorstellungen zu Sicherheit und Entspannung in seiner Partei überrollt wurde. Es scheint so, als ob er am Ende seiner Kanzlerschaft keine Kraft mehr besaß, sich gegen die rücksichtslose Demontage seiner Person und Politik zu wehren. Eine neue Unduldsamkeit gegenüber den USA wie gegenüber der Allianzpolitik im allgemeinen wurde in der SPD erkennbar. Umgeben von nur wenigen Getreuen stand Helmut Schmidt beim NATO-Doppelbeschluß schließlich allein in seiner Partei.

Ähnlich wie Julius Leber auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1929 seinen Genossen zu bedenken gab, daß eine Republik, in der es zwischen dem Heer und der Arbeiterklasse eine unüberbrückbare Kluft gebe, unmöglich Bestand haben könnte, kritisierte Bundeskanzler Schmidt die pazifistischen und illusionistischen Tendenzen in der SPD der siebziger und achtziger Jahre. Vom pazifistischen Schlachtruf von 1928: „Keine Panzerkreuzer, sondern Brot für unsere Kinder!“ führte ein Bogen zum Wahlslogan von 1987: „Statt Krieg der Sterne — Frieden auf Erden“. So einfach schien das, so irreführend war es.

Für einige Jahre konnte Schmidt den außenpolitischen Radius der Bundesrepublik enorm ausdehnen, vielleicht sogar überdehnen. Seine diplomatischen Fähigkeiten, sein Mut, in Krisen kraftvoll und gemeinsam mit anderen Partnern zuzupacken, machten ihn zum globalen Krisenmanager: Zuerst im Rahmen der Weltwirtschaftsgipfel, dann nach der Doppelkrise Iran/Afghanistan, als er die Sprachlosigkeit der „zwei neurotischen Riesen“ überbrücken wollte. Schließlich hatte er sich außenpolitisch übernommen, wick innenpolitisch vor unpopulären Tendenzen zurück und scheiterte parteipolitisch. Die drei Leitlinien für Außenpolitik — außenpolitische Kompatibilität, innenpolitischer Konsens und parteipolitische bzw. koalitionspolitische Geschlossenheit — zerbrachen 1982 in der Regierung Schmidt/Genscher.

4. Zwischenbilanz der Außenpolitik der Regierung Kohl

Die außenpolitische Konstellation war an der Jahreswende 1982/83 für die Regierung Kohl/Genscher ungünstig: Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hatten sich seit dem Machtantritt von Ronald Reagan beständig verschlechtert. Reagan suchte ideologische Konfrontation, rüstete mächtig nach und versuchte vor allem, die westeuropäischen Verbündeten auf diese Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion einzuschwören. Kohl gelang überraschend schnell ein erstaunderlicher Balanceakt: Auf der einen Seite gewann er das Vertrauen

²²⁾ Helmut Schmidt, Regierungserklärung vom 20. Oktober 1977 auf dem Höhepunkt der terroristischen Aktivitäten in der Bundesrepublik.

²³⁾ Vgl. hierzu die Rede von Helmut Schmidt bei der Entgegennahme des Theodor-Heuss-Preises: Gesinnung und Verantwortung in politischer Sicht, vom 21. 1. 1978 in München, abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 8, 27. 1. 1978.

der Regierung Reagan und verbesserte die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die durch schlechende Neutralismustendenzen und Anti-Amerikanismus in der führenden Regierungspartei bis 1982 negativ beeinflußt worden waren. Mit wenigen geschickten Gesten verbesserte Kohl die bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Washington; andererseits war jedoch unübersehbar, daß hinter konzilianter Rhetorik Bundeskanzler Kohl die originären sicherheits- und entspannungspolitischen Interessen der Bundesrepublik, wie sie sich im Verlaufe der siebziger Jahre entwickelt hatten, auch gegen den Widerstand der USA zu sichern suchte.

Aber die Art und Weise, wie die Regierung Kohl/Genscher mit den außenpolitischen Problemen umging, hatte sich entscheidend verändert. Schmidt hatte zum Teil mit unnötiger Härte amerikanische Politik kritisiert und zu wenig Verständnis für die emotionale und innenpolitische Seite der amerikanischen Außenpolitik entwickelt. Kohl hingegen erkannte schnell, daß das amerikanische Selbstwertgefühl, das außenpolitisch in den siebziger Jahren schwer gelitten hatte, durch wenige emotionale Gesten positiv verändert werden konnte. Anders als Schmidt, der bisweilen mit dem Säbel rasselte, argumentierte Kohl in Washington mit dem Florett.

Die Regierung Kohl/Genscher leistete bei der Nachrüstung einen herausragenden Beitrag zur Bündnistreue und zur Absage an Bestrebungen, nationale oder neutrale Alleingänge bzw. den Austritt aus der NATO zu propagieren. Auch hatten Kohl und Genscher seit Oktober 1982 die Regierung Reagan zu einem Gipfeltreffen mit der sowjetischen Führung gedrängt. Aber das Regime der alten Männer Breschnew/Andropow/Tschernenko, die innerhalb einer kurzen Zeit verstarben, machte einen kontinuierlichen Aufbau der amerikanisch-sowjetischen, aber auch der deutsch-sowjetischen Beziehungen unmöglich.

Zum herausragenden Erfolg aber wurde die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher. In den knapp sechs Jahren hat die Regierung Kohl/

Genscher eine Dynamik der Deutschlandpolitik entwickeln können, die vorher als Utopie abgetan worden wäre. Dies gelang ihr durch Berechenbarkeit und durch ein eindeutiges Bekenntnis zur westlichen Bündnispolitik, wie sie im Harmel-Bericht von 1967 festgelegt wurde: Auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Staaten in Mittel- und Osteuropa aufzubauen.

Die Regierung Kohl/Genscher konnte beweisen, daß der Wechsel von einer sozialdemokratisch zu einer christlich-demokratisch geführten Regierung die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht verschlechterte; durch Kontinuität und Berechenbarkeit wurde vielmehr eine Wende zum Besseren erreicht. Wandel wird erkennbar in der Betonung der freiheitlichen, rechtlichen und bündnispolitischen Verankerung der Ost- und Deutschlandpolitik. Keine schwammigen gesamtdeutschen Perspektiven, kein buchhalterisches Aufrechnen, keine hölzerne Rhetorik, die das Trennende gewunden vermeidet, sondern selbstbewußtes und maßvolles Auftreten ohne Polemik haben seit 1982 überwogen.

38 Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten wurde zum erstenmal der führende Repräsentant der DDR mit allen protokollarischen Ehren in der Bundesrepublik empfangen. Diese faktische Anerkennung der DDR als unabhängiger und gleichberechtigter deutscher Staat durch die Bundesrepublik Deutschland markierte eine historische Zäsur in der Deutschlandpolitik. Es war auch ein großer parteipolitischer Erfolg für Helmut Kohl. Die Partei, die durch die Ostvertragspolitik in die schärfste Krise ihres außenpolitischen Selbstverständnisses gestürzt worden war, konnte von Kohl erfolgreich über den entspannungspolitischen Rubikon gezogen werden. Es gelang hier Bundeskanzler Kohl relativ schnell, aus dem Schatten seiner Vorgänger Brandt und Schmidt herauszutreten. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit wurden zum herausragenden Merkmal seiner Außenpolitik.

III. Zusammenfassung

Im historischen Vergleich mit Preußen, dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Dritten Reich ist die außenpolitische Bilanz der Bundesrepublik eindrucksvoll. Gleichzeitig wirken die außenpolitischen Traditionen weiter fort²⁴⁾. Die vier

Jahrzehnte bundesrepublikanischer Außenpolitik haben aber auch gezeigt, daß die Bundesrepublik eine eigene außenpolitische Tradition entwickelt hat und diese weiter an Prägestkraft gewinnt. Dabei hat sich die außenpolitische Staatsräson unseres Staates gewandelt. Im Ursprung auf den Provisoriumscharakter der Bundesrepublik zugeschnitten, hat gerade ihre Außenpolitik den Wandel vom Pro-

²⁴⁾ Vgl. hierzu: David P. Calleo, *Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr*, Bonn 1981.

visorium zum Definitivum gefördert. Die Westbindung bleibt das außenpolitische Grundgesetz und prägt die außenpolitische Staatsräson entscheidend. Zusätzlich hat im Verlauf der siebziger Jahre die Bundesrepublik ein eigenes Entspannungsinteresse entwickelt. Was früher eine außenpolitische Option unter vielen war, ist heute eine nationalpolitische Notwendigkeit geworden, die dann auf breitem innenpolitischen Konsens ruht, wenn sie mit Realismus und Augenmaß betrieben wird. Gleichzeitig markierte die Vertragspolitik nach Osten vermutlich den letzten Akt souveräner Außenpolitik der Bundesrepublik. Zunehmend wird auch in der Ostpolitik im bündnispolitischen Geleitzug gefahren.

Die Bundesrepublik ist für die Staaten Osteuropas und vor allem für die Sowjetunion zum zentralen westlichen Ansprechpartner geworden, also die westeuropäische Entspannungsvormacht. Hinzu kommt, daß im Zuge der Ostpolitik die Bundesrepublik sich zum wichtigsten Wirtschaftspartner der sozialistischen Staaten entwickelt hat. Gab es in den fünfziger Jahren keine Ostpolitik, sondern nur eine Rhetorik des Roll Back und eine sogenannte Magnettheorie, die das kommunistische System zum Einsturz bringen sollten, so ist bei der Ost- und Deutschlandpolitik der siebziger Jahre Aussöhnung und nüchternes Interessenskalkül bestimmend geworden.

Die militärische Bedrohungsanalyse hat sich gewandelt. Ging man in den fünfziger Jahren von einer direkten militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion bzw. den Warschauer Pakt aus, so ist seit den siebziger Jahren die Forderung nach militärischem Gleichgewicht nicht durch Kriegsgefahr begründet, sondern durch die Gefahr der politischen Erpreßbarkeit im Falle von politischen Krisen. Im Zuge der Ostpolitik wurde zugleich eine Renaissance der Mitteleuropa-Tradition in der Außenpolitik der Bundesrepublik erkennbar, die zum Teil durch übersteigertes Harmoniebedürfnis flankiert wurde und vergessen läßt, daß auch Entspannungspolitik sich nicht an den harten Realitäten der Macht vorbei entwickeln läßt.

Herausragendes Kennzeichen des außenpolitischen Wandels ist das Ausgreifen in die Weltpolitik: Die Bundesrepublik hat seit den siebziger Jahren nicht nur ein vertragliches Netz nach Osten, sondern ein dicht gewebtes Netz im weltpolitischen Maßstab aufgebaut. Auch im Stil ihrer Außenpolitik hat die Bundesrepublik längst die Provinzialität der fünfziger Jahre hinter sich gelassen. Kosmopolitische Selbstverständlichkeit dominiert. Auch die Attraktivität machtpolitischer Attribute hat sich verändert: Die Bundesrepublik beharrt im Unterschied

zu den fünfziger Jahren nicht auf nuklearer Mitbestimmung, sondern betont ihren nicht-nuklearen Status. Abgesehen von der bipolaren Nuklear-Aristokratie besitzt die Bundesrepublik dabei zumindest ebensoviel weltpolitischen Einfluß wie alle anderen Nuklearmächte. Blicken wir in den historischen Rückspiegel, so stellen wir fest, daß die Bundesrepublik weltpolitisch weiter gekommen ist, mehr Ansehen gewonnen hat, mehr Einfluß besitzt als beim nervösen wilhelminischen Streben nach einem Platz an der Sonne oder zu Zeiten der Weimarer Republik.

Im Verhältnis zur DDR ist außenpolitisch Wandel eingetreten unter dem Aspekt, daß beide Staaten in der UNO vertreten sind. Die Bundesrepublik hat auch der DDR den Weg frei gemacht für diplomatische Beziehungen mit allen Ländern der Welt. Trotzdem ist unübersehbar, daß das DDR-Regime im Weltmaßstab nicht mithalten kann. Die Bundesrepublik hat zwar politisch und rechtlich den Alleinvertretungsanspruch weitgehend aufgegeben; politisch-moralisch aber klaffen in den Augen der globalen Staatengemeinschaft Welten zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Die moralische Fürsorgepflicht der Bundesrepublik mag sich nicht mehr expressis verbis auf die Wiedervereinigung beziehen — aber neben der Fürsorgepflicht ist die Geltendmachung des Rechts auf Selbstbestimmung, auf Verwirklichung der Menschenrechte ungeboren.

Auch wenn die deutsche Frage im Kern ungelöst geblieben ist, so hat sie sich in der Fragestellung verändert: Die Gretchenfrage, ob Wiedervereinigung möglich ist, erscheint anachronistisch. Nicht Wiedervereinigung, sondern das Recht auf Selbstbestimmung ist langfristig entscheidend. Der Blick für Gemeinsamkeiten im Nationalbewußtsein hat trotz der Gegensätze an Intensität gewonnen. Politisch hat es bisweilen den Anschein, als ob beide Deutschlands sich gegenseitig unterstützen. Dies war noch bis zu Beginn der siebziger Jahre undenkbar. Diese Interessen werden durch neue gemeinsame Herausforderungen im Umweltschutz oder bei der Abrüstung intensiviert. Aber der harte Kern der deutschen Frage bleibt ungelöst, solange Unterdrückung und Fremdbestimmung jenseits der Elbe fortwirken.

Seit Beginn der siebziger Jahre hat mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) der westeuropäische Regionalismus für die Außenpolitik der Bundesrepublik an Bedeutung gewonnen. Über die EPZ sucht die Bundesrepublik mit den westeuropäischen Partnern weltpolitische Verantwortung. Die Bundesrepublik hat auf diesem Wege in Abstimmung mit den Partnern an kosmopoliti-

scher Orientierung gewonnen. Dieser weltpolitische Rang der Bundesrepublik, besonders in der wirtschaftspolitischen Dimension, zwingt gleichzeitig zu mehr Vorsicht. Die zu balancierenden Bälle sind wertvoller, aber auch fragiler und vor allem zahlreicher geworden.

An der Schwelle der neunziger Jahre ist die Bundesrepublik ein Garant des Friedens in Europa und der Stabilität im Weltwirtschaftssystem. Sie trägt die Hauptlast der Verteidigung Westeuropas, ist der wichtigste europäische Partner im NATO-Bündnis und stellt hier den größten Anteil für die konventionelle Verteidigung in Europa. Sie ist das Land mit der wichtigsten Volkswirtschaft und eine der Führungsmächte der Europäischen Gemeinschaft. Sie bleibt ein Land, das aufgrund seiner geopolitischen Lage, der exponierten Stellung Berlins und seiner Verbindung zu den Deutschen in der

DDR verpflichtet ist, ihre internationale Kraft und den entspannungspolitischen Willen zum Ausgleich und zur Friedenssicherung zu nutzen. Sie arbeitet am Bau einer globalen Entspannungsbrücke zwischen den USA und der Sowjetunion mit. Nicht Nuklearstatus, sondern wirtschaftliche Kraft und zivilisatorische Attraktivität machen ihre Wirkung aus.

Es ist zugleich Schicksal wie Chance der Deutschen, daß Staatsräson und nationales Interesse auch in der Zukunft konstruktiv ausgeglichen werden müssen. Dazu brauchen wir Patriotismus, moralische Sensibilität und verantwortungsethische Machtpolitik. Dann wird sich die Bundesrepublik auch in Zukunft in der Welt behaupten, wird ihr außenpolitisches Format reifen und weiter politische Anziehungskraft ausstrahlen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1945 bis 1987

I. Einige Anmerkungen zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen

1. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen haben schon seit 1945 zwischen zwei Polen geschwankt, die man durch die Begriffe Übereinstimmung und Entfremdung kennzeichnen kann. Vom Kriegsende 1945, dem Zustand totaler Entfremdung, entwickelte sich das Verhältnis zu einer nahezu perfekten Harmonie in der Mitte der fünfziger Jahre. Die zweite Berlinkrise von 1958 bis 1961 verstärkte wieder etwas die Entfremdung, aber nach der Mitte der sechziger Jahre überwog wieder die Übereinstimmung. Den wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, ausgelöst durch den Nahostkrieg 1973 und die erste Ölkrise, folgte wiederum eine Phase stärkerer Entfremdung, die in den späten siebziger Jahren bis zum NATO-Doppelbeschluß nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Auch die achtziger Jahre sind durch das Pendeln zwischen Entfremdung und Übereinstimmung gekennzeichnet.

Entfremdung bedeutet dabei nicht dasselbe wie Anti-Amerikanismus. Der Terminus drückt vielmehr die Auffassung aus, daß die deutschen (oder genauer: bundesdeutschen) Interessen nicht mit den Interessen und Zielvorstellungen der amerikanischen Politik übereinstimmen, daß die Bundesrepublik Deutschland Frieden und Sicherheit in anderen Richtungen suchen kann und muß als den von Washington vorgeschlagenen. Nach den Ursachen zu suchen, die die Schwankungen zwischen Übereinstimmung und Entfremdung bewirken, ist Thema der folgenden Ausführungen.

2. Die Schwankungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen änderten sich im Verlaufe der Zeit in dem Maße, wie sich die politische Kultur der Bundesrepublik ausdifferenzierte. Diese Ausdifferenzierung erfolgte auf der Ebene der Regierung und Verwaltung, in den Parteien und Verbänden, den Hochschulen, der „literarischen Republik“, den Medien, den Kirchen, den Gewerkschaften – kurz, in allen Bereichen der politischen Öffentlichkeit.

3. Die Bundesrepublik Deutschland wurde seit der Mitte der sechziger Jahre durch die mit den Studentenunruhen einhergehenden, beschleunigten kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen geprägt, die auch die Beziehungen und Einstellungen zu den Vereinigten Staaten beeinflussten¹⁾. Die bisherige Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland läßt sich in zwei beinahe gleichwertige Abschnitte einteilen: zwanzig Jahre Restauration und Neubeginn von 1945 bis ungefähr 1965 sowie zwanzig Jahre Pluralismus und weitverbreitete Ablehnung übernommener Werte, Tendenzen zu Anarchie, Radikalismus und sogar Terrorismus in der Zeit nach 1965. Dieser Umschwung auf zunächst kultureller Ebene bewirkte auch eine Ausdifferenzierung der sozialen und politischen Landschaft, die es ihrerseits immer schwieriger machte, von den deutsch-amerikanischen Beziehungen im allgemeinen zu sprechen.

Wie sieht die bundesdeutsche Öffentlichkeit die Ost-West-Beziehungen heute? Einer Meinungsumfrage vom Frühjahr 1987 zufolge glaubten 58 Prozent der Bundesbürger, daß die Bundesrepublik Deutschland gleich eng mit den Vereinigten Staaten wie mit der UdSSR zusammenarbeiten sollte. Nur 31 Prozent der Befragten meinten, daß sie sich enger mit den USA als mit der UdSSR verbinden sollte. Diese Frage nannten die Meinungsforscher die „Äquidistanzfrage“ – wobei Äquidistanz für die meisten keine Folge von Anti-Amerikanismus oder einer prosovjetschen Haltung war; großenteils aber ist sie gleichwohl eine Folge des gegenwärtigen Zustandes der deutsch-amerikanischen

¹⁾ Die Zeit der Studentenunruhen haben Forscher je nach Standpunkt und eigener Überzeugung als (endgültigen und überfalligen) „Durchbruch zur Moderne“ oder als „liberale Ära“ bezeichnet. Vgl. Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945–1982*, Stuttgart 1983, S. 151 ff., und Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 297–306, 319–322. Sehr kluge Bemerkungen zum Hintergrund bereits in Friedrich H. Tenbruck, *Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik*, Stuttgart 1974, S. 300 ff.

Beziehungen. Außerdem meinten 74 Prozent, daß Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, an einer durchgreifenden Reform der sowjetischen Wirtschaft und des politischen Systems „ernsthaft interessiert“ sei, während nur zehn Prozent an seiner Ernsthaftigkeit zweifelten. Die Befragten nahmen eindeutig an, daß eine solche Reform im westlichen Interesse liege und daß Gorbatschow eine Straffung des internen sowjetischen Machtsystems nicht primär im Hinblick auf eine wirksamere Außenpolitik beabsichtige. Schließlich glaubten 49 Prozent, daß

Gorbatschow seine Friedensbeteuerungen ernst meine, während nur 46 Prozent dies von Ronald Reagan annahmen. Der sowjetische Partei- und Regierungschef erscheint einer Mehrheit der sich frei ausdrückenden Deutschen als eindeutig friedfertiger als der demokratisch gewählte amerikanische Präsident. Diese Meinung entbehrt nach meiner Auffassung jeder objektiven Grundlage; sie kann und muß Gründe haben, die mit dem Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen, so, wie sie in der Öffentlichkeit gesehen werden, zusammenhängen.

II. Vom Krieg zum Frieden: die Jahre 1945 bis 1955

Amerikaner wie Deutsche beendeten den Krieg in großer Unkenntnis der jeweils anderen Kultur. Fast alle Amerikaner, angefangen mit Präsident Roosevelt, verwechselten den NS-Staat und seine Ideologie mit deutschem Nationalismus und preußischem Militarismus; sie weigerten sich, zu erkennen, daß es einen deutschen Widerstand gab, der hauptsächlich aus preußischen Offizieren, Gewerkschaftsführern und Geistlichen bestand. Als amerikanische Truppen das Konzentrationslager Dachau befreiten, schien der Anblick der Greuel, der sich dort bot, die schlimmstmögliche Meinung über die Deutschen zu bestätigen. Die amerikanische Besatzungspolitik ging zunächst davon aus, daß die Deutschen ein *besiegtes* und kein befreites Volk waren, daß sie für ihre Verbrechen der Aggression und des Völkermordes bestraft werden mußten und die Amerikaner nur den notwendigsten Kontakt mit ihnen halten sollten, daß man schließlich ihnen die Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten nicht anvertrauen könne, bevor man sie nicht einer weitreichenden, sorgfältigen Umerziehung unterworfen habe²⁾.

Diese Voraussetzungen änderten sich jedoch schnell³⁾. Im September 1946 erklärte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart, daß der Wiederaufbau Deutschlands auch im ame-

rikanischen Interesse läge und für den Frieden in Europa unerlässlich sei. Die Deutschen wurden nicht mehr als das „besiegte Feindvolk“ angesehen, das es zu erniedrigen galt. Vielmehr versprach Byrnes: „Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt wiederzugewinnen.“⁴⁾ Die Amerikaner — Besatzungsbehörden wie Politiker in den USA — begannen in ihrer Besatzungszone, demokratische Kräfte zu ermutigen und zu unterstützen. Diese amerikanische Richtungsänderung bewirkte auch einen Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland — aus Geringschätzung⁵⁾ und Entfremdung wurde zunehmend Übereinstimmung.

Die Mehrzahl der Deutschen sah die Kapitulation vom Mai 1945 und die Zerstörung des deutschen Staates als eine Niederlage an, aber wenige reagierten mit dem Ruf nach Rache, der die Stimmung nach dem Ersten Weltkrieg so nachhaltig geprägt hatte⁶⁾. Es vollzog sich sogar eine psychologische Veränderung bei denjenigen Deutschen, die aktiv

²⁾ Vgl. die rückblickenden Beiträge einiger Teilnehmer an der amerikanischen Besatzungspolitik in Robert Wolfe (Ed.), *Americans as Proconsuls*, Carbondale (Ill.) 1981, insb. die von Earl F. Ziemke und Elmer Plischke. Ziemke behauptet (S. 61), daß der amerikanische Oberbefehlshaber Eisenhower schon im August 1945 die Deutschen „nicht als siegreicher Feldherr, sondern als besorgter und verantwortlicher Verwalter“ anredete. Vgl. aber Wolfgang Benz, Potsdam 1945. München 1986.

³⁾ Dieser Abschnitt beruht im allgemeinen auf den Standarddarstellungen der Nachkriegsgeschichte, vor allem Alfred Grosser, *Les occidentaux*, Paris 1980, und Andreas Hillgruber, *Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945—1963*, München 1987³⁾.

⁴⁾ Zit. bei Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945—1961*, Frankfurt 1983, S. 216.

⁵⁾ Die Amerikaner bemerkten durchaus selbst die Verachtung seitens vieler Deutschen. Lucius D. Clay, der Militärgouverneur der US-Zone, hatte keine deutschen Freunde, „weil ich fürchtete, ich könnte sie belasten. Ich hätte ihnen jede Wirkungsmöglichkeit geraubt.“ Vgl. R. Wolfe (Anm. 2), S. 108.

⁶⁾ Erst seit den späten sechziger Jahren setzte sich zunehmend die Ansicht durch, 1945 als Befreiung zu sehen. Vgl. die Erklärung des neugewählten Bundeskanzlers Willy Brandt im Oktober 1969, er verstehe sich „als Kanzler nicht eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschland“, zit. bei Karl Dietrich Bracher u. a., *Republik im Wandel 1969—1974*, Stuttgart 1986, S. 24. Am 8. Mai 1985 verkündete Bundespräsident von Weizsäcker in seiner vielbeachteten Rede: „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung.“

für das Nazi-Regime gearbeitet hatten⁷⁾. Für alle galt nun: Keiner konnte die Tatsache der totalen Niederlage des Deutschen Reiches leugnen, und die Mehrheit der Deutschen empfand Schmach gegenüber den Nazi-Greueln. Die soziale und kulturelle Gleichschaltung, die während des Krieges perfektioniert worden war, wirkte auch noch nach Kriegsende fort⁸⁾: Viele alte gesellschaftliche Unterscheidungen spielten keine Rolle mehr, und auch die traditionellen politischen Eliten, die von den Nazis schon 1933 in den Untergrund gedrängt worden waren, besaßen keine Machtbasis mehr.

Die wichtigste Entwicklung nach 1945 war jedoch ein Erstarken des demokratischen Denkens und die Zurückweisung der Behauptung, Demokratie sei unvollkommen und daher durch irgendeine andere überlegene Regierungsform zu ersetzen⁹⁾. Diese Einsicht machte die meisten Westdeutschen zu „Skeptikern“, mißtrauisch gegenüber politischen Ideologien und radikalen Plänen zur totalen gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung, so wie der Soziologe Helmut Schelsky sie beschrieben hat¹⁰⁾. Aber die Deutschen waren von 1945 bis mindestens Mitte der fünfziger Jahre weit weniger mit politischen Diskussionen als in erster Linie mit den praktischen Notwendigkeiten physischen Überlebens in einem zerstörten Land befaßt, mit dem Wiederaufbau der Produktionsmittel, der sozialen und kulturellen Einrichtungen. „Nie wieder!“ — dieser Ausruf faßt die Grundstimmung der Jahre 1945 bis 1949 zusammen; und er war der wichtigste Impuls für die Annäherung an die Amerikaner¹¹⁾.

Der Umschwung setzte im Sommer 1945 ein, als die US-Behörden begannen, einige kulturelle und publizistische Aktivitäten zu gestatten¹²⁾. Die Byrnes-Rede verlieh ihm zusätzliche Kraft, und in den Jahren 1947/48 beschleunigte sich dieser Trend noch.

7) Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt*. Berlin 1986. S. 769–770; Hans-Peter Schwarz (Anm. 1), S. 344–347, 351–356.

8) Die Nazis hatten die Volksgemeinschaft propagiert, und der Krieg führte sie auch herbei, nur nicht in der Art, wie das Regime es beabsichtigt hatte. Vgl. H.-U. Thamer (Anm. 7), S. 721–726.

9) Zur überraschenden demokratischen Erneuerung seit 1945 vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien*. Stuttgart 1982.

10) Helmut Schelsky, *Die Generationen der Bundesrepublik*, in: Walter Scheel (Hrsg.), *Die andere deutsche Frage*. Stuttgart 1981.

11) Zu „Nie wieder!“ als „Grundemotion und oberstem Nachkriegsimperativ in Deutschland“ vgl. Ernst Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*. Stuttgart 1985², S. 142–149.

12) Vgl. hierzu Hermann Glaser, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. I. München 1985; aus amerikanischer Sicht Harold Hurwitz, *Comparing American Reform Efforts in Germany*, in R. Wolfe (Anm. 2).

1947, nach einem für den größten Teil Europas katastrophalen Winter, schlugen die Vereinigten Staaten das „Europäische Wiederaufbauprogramm“ vor, besser bekannt unter der Bezeichnung „Marshall-Plan“¹³⁾. Im Verlaufe dieses Jahres standen die Vereinigten Staaten den deutschen Länderregierungen innerhalb ihrer Zone ein wachsendes Maß an Befugnissen zu und errichteten zusammen mit den Briten den bizonalen Wirtschaftsrat. Die Sowjets hingegen wollten kein vereinigt demokratisches Deutschland¹⁴⁾; angesichts ihrer Unnachgiebigkeit entschlossen sich Anfang 1948 die westlichen Alliierten nach Konsultationen mit anderen westeuropäischen Regierungen, die Entwicklung eines halbsouveränen westdeutschen Staates einzuleiten. Im Juni 1948 wurde eine Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen durchgeführt, die Voraussetzung für die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft nach den Entwürfen Ludwig Erhards war. Diese Maßnahmen fanden bei den westdeutschen Liberalen und Konservativen große Zustimmung, weniger jedoch bei den Sozialdemokraten, die nicht zu Unrecht um den Lebensstandard der Arbeiter fürchteten¹⁵⁾. Die Sowjets reagierten mit der Blockade West-Berlins. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hielten aber im Winter 1948/49 an den westlichen Sektoren von Berlin fest und versorgten sie aus der Luft. Diese Luftbrücke als ein Akt der Solidarität in einer für die Deutschen schwierigen Zeit wurde zu einem bedeutenden Fundament für die deutsch-amerikanischen Beziehungen wie auch für die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Amerika.

Die Bundesrepublik wurde am 23. Mai 1949 gegründet. Am 21. September übergaben die alliierten Besatzungsbehörden der Alliierten Hohen Kommission die höchste Befehlsgewalt in den westlichen Zonen. Von 1949 bis 1955 erreichte Bundeskanzler Konrad Adenauer für seine Regierung ein zunehmendes Maß an Souveränität — teils durch Übereinkünfte, teils durch geschickte Ausnutzung seiner zuerst bescheidenen Befugnisse. Der Korea-Krieg markierte eine wichtige Stufe in diesem

13) Zum europäischen wirtschaftlichen Hintergrund vgl. Alan Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*. London 1984; zum amerikanischen politischen Hintergrund John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*. Stanford 1976; zur Wirkung in Deutschland Werner Abels-häuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*. Frankfurt 1983, S. 54–63.

14) Zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1949 vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*. Stuttgart 1980²; E. Nolte (Anm. 11), S. 137 ff. Norman Naimark vom Russian Research Center an der Harvard-Universität arbeitet z. Zt. an einem Buch über diese Frage.

15) Vgl. Wolfgang Benz, *Die Gründung der Bundesrepublik*. München 1984, S. 81–98.

Machtzuwachs: Der kommunistische Angriff in Korea erweckte Befürchtungen, daß Stalin jetzt auch Europa angreifen könnte. Amerika und Großbritannien begannen ein Blitzprogramm zur Wiederbewaffnung, und der deutsche Kanzler ergriff die Gelegenheit, einen westdeutschen Beitrag zum Schutze des freien Europas anzubieten, ein Angebot, das die Westalliierten jedoch erst 1955 annahmen¹⁶⁾. Auch die westdeutsche Wirtschaft profitierte stark vom Korea-Krieg, der in den Augen der Öffentlichkeit Amerika und die neue Bundesrepublik Deutschland noch enger zusammenbrachte als vorher¹⁷⁾.

Zwei gesellschaftliche Gruppen teilten diese allgemeine Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten in den frühen fünfziger Jahren jedoch nicht: Die SPD-Führung und führende Vertreter der evangelischen Kirche. Von 1952 bis 1954 bekämpften sie vehement die Errichtung der Bundeswehr. Sie argumentierten, daß die Deutschen nie wieder, gleich zu welchem Zweck, zu Waffen greifen sollten und daß ein westdeutscher Verteidigungsbeitrag die Spaltung Deutschlands vertiefen und die Wiedervereinigung unmöglich machen würde.

Stalin versuchte den bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag durch sein Angebot vom 10. März

1952 zu verhindern, indem er international überwachte freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen zulassen wollte und vorschlug, daß eine aus solchen Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Regierung bei immerwährender Neutralität eine eigene Armee haben dürfe. Zu diesem Zeitpunkt nahmen nur wenige außerhalb der genannten Gruppen dieses Angebot ernst; andere betrachteten es als einen offenen Versuch, die Westintegration der Bundesrepublik aufzuhalten und vor allem die damals allgemein erwartete Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu verhindern. Die Diskussion um die Stalin-Note, darum, ob das Angebot ernsthaft gemeint und in der Tat die letzte Hoffnung auf Wiedervereinigung gewesen sei, ist bis heute nicht abgeschlossen¹⁸⁾. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 überschattete dann bald die Erinnerung an Stalins Angebot. Die Niederschlagung dieses Aufstandes durch die Sowjets schadete deren Glaubwürdigkeit wie auch der Möglichkeit einer neutralistischen Position der Bundesrepublik; die Mehrheit innerhalb der EKD, dem linken Flügel der FDP und der SPD schloß sich dem allgemeinen Trend einer stärkeren Ausrichtung auf die USA an, der nach der Erlangung praktisch vollständiger, auch militärischer Souveränität der Bundesrepublik im Mai 1955 einen Höhepunkt erreichte.

III. Vom Zustand der vollkommenen Harmonie zur teilweisen Entfremdung: die Jahre 1955 bis 1965

In der Zeit zwischen 1955 und 1960 herrschte im allgemeinen Harmonie zwischen den einzelnen sozialen, politischen und kulturellen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Zufriedenheit bestimmte auch das deutsch-amerikanische Verhältnis. Ein Anzeichen zukünftigen Zwists war 1958 der Disput über die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kurzstreckenatomwaffen, der sich bis 1963 ohne klares Ergebnis hinzog, aber noch vor Ende 1958

¹⁶⁾ Norbert Wiggershaus, Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag, in: Roland Förster u. a., Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 1, München 1982; Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 104–118, 135–141, 287–299.

¹⁷⁾ Wilfried Loth, Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik, in: Josef Foscaphoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, Göttingen 1985.

¹⁸⁾ Die Literatur zur Stalin-Note ist im Laufe der Zeit angeschwollen, Zur Einführung vgl. Hermann Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 29 (1981), S. 307–341. Zur Frage der Echtheit des Angebots vgl. Rolf Steininger, Eine vertane Chance, Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Bonn 1985.

durch die zweite Berlin-Krise überlagert wurde. Die Atombewaffnungs-Debatte verursachte unter dem Slogan „Kampf dem Atomtod!“ ein Wiederaufleben NATO-feindlicher und pazifistischer Argumente in Hochschulkreisen, im evangelischen Klerus und im Kulturprotestantismus, als dessen Sprecher der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker galt. Ähnliche Tendenzen fanden sich in der SPD; der junge Helmut Schmidt hat sie wortkräftig vertreten, doch kann man die Stimmung insgesamt in der SPD keineswegs als anti-amerikanisch bezeichnen. Schmidt plädierte im Bundestag gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen u. a. mit dem Argument, daß der Abschreckungs- und Verteidigungswert besonders von Mittelstreckenraketen auch in der amerikanischen Regierung umstritten sei.

Ende 1957 wurde selbst in den USA von einigen einflußreichen Kritikern die geplante Dislozierung von Mittelstreckenraketen in Europa als gefährlich für den Westen beurteilt, weil solche Raketen verlockende Ziele für einen sowjetischen Erstschlag

darstellten¹⁹⁾. Sie befürworteten eher den Aufbau einer amerikanischen interkontinentalen Raketenstreitmacht mit gleichzeitiger Verstärkung der konventionellen Streitkräfte der NATO, was aber von Präsident Eisenhower abgelehnt wurde. Von 1958 bis 1963 stationierten die Amerikaner Mittelstreckenraketen in Europa, die sie 1963 aus globalpolitischen Gründen und ohne Rücksicht auf die europäische Sicherheitslage wieder entfernten, ein Vorgang, der an die späteren INF-Krisen 1979 bis 1983 und 1986/87 erinnert.

Die Gegner einer Atombewaffnung der Bundeswehr hatten mit ihrem aus der amerikanischen Diskussion aufgenommenen Argument insoweit recht, als es bei der unsicheren amerikanischen Lage mindestens z. T. einer Provokation der Vereinigten Staaten gleichgekommen wäre, wenn die Bundesrepublik solche Systeme angeschafft hätte. Helmut Schmidt schloß sich mit diesem Argument den sogenannten Atlantikern in der SPD an, deren Repräsentant Willy Brandt war, der Regierende Bürgermeister von West-Berlin. Brandt und seine Gefolgsleute sahen sich selber in enger Übereinstimmung mit progressiven Strömungen innerhalb der Vereinigten Staaten und in dieser Hinsicht als pro-amerikanischer als die konservativen Christdemokraten unter Adenauer.

Im November 1958, während die Anti-Atomdemonstrationen noch andauerte, entfesselte Nikita Chruschtschow die zweite Berlin-Krise mit seiner Drohung, sowohl den sowjetischen Sektor Berlins als auch die Kontrolle der Transitwege zwischen dem Bundesgebiet und Berlin den DDR-Behörden zu übergeben, wenn der Westen nicht innerhalb von sechs Monaten einem deutschen Friedensvertrag zustimme. Solch ein Vertrag würde beiden deutschen Staaten den Besitz von Atomwaffen untersagen, und es wurde klar, daß die Furcht davor, die Bundesrepublik könnte tatsächlich Atomwaffen erwerben, ein wichtiges Motiv für Chruschtschows Ultimatum war; im übrigen stellte der Vorgang ein klassisches Beispiel sowjetischer Außenpolitik dar — nämlich ein Problem zu schaffen, das es vorher gar nicht gab, um danach verschiedene Lösungen anzubieten, die alle für die Sowjetunion günstig waren.

Diese Drohung wurde dadurch unterstrichen, daß die Sowjets ein Jahr zuvor erfolgreich den Sputnik in den Weltraum gestartet hatten. Konrad Adenauer, zusammen mit vielen anderen in Europa wie in Amerika, sah in diesen Entwicklungen klare Zeichen, daß die Sowjets auf eine viel offensivere Glo-

balstrategie umschalteten, um ihren Einflußbereich auszuweiten und die Glaubwürdigkeit und geostrategische Position der Vereinigten Staaten zu untergraben. Es war nicht einfach für die USA, auf diese neue sowjetische Generalstrategie entsprechend zu reagieren, weil die Regierung Eisenhower sich nicht einigen konnte, wie das sowjetische Verhalten einzuschätzen sei; zudem war der Hauptvertreter der harten Linie in der Regierung, Außenminister John Foster Dulles, todkrank²⁰⁾.

In dieser Zeit vollzog sich innerhalb der SPD ein Stimmungsumschwung: Die jüngeren Vertreter der Partei stimmten in vielen Punkten mit den USA überein und verwarfen die Neutralitätshoffnungen der alten Parteigarde. Adenauer und andere führende Christdemokraten gingen dagegen etwas auf Distanz zu den USA, nicht weil sie eine anti-amerikanische Haltung einnahmen, sondern weil sie die amerikanische Antwort auf den sowjetischen Generalplan als zu schwach und ungenügend erachteten. Die Wahl John F. Kennedys und dessen neuer Regierungsstil verschärfte diese Spaltung noch: Die SPD-Atlantiker sahen in ihm „ihren“ Präsidenten, der das Verhältnis zur Sowjetunion und das Problem der europäischen Spaltung mit aller Entschiedenheit unter dem Aspekt der Entspannung angehen würde; Adenauer sah ihn als zu kurzatmig und unzuverlässig an. Im allgemeinen blieb die sowjetische Bedrohung Berlins jedoch nach wie vor ein starkes Argument für den Atlantismus und gegen Distanz.

Der Kalte Krieg in Europa erreichte seinen Höhepunkt am 13. August 1961, als die DDR West-Berlin abriegelte und mit dem Mauerbau begann. Das Ausbleiben einer tatkräftigen amerikanischen Reaktion zerstörte Willy Brandts Hoffnung, daß die USA helfen könnten oder wollten, Deutschland wiederzuvereinigen und bestätigte Adenauers Ansicht, daß Kennedy ein Präsident war, der auf Druck nachgab. Die Entfremdung auf dem rechten, katholischen Flügel der Union wurde jedoch durch die grundlegende Auffassung aller Christdemokraten gemildert, daß es keine wirkliche Alternative zur engen Ausrichtung der Bundesrepublik auf die US-Außenpolitik und auf das amerikanische strategische Konzept gab. Die Konturen dieses Konzepts waren Anfang der sechziger Jahre noch (oder schon wieder) unklar. Der US-Verteidigungsminister Robert McNamara trat für eine Politik der „flexible response“ ein, die vom Bündnis 1967 zusammen mit den Empfehlungen des Harmel-Berichts, Abschreckung und Entspannung als zwei Seiten dersel-

¹⁹⁾ Fred Kaplan, *The Wizards of Armageddon*, New York 1983, S. 144–146. Vgl. Lawrence Freedman, *The Evolution of Nuclear Strategy*, London 1981, S. 166–170.

²⁰⁾ Adam Ulam beschreibt die sowjetische Globalstrategie in den Jahren 1958–1962 als Ausdruck eines „Meisterplanes“, vgl. *The Rivals*, New York 1971, S. 294.

ben Sache zu betrachten und sie gleichzeitig zu verfolgen, angenommen wurde.

Auch wenn die CDU/CSU mit den amerikanischen Richtlinien und Aktionen unzufrieden war, konnte sie doch öffentlich nicht gut dagegen Stellung beziehen, weil sie stärker auf ein gutes Einvernehmen mit den USA angewiesen war als umgekehrt. Der USA-kritische — oft als „Gaullisten“ bezeichnete — Flügel der Union konnte daher schwerlich eine Abkehr von den USA vorschlagen oder gar wünschen. Bei de Gaulles Frankreich war damals keine wirkliche Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik zu finden.

1963 verlangten Kennedy und die britische Regierung, daß die Bundesrepublik das Teststopp-Abkommen zusammen mit der DDR unterzeichnen sollte. Adenauer sah diesen Akt, vielleicht zu Recht, als den ersten Schritt zu einer de-facto-Anerkennung der DDR an. Er lenkte trotzdem ein. Als die beiden Supermächte 1965 über den Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen (in der Bundesrepublik charakteristischerweise als Atomsperrvertrag bekannt) zu verhandeln begannen, verschärfte sich das deutsch-amerikanische Verhältnis. Die Bundesregierung hatte inzwischen auf eigene Atomwaffen verzichtet, wollte aber diesen Zustand und den implizierten Souveränitätsunterschied zwischen den Atommächten und anderen Staaten vertragsmäßig nicht festschreiben. Der deutsch-amerikanische und der innenpolitische Streit in der Bundesrepublik über den Atomsperrvertrag war die unmittelbare Fortsetzung der mit der Berlin-Krise verbundenen Auseinandersetzung über die Entspannungspolitik. Die SPD und der linke Flügel der CDU unterstützten die US-Regierung und setzten die Bündnistreue über das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik, der rechte Flügel der CDU/CSU kämpfte dagegen. Altbundeskanzler Adenauer sprach 1967 sogar von einem „zweiten Jalta“, und erst die sozialliberale Regierung fand sich 1969 bereit, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen²¹⁾.

Schon die Berlin-Krise hatte gezeigt, daß die Sicherheit der Bundesrepublik völlig vom (guten oder bösen) Willen der Supermächte abhing. Den Anspruch auf West-Berlin aufrechtzuerhalten bedeutete für sie nicht nur, die Stadt als ein Pfand dem Druck der Sowjets auszusetzen, sondern auch, sich viel stärker auf alliierte Hilfsbereitschaft zu verlassen, als das der Fall gewesen wäre, wenn die Bundesregierung Berlin aufgegeben hätte. Diese alliierte Hilfsbereitschaft hing seit dem Mauerbau und erst recht seit dem Streit über die amerikanische

Rüstungskontrollpolitik davon ab, daß die Bundesrepublik auf die neue amerikanische Entspannungspolitik einschwenkte. Mit anderen Worten: In den fünfziger Jahren bedeutete die Ausrichtung der Westdeutschen auf die USA, daß Bonn einem harten antisowjetischen Kurs folgte; fortan sollte diese Ausrichtung Entspannungsfreudigkeit bedeuten. Es ist kein Wunder, daß diese im tatsächlichen Verhalten der UdSSR unbegründete, vielmehr aus den frühen Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen der späten sechziger Jahre in den USA erklärbare Umkehr der amerikanischen Weltpolitik in Deutschland einige Verblüffung verursachte. Sie führte nur deswegen nicht zum Bruch in der Allianz, weil die Spannungswelle wie die Ideen der 68er Bewegung in der Bundesrepublik ihre Wirkungen zeitigten.

Willy Brandt spürte früh die veränderte bündnisinterne ideologische Großwetterlage und sah die Notwendigkeit, die Ostpolitik der SPD und a fortiori die der Bundesrepublik zu überdenken. Im Herbst 1962, zu Beginn der Kubakrise, hielt Brandt an der Harvard-Universität eine Rede zum Thema „Koexistenz — Zwang zum Wagnis“²²⁾. Da der Westen nicht die Absicht habe, die Demokratie mit Gewalt nach Ostmitteleuropa zu tragen, so argumentierte er, müsse er den Status quo akzeptieren und die bestehenden Diktaturen als zumindest legale, wenn auch nicht legitime Regierungen anerkennen. Im selben Sinne argumentierte Brandts enger Vertrauter Egon Bahr in seiner „Tutzingen Rede“ vom Juli 1963: Nur durch Anerkennung der von der UdSSR 1944 bis 1948 gewaltsam geschaffenen Tatsachen könne der Westen sich aus der Zwangslage befreien, in die er sich selber dadurch gebracht habe, daß er nationale Selbstbestimmung in Mitteleuropa als Bedingung jeder Entspannungspolitik fordere, sich aber gleichzeitig weigere — wie die Ungarn-Krise 1956 offenbarte —, den notwendigen Preis eines Krieges oder mindestens einer bewaffneten Konfrontation mit der Sowjetunion zu zahlen, um Freiheit für die unter kommunistischer Herrschaft leidenden Ostmitteleuropäer durchzusetzen. Die Lösung der Berlin-Krise hatte gezeigt, so konnte man Brandts und Bahrs Ausführungen ergänzen, daß der einzige Weg zu echter Entspannung mit dem Osten darin lag, mit den gegebenen Wirklichkeiten zu arbeiten und nicht unrealistische, in den Augen der östlichen Machthaber lächerliche Forderungen nach Veränderung aufzustellen. Diese Argumente waren auch die der Kennedy-Regierung, und indem er sie wiederholte, zeigte sich Brandt ein weiteres Mal in engerer Übereinstimmung mit dem

²¹⁾ Vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963—1969, Stuttgart 1984, S. 310—314.

²²⁾ Selbständig veröffentlicht Stuttgart 1963. Vgl. E. Nolte (Anm. 11), S. 452—458; A. Hillgruber (Anm. 1), S. 82—84.

amerikanischen Denken hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen als Adenauer.

Die Tatsache, daß die Politik der Stärke versagt hatte, stand aber für viele in keinem logischen Zusammenhang mit dem moralischen oder rechtlichen Status der kommunistischen Machtstellung in der DDR und Ostmitteleuropa im allgemeinen – von daher blieben diese Länder eine Bedrohung der westlichen Sicherheit, und die Strategie der Nichtanerkennung behielt mithin ihre Bedeutung. Noch 1966 nannte Herbert Wehner diejenigen „Strolche“, die auf ein Recht verzichten wollten, bloß weil sie es nicht durchsetzen konnten; ganz ähnlich argumentierte die Union später gegen die Ostverträge²³⁾. Die meisten Politiker aber gaben praktisch die bisher axiomatische Ansicht auf, daß die Teilung Deutschlands ein Gefahrenherd und eine mögliche Kriegsursache sei. In der Zeit zwischen dem Mauerbau und der Kuba-Krise schienen viele Westdeutsche und Amerikaner in ihrem Denken eine Kehrtwendung vollzogen zu haben und zur Ansicht gelangt zu sein, daß die Spaltung Europas,

weit davon entfernt, die Ursache der Spannungen zu sein, im Gegenteil die notwendige Voraussetzung für Stabilität, Entspannung und friedliche Koexistenz darstelle.

Die Berliner Mauer zerstörte, so gesehen, bei vielen die Hoffnungen auf eine drastische Änderung im Zustand des geteilten Europas. Die mehr oder weniger resignierte Erkenntnis setzte sich durch, daß der Weg zu friedlicheren Beziehungen mit dem Osten über die Anerkennung der kommunistischen Diktaturen führe, nicht über die Verweigerung dieser Anerkennung. Sie bewirkte in der Bundesrepublik auch, daß viele sich nunmehr mit kritischeren Augen den Fehlern der westdeutschen Gesellschaft zuwandten. Aus der Perspektive der politischen Psychologie war es kein Zufall, daß die Aufgabe der Hoffnungen auf nationale Wiedervereinigung und großräumpolitische Veränderungen in Europa ein entsprechendes Verlangen nach innenpolitisch-moralischen Veränderungen bewirkte – ein Interesse, das seinen Höhepunkt, aber nicht sein Ende, im Radikalismus der späteren sechziger Jahre fand.

IV. Der Wandel in der politischen Kultur und die neue Ostpolitik: die Jahre 1962 bis 1974

Die mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre einhergehenden kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen begannen zunächst in einem Klima der Übereinstimmung und nicht der Entfremdung. In den frühen sechziger Jahren wurde die letzte und weitreichendste Stufe der Amerikanisierung der westdeutschen Kultur und Gesellschaft erreicht. Hüben wie drüben schockierte eine weitverbreitete Lockerung der herkömmlichen Moral und Verhaltensnormen die Öffentlichkeit²⁴⁾. In Amerika wie auch in der Bundesrepublik schlug ein politischer Reformwille, dessen Befürworter ursprünglich wohl beabsichtigten, die Gesellschaft verbessern und vervollkommen zu wollen, in Protest gegen die angebliche Bösartigkeit und Repressivität des „herrschenden Systems“ um. Der wichtigste äußere Anlaß für diesen Wandel war der Vietnamkrieg. In der Bundesrepublik schien der Krieg die Analyse der Neuen Linken zu bestätigen, wonach globale wie nationale Gesellschaften vom

amerikanischen kapitalistischen Imperialismus beherrscht würden. Daraus ergab sich für sie die Anerkennung und Unterstützung des gewaltsamen „Befreiungskampfes“.

Die Amerikanisierung der Bundesrepublik, der Wiederhall amerikanischer politischer und kultureller Strömungen in der Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre kann auch in den drei Ereignissen gesehen werden, die am Anfang der Protestbewegung standen und deren Wirkung noch darauf abzielte, die Übereinstimmung zu fördern und nicht zu untergraben. Das erste dieser symbolischen und symptomatischen Ereignisse war die „Spiegel-Affäre“, die den Sieg von Journalisten über staatliche Behörden bedeutete. Die Medien hatten damit beträchtliche politische Macht gewonnen und gezeigt, daß sie die Gunst des Publikums genossen, genau wie in den Vereinigten Staaten. Aber wohl noch wichtiger war die gesellschaftliche Auswirkung der Affäre – die Unterstützung, die der „Spiegel“ von zwei Gruppierungen erhielt, deren Macht zunehmend größer wurde, nämlich vom politisch gebildeten Publikum und von akademischen Kreisen. Ein Hauptanliegen dieser linksliberalen Öffentlichkeit sowohl in den USA wie auch in der Bundesrepublik Deutschland ist es seitdem gewesen, die Motive und das Verhalten der Regierung kritisch zu überprüfen. Die alte deutsche Grundannahme, die Regie-

²³⁾ Vgl. das Wehner-Zitat bei E. Nolte (Anm. 11), S. 464.

²⁴⁾ Eine einfühlsame Darstellung Amerikas in den sechziger Jahren gibt Allen J. Matusow, *The Unraveling of America*, New York 1984. Die beste, weil am wenigsten selbstgerechte Darstellung der Geschichte der amerikanischen Neuen Linken ist die von Todd Gitlin, *The Sixties: Years of Hope, Days of Rage*, New York 1987. Für den transatlantischen Zusammenhang vgl. E. Nolte (Anm. 11), S. 495–510.

rung habe immer das legitime Recht, zu tun, was sie für richtig halte — vor allem im Interesse der nationalen Sicherheit —, war ein für allemal widerlegt.

Das zweite Ereignis war der Auschwitz-Prozeß von 1963 bis 1965, in dem mehrere Angeklagte wegen Verbrechen im KZ Auschwitz vor einem deutschen Gericht in Frankfurt standen. Die Bundesrepublik hatte nur wenige Kriegsverbrecherprozesse geführt, da die meisten der Hauptverdächtigen, die 1945 gefangengenommen wurden, schon von den Alliierten oder von den Ländern, auf deren Gebiet sie Verbrechen begangen hatten, abgeurteilt worden waren. Durch den Auschwitz-Prozeß wurden große Teile der westdeutschen Bevölkerung zum ersten Mal mit dem Holocaust konfrontiert, und er leitete die große Welle der „Vergangenheitsbewältigung“ ein. Dieser Prozeß nährte die Ansicht der Neuen Linken, daß der Nationalsozialismus — oder der „deutsche Faschismus“, wie die Neue Linke ihn nannte — nicht eine einmalige Verirrung, sondern vielmehr eine Folge des Kapitalismus und somit eine weiterhin bestehende Bedrohung sei. Für die Neue Linke war die einzige Antwort auf diese Bedrohung in der Bundesrepublik eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft. Dieses Argument tauchte einige Jahre später auf und unterstützte die Entfremdung von den USA, die die Neue Linke als Schutzmacht des Kapitalismus und damit indirekt der üblen Saat des Nazismus ansahen.

Das dritte Element der Eröffnungsphase der Studentenunruhen war zugleich sehr deutsch wie auch ein Ausdruck der Amerikanisierung. Es war Karl Jaspers' kritische Sicht der Bundesrepublik, wie er sie in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ Anfang 1966 veröffentlichte. Jaspers, der das Dritte Reich überlebt hatte, ohne der Zusammenarbeit oder Sympathien mit den Nazis verdächtigt zu werden, genoß hohes Ansehen. Daher hatte seine scharfe Kritik an dem, was er als autoritäre Strömungen und als fehlendes Schuldbewußtsein in der bundesdeutschen Politik und politischen Kultur ansah, sensationelle Wirkung. Durch das Erscheinen des Buches kurz nach der „Spiegel“-Affäre (in der sich die Regierung genau in der von Jaspers kritisierten Weise verhalten hatte) und nach dem Auschwitz-Prozeß (der die Notwendigkeit von Schuldgefühl, Bescheidenheit und moralischer Vergangenheitsbewältigung zu bestätigen schien) ging von Jaspers' Kritik eine sich in der Bundesrepublik rasch ausbreitende Denkrichtung und Argumentationsweise aus. Jaspers' Argumentationsstil war von der liberalen amerikanischen Tradition der ständigen Kritik an Regierung und traditionellen Autoritäten beeinflusst und stellte damit durchaus

einen weiteren Ausdruck der Amerikanisierung der Bundesrepublik dar. Innerhalb eines Jahres nach der Veröffentlichung des Buches begann diese neue kritische Stimmung jedoch immer größere intellektuelle Kreise von der bisherigen Übereinstimmung zu einer zunehmenden Entfremdung gegenüber den USA zu führen.

Diese Wirkung war am stärksten im Bildungsbereich, in den Medien, unter den Intellektuellen und in der protestantischen Kirche. An der Politisierung der deutschen Hochschulen wurde diese Entwicklung besonders deutlich. In den zwanzig Jahren seit dem Kriegsende bildeten die westdeutschen Professoren eine der getreuesten pro-amerikanischen Gruppen. Um 1966 begannen vermehrt Studenten aus sozialen Schichten, denen es bisher nicht möglich war, zur Universität zu drängen; zusammen mit liberalen oder radikalen jungen Dozenten schufen sie ein neues Klima an den Universitäten. Die daraus hervorgehende Neue Linke huldigte marxistischen oder neo-marxistischen Theorien und übte grundsätzliche Kritik an der als repressiv diffamierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, an der Westintegration und ganz besonders am Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die sie der Unterstützung repressiver und reaktionärer Regime weltweit bezichtigte.

Dieser Prozeß der Kritik und Entfremdung schuf besonders für die SPD Probleme, die mit der Wahl Willy Brandts zum Kanzler im Oktober 1969 zur dominierenden Regierungspartei aufrückte. Die SPD, die von neutralistischer Entfremdung in den fünfziger Jahren zu atlantischer Übereinstimmung unter der Führung Brandts und seiner jüngeren Gefolgsleute wie Helmut Schmidt gefunden hatte, sah sich nun einer Spaltung in den eigenen Reihen gegenüber. Die Jugendorganisation der Partei, die Jusos, aus der die Partei traditionsgemäß ihre Führerpersönlichkeiten rekrutierte, war vom Wandel in der politischen Kultur während der Studentenbewegung stark betroffen. Die SPD war außerdem die Partei der linksliberalen Öffentlichkeit, die schon bei der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten im April 1969 den Wandel im ideologischen Bereich wie in der politischen Kultur artikuliert. Als Brandt Kanzler wurde, sahen viele Wortführer der linken Öffentlichkeit dies als die Chance, ihre Hoffnungen auf eine „Fundamentaldemokratisierung“ der westdeutschen Gesellschaft zu verwirklichen. Die Jusos gingen, vor allem in ihren Vorstellungen zur Außenpolitik, weiter. Über ihre Kritik an den USA hinaus forderten sie eine sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik, was diese notwendig von Westeuropa und den Vereinigten Staaten distanziert hätte. Brandt jedoch hielt an den engen transatlantischen Beziehungen fest; sie

waren zugleich ein Fundament für eine Politik der Akzeptanz des Status quo, der Aussöhnung mit den kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa und der Entspannung mit der Sowjetunion.

Diese Unterstützung durch die USA war für den Erfolg von Brandts Ostpolitik unerlässlich. Das letzte, was Brandt und seine Berater beabsichtigten, war, den kommunistischen Regierungen den Eindruck zu vermitteln, die Bundesrepublik sei bereit, von der NATO-Linie abzurücken, und die SPD wolle zu ihrer neutralistischen Distanzierung der fünfziger Jahre zurückkehren. Die Nixon-Regierung, vor allem ihr Sicherheitsberater Henry Kissinger, unterstützte Brandts Ostpolitik, da sie weitgehend mit ihrer eigenen Entspannungspolitik übereinstimmte, die im SALT-I-Vertrag vom Juni 1972 gipfelte. Das gemeinsame Vorgehen setzte sich also auf höchster politischer Ebene fort, aber in den Ansichten Egon Bahrs, Brandts Chefberater in der Durchführung der Ostpolitik, gab es Hinweise auf zukünftige Probleme. Aus ganz anderen Motiven als denjenigen, die den Moralismus und den Radikalismus der Jusos beflügelten, entfernte sich Bahr in den siebziger Jahren von der engen atlantischen Übereinstimmung hin zu einer Position, die er selber als „deutschnational“ bezeichnete. Schon in seiner Tutzinger Rede 1963 hatte er sich seine eigenen Gedanken zur Berliner Mauer und den veränderten Grundsätzen der SPD-Außenpolitik gemacht. Bahr meinte damals, die beiden Staaten in Deutschland könnten nicht aufgrund westlicher Stärke und westlichen Drucks, sondern nur im Gefolge eines Entspannungsprozesses allmählich wieder zusammenwachsen. Dieses „Rapprochement“, wie er diese Politik nannte, würde letztendlich zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten — trotz ihrer unterschiedlichen politischen Systeme — führen. Die logische Schlußfolgerung daraus war, daß die Führungsschichten und die Bevölkerungen in beiden Staaten sich allmählich von den zwei Supermächten entfernen würden. Der Glaube an die Möglichkeit zunehmender Harmonie zwischen den beiden Staaten, sowohl zwischen den Regierungen wie der Bevölkerung, ferner die Überzeugung, daß sich die Vormachtstellung der USA im Westen und der Sowjetunion im Osten verringern würde, wurde zur Grundlage des Äquidistanz-

gedankens, der bis in die jüngste Gegenwart hinein große Beachtung in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung gefunden hatte.

1973 war Bahrs allmähliche Distanzierung von den USA jedoch ein viel geringeres Problem als die massive Ablehnung, die bei den Jusos und der Neuen Linken, im Bildungswesen, den Medien, den Kirchen und der linken Öffentlichkeit vorherrschte. Im gleichen Jahr führte ferner der Nahostkrieg und das daraus resultierende Ölembargo mit Preiserhöhungen durch die OPEC zu einer Minikrise im Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik, die aufzeigte, daß sogar die führenden politischen Kreise nicht ganz so übereinstimmen, wie sie vielleicht selber dachten oder andere glauben machen wollten. Während des Krieges begann Amerika, Israel mit Nachschub — zum Teil aus Vorräten in der Bundesrepublik — zu versorgen. Brandt beharrte darauf, daß die USA keine Nachschubgüter aus der Bundesrepublik nach Israel transportierten, da die Verwendung der für die auf dem Bundesgebiet stationierten US-Truppen bestimmten Nachschubvorräte die Bundesrepublik in den Nahostkonflikt einbeziehe und damit ihre Sicherheit gefährde. Kissinger, inzwischen Außenminister geworden, reagierte scharf, indem er argumentierte, daß die Bundesrepublik ein ebensogroßes Interesse am Überleben Israels haben sollte wie die USA, daß sie den Vereinigten Staaten Solidarität schulde und daß Brandts Weigerung den Eindruck erwecke, die Bundesrepublik beuge sich der Erpressung durch die OPEC. Die Krise wurde bald von den noch größeren wirtschaftlichen und finanziellen Problemen überschattet, die die Ölpreiserhöhungen verursachten, aber vergessen wurde sie nicht.

Helmut Schmidt, der Brandt im Mai 1974 als Bundeskanzler ablöste, entschloß sich, zu einem engerem Zusammengehen mit den USA zurückzukehren, jedoch unter Betonung der engen Beziehungen zu Frankreich sowie der westeuropäischen Wirtschafts- und Währungscoordination und politischen Zusammenarbeit. Damit war klar, daß sogar für die überzeugtesten Atlantiker in den Führungskadern und Ausschüssen der Parteien die Zeit einer undifferenzierten Ausrichtung auf die USA vorüber war.

V. Gestörte transatlantische Beziehungen: 1975 bis heute

Die Regierung Schmidt verband die Ausrichtung auf die USA mit der Verfolgung einer deutschen Friedenspolitik zusammen mit der DDR und anderen kommunistischen Regierungen. Diese Politik

hatte solange Erfolg, wie die USA selber der Entspannung verpflichtet waren. Das begann sich in den letzten beiden Jahren der Regierung Carter zu ändern. Die Kooperation zwischen Schmidt und

Carter gelang nur unter Schwierigkeiten. 1978 war es Schmidt auf Begehren der USA hin gelungen, seine Regierung zur Unterstützung einer Stationierung von taktischen Atomwaffen auf dem Bundesgebiet zu bewegen. Obwohl Schmidt dafür einen hohen politischen Preis zahlen mußte, ließ Carter den ganzen Plan einfach fallen.

Als die amerikanische Regierung begann, sich von der Entspannungspolitik ab- und der erneuten Erkenntnis zuzuwenden, daß der sowjetische Imperialismus sich nicht verändert hatte und nach wie vor in Schach gehalten werden mußte, folgten die meisten Bundesbürger dieser Wendung nicht. Schmidt war der Hauptarchitekt des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, der vorsah, die Modernisierung der Mittelstreckenraketen voranzutreiben und gleichzeitig mit der Sowjetunion über die Kontrolle dieser Waffen Verhandlungen zu führen²⁵). Die damit zusammenhängende Problematik löste eine andere Art von Entfremdung aus als diejenige der Studenten, Journalisten und anderen Anhängern der Neue Linken in den siebziger Jahren. Schmidts Skepsis erwuchs aus der Sorge, daß die Vereinigten Staaten ihre Fähigkeit verloren haben könnten, Weltpolitik zu betreiben, wie aus der Einsicht, daß die Sicherheitsinteressen des Westens eine kombinierte Zielsetzung von Stabilität und Rüstungsmodernisierung verlangten. Der Doppelbeschluß war selber nur Teil eines umfassenderen Planes zur Modernisierung und Verstärkung sowohl der konventionellen wie der atomaren NATO-Streitkräfte. Schmidt unterstützte diesen Plan, bestand aber darauf, daß die westdeutsche Sicherheit auf den beiden Säulen der militärischen Stärke und der politischen Verpflichtung zur Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten beruhe.

In Schmidts letztem Jahr als Kanzler prägte Egon Bahr zusammen mit anderen SPD-Linken den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“, um das Ziel der westlichen Außenpolitik zu beschreiben. Dieser Begriff besagt, Sicherheit lasse sich im Atomzeitalter nur mit und nicht gegen den potentiellen Gegner erhalten. „Ich bin nur so sicher wie der andere auch“, so formulierte es Erhard Eppler 1986 im Gespräch mit Vertretern der DDR²⁶). Es ist aber nicht einfach zu erklären, wozu man überhaupt Streitkräfte und eine Verteidigungspolitik braucht, wenn der Gegner kein Gegner mehr ist, sondern ein Partner. Ein Partner stellt, ungeachtet seiner militärischen Macht, per definitionem keine Bedrohung dar. Derjenige, gegen den man Verteidigungs-

vorkehrungen trifft, kann eben kein Partner sein. Der Glaube an eine Sicherheitspartnerschaft mit der UdSSR und den übrigen kommunistischen Staaten ist ein wichtiges Argument für die Theorie der Äquidistanz. Schmidt vermied, solange er im Amt war, diesen Begriff der Sicherheitspartnerschaft. Die dazugehörige Überzeugung gründete sich jedoch direkt auf seine Ansichten mit der zusätzlichen Annahme, daß die Sowjetunion und die kommunistischen Staaten Partner in einem gemeinsamen Unternehmen und als solche genauso der Stabilität in Europa verpflichtet wären wie die Bundesrepublik und die anderen westlichen Staaten.

Die Popularität des Äquidistanzgedankens in den achtziger Jahren war auch ein Ausdruck der weitverbreiteten Unsicherheit und Sorge in weiten Teilen der Öffentlichkeit bezüglich der Sicherheit der Bundesrepublik und der Zukunftsaussichten Europas sowie der Einschätzung von Richtung und Qualität der amerikanischen Außenpolitik. Diese Sorge, die zu der Verbreitung des Äquidistanzgedankens führte, war aber auch Teil eines allgemeinen Wandlungsprozesses in der westdeutschen politischen Kultur — ein Vorgang, in dessen Verlauf überkommene Grundsätze der Außen- und Sicherheitspolitik sich als untereinander unvereinbar erwiesen aus Gründen, die sowohl mit wirklichen Veränderungen im militärischen, diplomatischen und strategischen Umfeld der Bundesrepublik wie mit dem Wandel des kulturellen, intellektuellen und psychologischen Klimas zu tun hatten.

Die wichtigsten dieser Grundsätze waren die Glaubwürdigkeit der NATO-Doktrin und die enge Ausrichtung auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Das Konzept der flexible response ist nur dann glaubwürdig, wenn die amerikanische atomare Garantie in sich glaubwürdig ist, und dies ist wiederum nur dann der Fall, solange die USA überzeugend die Vernichtung der Sowjetunion mit ihrer interkontinentalen Zweitschlags-Atomstreitmacht anzudrohen vermögen. Als die Sowjetunion aber die atomare Parität oder sogar Überlegenheit erreicht hatte — eine Lage, die trotz (oder dank) dem SALT- und dem ABM-Vertrag Mitte der siebziger Jahre eintrat —, wurde die Drohung der USA, mit ihren strategischen Waffen zurückzuschlagen, falls die Sowjets Westeuropa angreifen sollten, zum unglaubwürdigen Versprechen, da die Vereinigten Staaten nunmehr in einer Art Automatik atomaren Selbstmord verüben würden. Daß dieses Versprechen tatsächlich unglaubwürdig war, deckte Henry Kissinger 1979 in Brüssel auf, als er den Europäern klarmachte, daß sie sich nicht länger allein auf die Garantie der USA verlassen könnten und daß der

²⁵) Vgl. Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität, München 1986.

²⁶) „Wandel durch Wettbewerb?“, in: Die Zeit vom 14. März 1986.

amerikanische atomare Schutzschild über Westeuropa durchlässig geworden sei²⁷⁾.

In dem Augenblick, als die Unsicherheit der amerikanischen Garantie offenbar wurde, fiel auch der zweite Grundsatz, der Wert einer engen Ausrichtung auf die USA, derselben Logik zum Opfer: Wenn die Schlagkraft der Sowjetunion jetzt nämlich groß genug war, ihr sowohl eine Erst- wie eine Zweitschlagskapazität gegen den nordamerikanischen Kontinent und gegen Europa zu verschaffen, dann konnte sich die Politik einer zu engen Ausrichtung auf die USA längerfristig sogar als gefährlich für die Bundesrepublik erweisen. Dies war dann auch der Schluß, der von Teilen der SPD wie vor allem von der Friedensbewegung gezogen worden ist. Sie folgerten, daß Äquidistanz eine diplomatische und strategische Möglichkeit für die Bundesrepublik darstelle, die es ihren Bürgern erlauben würde, weiterhin ihre politischen Freiheiten in Frieden auszuüben und gleichzeitig einer zunehmend gefährlicheren Konfrontation der Supermächte zu entgehen. Sie folgerten weiter, daß eine solche Politik die größte Hoffnung bieten könnte, die Auswirkungen der europäischen und besonders der deutschen Teilung zu mildern. Ihr Ziel war das, was Willy Brandt schon 1968 als „europäische Friedensordnung“ bezeichnet hatte, in der der Antagonismus zwischen Ost und West sich abschwächen und schließlich ganz einer friedlichen Koexistenz weichen würde. Diese Denkrichtung und ihre Motive bewirkten in den Parteien – nicht nur in der SPD – eine gewisse Distanz gegenüber den USA, die durch die offensichtliche Unfähigkeit der Reagan-Regierung, eine konsequente Strategie gegenüber der Sowjetunion zu entwickeln und durchzuhalten, noch weiter vergrößert wurde. Hinzu kamen die unterschiedlichen Auffassungen über die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) und die Ungewißheiten über den Prozeß der Rüstungskontrolle²⁸⁾.

Nicht einmal die CDU/CSU stand 1987 geschlossen hinter der Politik der USA. Die Stellung der größeren der beiden Koalitionsparteien bot in den späteren achtziger Jahren praktisch ein Spiegelbild der SPD. Die Mehrheit, angeführt vom Bundeskanzler, war für fortgesetzte Ausrichtung auf die USA, während sich eine Minderheit Sorgen um die Richtung der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik machte und einen Verrat an den deutschen Interes-

sen befürchtete. Der offensichtliche Unterschied zur SPD besteht darin, daß es in der SPD Kräfte gibt, die die Bundesrepublik von den USA loslösen und eine eigenständigere Politik gegenüber der Sowjetunion und der DDR verfolgen möchten. In Teilen der CDU/CSU löste das Versprechen (oder die Drohung) der doppelten Nulllösung, alle landgestützten Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa abzuziehen, die Befürchtung aus, daß dies die Bundesrepublik ungeschützt der erdrückenden Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich der konventionellen und chemischen Waffen aussetzen würde. Der konservative Flügel der CDU/CSU begann Anfang 1987, die doppelte Nulllösung zu kritisieren. Man betrachtete hier die doppelte Nulllösung als eines der vielen Symptome des Verlusts des Willens zur Weltmachtstellung der USA. Man vermutete hier, daß die Amerikaner den Europäern unter allen Umständen Rüstungskontrollabkommen, die nicht im europäischen Interesse waren, aufzwingen wollten. Letztlich befürchtete man, daß die Amerikaner ihr Interesse an Westeuropa allmählich verloren haben könnten und einen Truppenabzug vorbereiteten.

Der Bundeskanzler teilte einige dieser Befürchtungen, und es zeigte sich deutlich, daß er sich Sorgen darüber machte, was der Gipfel in Reykjavik 1986 über das Verhandlungsgeschehen auf der amerikanischen Seite aussagte. Er äußerte seine Bedenken bezüglich der doppelten Nulllösung öffentlich, obwohl dies die CDU/CSU in den Wahlen vom Januar 1987 Stimmen kostete. Als klar wurde, daß sowohl die Amerikaner wie die Sowjets und Kohls Außenminister Genscher die Nulllösung wollten, gab Kohl nach, ging dann aber noch weiter und bot an, auch die 72 Pershing 1A-Abschußgeräte der Bundeswehr, die in dem vorgeschlagenen Übereinkommen nicht eingeschlossen waren, zur Verschrottung freizugeben.

Helmut Schmidt äußerte in diesem Zusammenhang in einigen Artikeln, daß er von Präsident Carters allzu blindem Vertrauen in die Entspannung während der ersten drei Jahre seiner Regierung und dem ebenso blinden Umschwenken zu einem Anti-Sowjetismus nach der sowjetischen Invasion Afghanistans 1979 nicht beeindruckt gewesen sei. Schmidt bezichtigte im nachhinein Carter der Unstetigkeit und Unberechenbarkeit und schlug den Westeuropäern eine Schwerpunktverlagerung des Bündnisses auf französische Führung vor²⁹⁾. Bonn und Paris sollten näher zusammenrücken, um die westeuropäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu gewährleisten. Die Vertreter des konservativen Flü-

²⁷⁾ Lawrence Freedman, *The Fading Myth of Flexible Response*, in: *The Price of Peace*, London 1986.

²⁸⁾ Für die Vorgeschichte der SDI in den USA und ihr politisches Schicksal bis heute vgl. jetzt Angelo Codevilla, *While Others Build*, New York 1987. Codevilla arbeitet seit 1979 über strategische, rüstungskontrollpolitische und technische Fragen der Raketenabwehr.

²⁹⁾ Vgl. Schmidts Aufsatzreihe in: *Die Zeit* vom 28. November 1986 und 15., 22. und 29. Mai 1987.

gels der CDU/CSU folgerten, daß Bonn mit Moskau den bestmöglichen Handel abschließen sollte, bevor der erwartete Rückzug der USA Westeuropa geopolitisch den Sowjets ausliefere. Die politische Mitte, geführt von Hans-Dietrich Genscher, bestand auf der Einschätzung, daß Gorbatschow ein Freund des Friedens und einer zumindest teilweise freiheitlichen Weltordnung sei, und setzte ihr Vertrauen weiterhin auf internationales Recht und Übereinkünfte. Die SPD-Linke intensivierte ihre Beziehungen zur DDR und ging dabei so weit, im September 1987 eine gemeinsame Stellungnahme zur europäischen Sicherheit herauszugeben. Keine dieser Gruppen glaubte mehr daran, daß das Gesetz des Handelns in der gesamteuropäischen Politik und Diplomatie noch bei den USA lag. Die Frage war, welche Konsequenzen die Bundesrepublik aus diesem Rückzug Washingtons von Macht und Einflußnahme ziehen sollte.

Im September 1987 besuchte Erich Honecker die Bundesrepublik. Die wenigen, die in den USA dieses Ereignis überhaupt zur Kenntnis nahmen, reagierten höflich. Niemand schien zu bemerken, daß der Respekt und die Anerkennung seiner Legitimität, die Honecker gezollt wurden, in offenem Gegensatz zu der von den USA festgesetzten Position stand, wie sie beispielsweise von Außenminister Shultz anläßlich der Eröffnung der Konferenz über Abrüstung in Europa in Stockholm im Januar 1984

formuliert worden war, daß nämlich die Teilung Europas unannehmbar und die kommunistische Herrschaft im Osten grundsätzlich unrechtmäßig sei, sie das Recht der europäischen Völker auf Selbstbestimmung verletze.

Die Perspektive einer erneuten ausschließlichen Ausrichtung der bundesdeutschen Politik auf die USA ist weder realistisch noch erwünscht. Was die USA können und auch anstreben sollten, ist, bei ihrem wichtigsten europäischen Verbündeten möglichst ein offenes Ohr zu finden. Zu diesem Zweck muß die nächste amerikanische Regierung eine konsistentere Europapolitik entwickeln. Die Europapolitik Gorbatschows, die erheblich zu seiner Popularität beiträgt, stellt dabei eine entscheidende Herausforderung dar. Washington hat sich nie in der Lage gesehen, eine schlüssige Europapolitik zu betreiben, und weder die gegenwärtige noch die künftige Generation amerikanischer Politiker haben ein starkes Interesse an oder Kenntnisse von Europa. In der Bundesrepublik wird befürchtet (oder von einigen gehofft), daß die USA ihr Engagement in Europa vermindern und ihre Truppen, die im Grunde nichts anderes sind als amerikanische Geiseln, bald abziehen werden. Dies könnte in der Tat eines Tages geschehen. Es ist die Aufgabe der Politiker sowohl in Bonn als auch in Washington, sicherzustellen, daß es nicht zur Katastrophe kommt, wenn es einmal soweit sein sollte.

Deutsch-sowjetische Beziehungen: Kontinuität und Wandel 1945 bis 1987

Im Ringen um eine unserer Zeit angemessene europäische Friedensordnung haben die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten eine maßgebliche Rolle gespielt. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist wohl kaum zu bestreiten, daß von ihrer Qualität, positiv wie negativ, auch das künftige Schicksal unseres Kontinents mitbestimmt wird, zumal sich beide Seiten als Partner begreifen, von deren Entschlossenheit, Fähigkeiten und aktivem Handeln die Gestaltung des gemeinsamen „europäischen Hauses“ abhängt. Allerdings sind die Beziehungen zwischen den Weltmächten USA und UdSSR hierfür noch entscheidender; zwischen beiden Ebenen bestehen natürlich unverkennbare Wechselwirkungen, die es bei jeder Analyse zu berücksichtigen gilt¹⁾.

Die Geschichte dieser ebenso komplexen wie widersprüchlichen, zugleich durch einseitige Schuldzuweisungen gekennzeichneten Beziehungen — die triangulär unter Einbeziehungen der DDR zu sehen sind —, ist bis heute noch nicht wissenschaftlich adäquat aufgearbeitet worden. Die Gründe dafür leuchten ein²⁾. Jedoch gibt es bereits

zahlreiche Studien und fortlaufende Überblicke, deren Wert aber schon deshalb begrenzt ist, weil ihre Autoren die Interaktionen unter Einbeziehung bestimmter innenpolitischer und internationaler Determinanten vorwiegend aus der Interessenlage der einen oder anderen Seite analysiert und bewertet haben. In dem vorliegenden Beitrag hat sich der Verfasser die beide Partner berücksichtigende Aufgabe gestellt, *Kontinuität* und *Wandel* der bilateralen Beziehungen zu verdeutlichen. Damit möchte er zugleich zum Überdenken älterer tradierter Betrachtungsweisen und zur Kritik herausfordern. Hierbei werden unter Kontinuität die in dieser Epoche fortwirkenden prinzipiellen, politisch relevanten Konstanten — unterschiedlich in ihrer Intensität und Gewichtung — verstanden³⁾. Dazu zählen u. a. die Asymmetrien in der machtpolitischen Hierarchie der Staatenwelt, der Systemantagonismus mit konträren Vorstellungen über die Organisation von Gesellschaft, Werte und ordnungspolitische Zielsetzungen im Globalmaßstab, die Blockbildung, die Festschreibung des Status quo in Europa bzw. die friedliche Überwindung desselben, und auf sowjetischer Seite eine Haltung der Selbstgerechtigkeit — mag Generalsekretär Gorbatschow neuerdings auch das Wahrheitsmonopol Moskaus zum ersten Mal in Frage gestellt haben⁴⁾.

Der Wandel betrifft u. a. veränderte Denk- und Verhaltensweisen, die gegenseitige Einschätzung, Formen des Mitteleinsatzes und den Wechsel zwischen angestrebter Verbesserung bzw. Intensivierung der Beziehungen und Phasen der Stagnation oder krisenhafter Zuspitzung. Wenngleich eine

1) Vgl. allgemein: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Weltpolitik. Strukturen-Akteure-Perspektiven*, Bonn 1987; Lawrence T. Caldwell/William Diebold Jr., *Soviet-American Relations in the 1980s*, New York 1981; Ernst-Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer, *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Bonn 1987; Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955—1973. Dokumentation, hrsg. und eingeleitet von Boris Meissner, Köln 1975; *Sovetsko-amerikanskije odnoszenija v sovremennom mire*, Redakteur: G. A. Trofimenko und P. T. Podlenskij, Moskau 1987.

2) Grundlegend für die deutsch-sowjetischen Beziehungen: Dietrich Geyer (Hrsg.), *Sowjetunion. Außenpolitik 1917—1955 (Osteuropa-Handbuch)*, Bd. I, Köln-Wien 1972, Bd. II, Köln-Wien 1976; Boris Meissner, *Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion. Ausgewählte Beiträge*, Köln 1987; *Sowjetunion 1973 bis 1986/87*, herausgegeben vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), München 1974—1987 (insgesamt 9 Bde.) — siehe dort vor allem die Beiträge von Gerhard Wettig, Fred Oldenburg und Christian Meier; William Griffith, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1981; Angela Stent, *Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion*, Köln 1983; Gerhard Wettig, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965—1976*, Stuttgart 1976.

Allgemein: Gerhard Simon (Hrsg.), *Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche-Kontinuitäten-Perspektiven*, Köln 1987; Klaus von Beyme, *Die Sowjetunion in der Weltpolitik*, Mün-

chen-Zürich 1983; *Soviet Foreign Policy in a Changing World*, ed. by Robbin F. Laird and Erik P. Hoffmann, Berlin-New York 1986; Egbert Jahn/Volker Ritterberger (Hrsg.), *Die Ostpolitik der Bundesrepublik. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, Opladen 1974.

Aus sowjetischer Sicht: *Istorija vneshej politiki SSSR*, Bd. II: 1945—1985, Redaktion: A. A. Gromyko und B. N. Ponomareva, Moskau 1986; Faina Ivanovna Novik, *SSSR-FRG. Problemi soshestvovanija i sotrudnicestva 1975—1986*, Moskau 1987; *Rasrjadka i konfrontatsia: dve tendensii v sovremenich meshdunarodnich odnoszenijach*, Redaktion: W. I. Gantmann, Moskau 1987 (Kapitel 6: Sowjetisch-deutsche Beziehungen, Verfasser: A. M. Kokejew); I. S. Kremer, *FRG: vnutripoliticheskaia borba i vneschnijazja orientatsia*, Moskau 1977.

3) Vgl. hierzu den Beitrag von D. Geyer (Anm. 2), Bd. I, S. 4 ff.

4) Vgl. Michail Gorbatschow, *Perestroika. Die zweite russische Revolution*, München 1987, S. 171 ff.

klare Trennung zwischen beiden politischen Ebenen nicht immer möglich sein wird, so kann eine solche Unterscheidung dennoch sinnvoll sein, um über Möglichkeiten und Grenzen des Normalisierungs- und Versöhnungsprozesses beider Völker begründeter urteilen zu können. Nun ließe sich mit W. Link zu Recht argumentieren, daß der Ost-West-Konflikt die Kontinuität bis in die Gegenwart hinein dominiert und sich lediglich der Austragungsmodus desselben geändert habe⁵⁾. Jedoch fragt sich, ob nicht als Konsequenz wachsender

Verflechtung antagonistischer Gesellschaftssysteme und ihrer Bemühungen, sich den Herausforderungen gemeinsam zu stellen, die Qualität des Grundkonfliktes Veränderungen unterworfen ist, von denen sich heute gewisse Konturen abzeichnen scheinen. Diese so interessante Fragestellung kann hier indessen nicht weiter vertieft werden. Vielmehr wird versucht, die eingangs angedeutete Problematik nicht chronologisch, sondern in einem systematisch-exemplarischen Überblick zu erörtern⁶⁾.

I. Periodisierung

Wer die Jahrzehnte bilateraler Beziehungen seit 1945 analysiert, kann verschiedene, ineinander übergreifende und sich bedingende *Phasen* wahrnehmen, die durch wechselnde Tiefen und Höhen bzw. durch einen gelegentlich verwirrenden „Zick-Zack“-Kurs gekennzeichnet waren. Sie sind stets von den Wandlungen des internationalen Systems, insbesondere von dem politischen Klima zwischen den beiden Supermächten, aber auch von dem triangulären Verhältnis zwischen Bonn, Ost-Berlin und Moskau abhängig geblieben⁷⁾. Vielleicht lassen sich insgesamt *sieben Perioden* unterscheiden: In der ersten Phase von 1945 bis 1949 war Deutschland als Objekt der Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt, während der „Kalte Krieg“ als konfrontatives Element des Ost-West-Konfliktes das Schicksal Europas zu überschatten begann. Prädispositionen deutscher Führungseliten trugen dazu bei, daß die Weichen für die Grundsatzentscheidung von 1949 gestellt wurden⁸⁾. Mit der Bildung der beiden deutschen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzte die zweite Phase ein. In dieser waren es vor allem das Werk und Verdienst des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer – unterstützt von den Alliierten und seinen Parteifreunden –, die Bundesrepublik Deutschland fest im Westen verankert, die Souveränität zurückgewonnen und die Aufrüstung durchgesetzt zu haben⁹⁾, während W. Ulbricht und sein Führungszirkel die „demokratische Umgestaltung“ der DDR

nach Weisung Moskaus im Zeichen des „Sozialismus“ einleiteten¹⁰⁾. Beide Strategien vertieften die Spaltung, an der sehr wahrscheinlich auch das taktisch bedingte Angebot Stalins vom März 1952 zur Neutralisierung Deutschlands und die zahlreichen Wiedervereinigungsinitiativen (freie Wahlen) kaum mehr etwas ändern konnten. Mit der Blockbildung im Osten – als Antwort auf die Westintegration – war dieser Prozeß weitgehend abgeschlossen. Seitdem dürfte wohl keine politische Chance verspielt worden sein, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit zu verwirklichen. Vielmehr kennzeichneten der Antagonismus, gegensätzliche Rechtspositionen in der deutschen Frage und damit im Hinblick auf den territorialen und sozialen Status quo Europas, den Status von West-Berlin, sicherheitspolitische Kontroversen, Auseinandersetzungen um Menschenrechte und Probleme in anderen Regionen der Welt das bilaterale (trilaterale [DDR]) Konfliktmuster. Dieses wurde durch die Asymmetrien (Weltmacht versus mittlere Macht) und durch die schwere historische Hypothek aus der NS-Zeit noch zusätzlich belastet¹¹⁾.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau im September 1955 hoffte Adenauer (in der dritten Phase), durch direkte Kontakte mit der Gegenmacht die deutsche Frage schneller regeln zu können, denn die Sowjetunion war – ebenso wie die drei anderen ehemaligen Siegermächte (USA, Frankreich, Großbritannien) – für Deutschland und Berlin als Ganzes mitverantwortlich¹²⁾. Doch erwies sich das Ziel der Wiedervereinigung von Jahr zu Jahr mehr als die große Illusion westdeutscher Politiker. Die Einheit Deutschlands war nicht gegen den Willen der Sowjetunion – etwa mit Hilfe einer „Politik der Stärke“ – durchzusetzen. Die sogenannte „Hallstein-Doktrin“ konnte zwar eine gewisse Zeit lang die Anerkennung des zweiten deutschen Staates

⁵⁾ Vgl. Werner Link, *Der Ost-Westkonflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1980.

⁶⁾ Vgl. außerdem zur Struktur meinen Beitrag: Mißtrauische Nachbarn, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen/Hans-Helmuth Knütter/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Düsseldorf 1987, S. 424 ff.

⁷⁾ Vgl. Hermann Weber, *Kleine Geschichte der DDR*, Köln 1980.

⁸⁾ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied-Berlin 1966; Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1982.

⁹⁾ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart 1981.

¹⁰⁾ Vgl. H. Weber (Anm. 7).

¹¹⁾ Vgl. K. v. Beyme (Anm. 2).

¹²⁾ Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 9).

durch Länder, die bereits Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland unterhielten, verzögern, aber im Laufe der sechziger Jahre wurde sie soweit ausgehöhlt, daß sie stillschweigend aufgegeben wurde¹³⁾. Was blieb, war der deutschlandpolitische Grunddissens zwischen der Sowjetunion (sowie der DDR) und der Bundesrepublik Deutschland. Die eine Seite verfolgte zielstrebig eine defensive Status-quo-Politik, verbunden mit der Absicht, die DDR anerkennen und West-Berlin einen Sonderstatus zukommen zu lassen, die andere ging von dem Vorbehalt eines Friedensvertrages aus, d. h. einer friedlichen Revision der Grenzen im Interesse der Nation, der Freiheit und eines „peaceful change“¹⁴⁾.

Zu Beginn der sechziger Jahre (vierte Phase) veränderte sich die internationale Szenerie: Nach dem Ende der Kuba-Krise (1962) signalisierten die beiden Weltmächte ihre Bereitschaft, eine direkte Konfrontation zu vermeiden¹⁵⁾ („Gleichgewicht des Schreckens“) und die gegenseitigen Interessensphären nachhaltiger zu respektieren. Gleichzeitig begannen sich bis dahin tradierte Denk- und Verhaltensweisen führender Politiker in der Bundesrepublik Deutschland aufzulockern. Gestützt auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. Juni 1961 leitete Außenminister Schröder eine „Politik der kleinen Schritte“ ein, die unter Wahrung nationaler Interessen (Freiheit-Frieden-Einheit) und außenpolitischer Prinzipien (Westintegration, Verteidigung im Bündnis, Gewaltverzicht) Brücken zwischen Ost und West schlagen sollte¹⁶⁾.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (fünfte Phase) zeichneten sich eine Modifizierung der bilateralen Beziehungen und eine zunehmend realistischere Einschätzung des Gegenüber ab. Diese gipfelten nach dem Regierungswechsel 1969 (sozialliberale Koalition) in dem Abschluß des bedeutsamen *Moskauer Vertrages* (Gewaltverzicht und Anerkennung des politischen Status quo in Europa). Dieser Modus vivendi vom 7. August 1970 war in der Tat ein tiefgreifender Einschnitt in der bilateralen Beziehungsgeschichte, denn er schuf die wichtigsten Voraussetzungen für den Beginn einer echten Normalisierung, verbesserter Kooperation und

für die so notwendige Versöhnung zwischen den beiden Völkern. Das russische Volk hatte im Zweiten Weltkrieg bekanntlich am meisten unter der NS-Herrschaft gelitten¹⁷⁾. Dieser Vertrag ebnete darüber hinaus nicht nur den Weg zu den Abkommen mit anderen osteuropäischen Staaten (Polen, ČSSR), der DDR (Grundlagenvertrag) und dem der vier Mächte über Berlin (1971), sondern auch zur multinationalen Entspannung (KSZE) 1975. In Helsinki wurde von den Staaten Europas, den USA und Kanada ein Kodex zwischenstaatlicher Verhaltensweisen vereinbart, der seitdem Maßstäbe gesetzt hat. Allein nicht überall hat er sich in gleicher Weise durchsetzen lassen¹⁸⁾.

Die Globalisierung des Ost-West-Konfliktes (sechste Phase), der sich steigende Rüstungswettlauf mit massiven gegenseitigen Vorwürfen, erkennbare Destabilitäten in Osteuropa (Polen) und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 verstärkten erneut die Konfrontation, die erst wieder Anfang der achtziger Jahre langsam eingedämmt werden konnte¹⁹⁾.

Seit Mitte der achtziger Jahre (siebte Phase) — auch bedingt durch den Machtwechsel in der Sowjetunion (Gorbatschow) und das „Neue Denken“ — wurde erneut eine deutliche Annäherung zwischen Bonn und Moskau erkennbar. Es kam zu kontinuierlichen Konsultationen und partiell verbesserter Zusammenarbeit, bei der sich beide Seiten stärker bemühten, gemeinsame Interessen zu verfolgen.

Allerdings blieben davon die Grundkonflikte (einschließlich der des Status von West-Berlin) unberührt. Möglicherweise kann der erste sichtbare Erfolg auf dem Gebiet der Abrüstung, das amerikanisch-sowjetische INF-Abkommen vom 8. Dezember 1987, zu dessen Gelingen auch die Bundesrepublik Deutschland einen inzwischen von Moskau honorierten Beitrag geleistet hat²⁰⁾, als Ausgangspunkt einer wegweisenden Verbesserung der bilateralen Beziehungen betrachtet werden, bei der nicht nur die Gestaltung einer europäischen Friedensordnung („gemeinsames europäisches Haus“) unter Akzeptanz ordnungspolitischer Gegensätze im Mittelpunkt steht, sondern auch der Versuch, miteinander zur Lösung der mannigfachen Herausforderungen unserer Zeit beizutragen.

¹³⁾ Vgl. Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976—1951, Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt 1979.

¹⁴⁾ Vgl. Hans Edgar Jahn, Die deutsche Frage von 1945 bis heute, Der Weg der Parteien und Regierungen, Mainz 1985; Karin Schmidt, Die deutsche Frage im Staats- und Völkerrecht, Baden-Baden 1980; Renata Fritsch-Bournazel, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung, Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945—1979, Opladen 1979.

¹⁵⁾ Vgl. Manfred Görtemaker, Die unheilige Allianz, Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943—1979, München 1979, S. 42 ff.

¹⁶⁾ Vgl. allgemein: Gebhard Schweigler, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland, Rahmenbedingungen, Motive, Einstellungen, Baden-Baden 1985.

¹⁷⁾ Vgl. Günther Schmid, Entscheidung in Bonn, Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/1970, Köln 1979.

¹⁸⁾ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/Christian Meier (Hrsg.), Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Analyse und Dokumentation, Bd. I, Köln 1973, Bd. II, Köln 1978.

¹⁹⁾ Vgl. DGFK-Jahrbuch 1979/80, Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980; Heinrich Vogel, Die sowjetische Intervention in Afghanistan, Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise, Baden-Baden 1980.

²⁰⁾ Aufzeichnungen von der Konferenz im IMEMO mit dem Forschungsinstitut der DGAP vom 16. bis 19. November 1987 (im Besitz des Verf.).

II. Konflikt: Feindbilder

Das spezifische Konfliktverhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ist zunächst einmal durch gegenseitige, schier unauslöschbare „Feindbilder“ gekennzeichnet. Obgleich in beiden Ländern — ungeachtet der ideologischen Indoktrination in der Sowjetunion im Geiste des Klassenkampfes — kein nennenswerter Haß auf Deutsche bzw. Russen zu spüren ist, und es auch wohl keine wirkliche Angst voreinander gibt, trennen nach wie vor „Mauern von Vorurteilen und Abgründe von Nichtwissen beide Völker“²¹⁾. Nicht zuletzt die offiziösen oder kolportierten Feindbilder haben aber die meisten Menschen hier wie drüben daran gehindert, den anderen in seiner Welt hinreichend zu begreifen, ihn in seinen unterschiedlichen Wertvorstellungen ernst zu nehmen sowie seine Abhängigkeiten und Sorgen zu verstehen. Auch haben sie die Wege zur echten Versöhnung entweder versperrt oder schwer gangbar gemacht. Und dort, wo mit unverkennbarem Erfolg begonnen wurde, durch Friedenserziehung, Versachlichung des Dialogs und erweiterten Austausch diese Lage zu verbessern, wurden die Barrieren bald wieder undurchlässiger, die Begegnungen gedrosselt und im „Staatsinteresse“ stärker kontrolliert, während vertrauensbildende Maßnahmen unterlaufen wurden²²⁾.

Eine beachtliche, freilich nicht widerspruchsfreie „Image-Forschung“ hat die mannigfachen Rahmenbedingungen hierfür herausgearbeitet und auch verdeutlicht, in welchem Umfang dabei Fremd- und Selbstbilder miteinander verflochten sind²³⁾. Verzerrte Bilder oder auch vereinfachte Abbildungen einer komplexen Wirklichkeit und Voreingenommenheit resultieren aus verschiedenen, sich wechselseitig bedingenden bzw. ergänzenden Faktoren. Hierzu zählen u. a. die historischen Wurzeln, das Ost-West-Gefälle, rassenideologische Interpretationen, Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mit allen seinen Erscheinungsformen einschließlich der des Vernichtungsfeldzuges gegen die UdSSR und des Exodus der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten, besonders aber der Antagonismus der Systeme, der durch mangelnde Kontaktmöglichkeiten in den Jahren des „Kalten Krieges“ noch verschärft worden ist.

Auf deutscher Seite lassen sich zunächst Antipathien gegenüber den Slawen mit ihrer „Unberechenbarkeit“, ihrem „angeborenen Mißtrauen“, ih-

rer „Rückständigkeit“ und ihrer „Herrschaft“ nachweisen. Daraus entwickelten sich abstruse Theorien von der rassischen Minderwertigkeit der Russen und nach dem Sieg der bolschewistischen Revolution ein Antikommunismus — zunächst defensiv, dann (ab 1933) extrem offensiv und seit 1945 wieder defensiv —, dem ein dezidiertes Feind-Freund-Denken zugrunde lag. Letzteres verstärkte sich erneut nach dem weltpolitischen Umbruch des Jahres 1945 und unter dem Eindruck des stalinistischen „Totalitarismus“, der häufig mit dem des Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde. Es wurde zum vorherrschenden Interpretationsmuster des Ost-West-Konfliktes bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre. Ergänzt wurde dieses durch Strategien gegenseitiger Schuldzuweisungen, was auch hieß, das Gegenüber im Spiegel eigener Erwartungen zu sehen („mirror-image“, verstanden als „sich selbst erfüllende Prophezeiung“). Da dem anderen meist schlechte Absichten unterstellt wurden, war eigene Stärke erforderlich. Diese wiederum führte bei dem Gegenüber zu erhöhten Bedrohungsvorstellungen, auf die mit entsprechenden Maßnahmen reagiert wurde. Bei dieser Eskalation als Konsequenz vermeintlicher Bedrohungen durch den anderen konnten häufig selbst friedliche Aktivitäten des Gegenspielers als geschickte Schachzüge hochstilisiert werden²⁴⁾.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den sechziger Jahren infolge der Entspannungspolitik und innenpolitischer Faktoren alte Feindbilder beträchtlich reduzieren lassen. Davon zeugen auch zahlreiche Umfragen (s. Tabelle 1). Eine Analyse von Presse- und Parteiaussagen zum sowjetischen System, zur sowjetkommunistischen Ideologie und der Rolle der Streitkräfte in der UdSSR in den letzten zwanzig Jahren hat allerdings gezeigt, wie die Einschätzung von „rechts“ (tendenziell konservativer) über „liberal“ bis hin zu „linksliberalen“ Positionen variierten. Akuten Bedrohungsvorstellungen (belegt durch Militärinterventionen, Ideologie der Weltrevolution, Atomkrieg als Mittel der Politik) unter der „worst-case“-Perspektive auf der einen Seite stehen moderatere Bilder gegenüber, in denen sich etwas von dem gewachsenen Verständnis für systemimmanente Probleme des anderen Gesellschaftssystems widerspiegelt. Von einem dezidierten antikommunistischen Feindbild in der Bundesrepublik Deutschland, das für die Adenauer-Ära symptomatisch gewesen ist, kann heute nicht mehr die Rede sein, was eine entschiedene Ablehnung kommunistischer Herrschaftspraktiken nicht ausschließt²⁵⁾.

²⁴⁾ N. Ropers, ebd.

²⁵⁾ Vgl. Arnold Sywottek. Die Sowjetunion aus westdeutscher Sicht seit 1945. in: Gotthard Niedhart (Hrsg.). Der Westen und die Sowjetunion. Paderborn 1983.

²¹⁾ Vgl. Lew Kopelew, Worte werden Brücken. Aufsätze, Vorträge, Gespräche 1980–1985, Hamburg 1985, S. 6.

²²⁾ Vgl. DGFK-Jahrbuch (Anm. 19); Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi, hrsg. von Josef Füllenbach und Eberhard Schulz, München 1980.

²³⁾ Vgl. u. a.: Reinhold Bergler, Vorurteile erkennen, verstehen, korrigieren. Köln 1976; Norbert Ropers, Tourismus zwischen West und Ost: Ein Beitrag für den Frieden?, Frankfurt-New York 1986, S. 115 ff.

1950 wurde das Ergebnis einer öffentlichen Umfrage in der Bundesrepublik bekanntgegeben, ob die Bevölkerung gegen den Abzug der Besatzungstruppen sei. Damals befürchteten 28 Prozent, daß die Russen sofort Deutschland besetzen würden, wenn die Westmächte abgezogen seien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juni 1950). In den darauffolgenden Jahren antworteten die Bundesbürger auf Fragen der Meinungsforschungsinstitute (Allensbach, Emnid u. a.) nach ihrem Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion folgendermaßen:

Tabelle 1: Meinungsbild zum Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion (in Prozent)

Jahr	bedroht	nicht bedroht	unentschieden
1952	66	15	19
1954	64	21	19
1956	45	27	28
1958	51	27	22
1964	39	37	24
1965	50	27	23
1966	38	37	25
1968	54	32	14
1969	32	55	13
1971	28	46	26
1976	47	38	15
1979	35	46	19
1980	44	34	22
1984	47	53	—
1986	35	64	1
1987	29	69	2

Auf sowjetischer Seite hat die „bedrohliche Feindwelt“ mit den teils eingebildeten, teils verzerrt wahrgenommenen Erscheinungsformen von Subversion, Gefährdung der inneren Sicherheit und psychologischer Kriegführung als Alibi für militante Rhetorik und zur Rechtfertigung offensiver Tätigkeiten dienen müssen. Seit 1945 haben sich dort bestimmte Stereotypen herausgebildet, die in immer neuen Varianten und in unterschiedlicher Dosierung als Mittel des verstärkten ideologischen Kampfes, der Integration des eigenen Volkes und der Disziplinierung der Verbündeten in Osteuropa betrachtet werden können²⁶). Sieht man einmal von den absoluten Zerrbildern ab, mit denen sowjetische Kommentatoren verschiedentlich einen weitgehenden Gleichklang zwischen den „Herrenmenschentypen“ des NS-Systems und bestimmten Vertretern der Bundesrepublik Deutschland konstruiert haben, die von deutscher Seite mit Recht als völlig absurd zurückgewiesen wurden, so lautete die Anklage, daß „Militaristen“ und „Revanchisten“ die Politik der Bundesrepublik Deutschland maß-

geblich beeinflussen würden. Das hing einmal mit dem historischen Trauma zusammen, aber zum anderen auch mit der Klassenanalyse („Klassenfeind“) in der Sowjetunion. Nach dem Selbstverständnis der Kommunisten wird der Friede grundsätzlich nur vom „kapitalistischen, imperialistischen System“ bedroht, während die sozialistischen Staaten alles nur Erdenkliche tun, um den Frieden in der Welt zu wahren. Daher wird die Politik der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen als die Fortsetzung alter bürgerlicher Klassenziele, vielleicht mit moderateren Mitteln, beurteilt. Aber die Führung in Moskau kann die Bundesbürger je nach deren Einstellung zur sowjetischen Politik auch differenzierter beurteilen. Antisowjetischen, militaristischen, kriegstreibenden Kräften stehen fortschrittlich gesinnte, der Arbeiterklasse und ihren Idealen zuneigende, gutwillige, realistische Kräfte gegenüber, die es zu unterstützen gilt. Zur Gruppe der „Böswilligen“ zählen jene, die von „Kriegsabenteuern“ und „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten nicht zu trennen sind und von der Annexion fremder Gebiete träumen²⁷).

Lassen wir einmal außer Betracht, daß durch solche unsinnigen Behauptungen nur bewiesen wird, in welchem hohem Maße sowjetische Dogmatiker immer noch Gefangene ihrer eigenen Ideologie geblieben sind — entscheidend ist die Frage: Was verstehen die Propagandisten in der UdSSR (und damit auch in der DDR) unter dem Begriff „Revanchismus“ und „Militarismus“? Legt man bei der Antwort eine marxistische Interpretation zugrunde, so würde das heißen: Als „Revanchisten“ sind diejenigen zu bezeichnen, die als „reaktionäre Ideologen“ im Interesse der „Ausbeuterklasse“ die Massen geistig für einen Revanchekrieg erziehen, verlorene Territorien zurückerobern wollen und von einem aggressiven Antikommunismus geprägt sind. Sie sind daher eine ständige Gefahr für die Erhaltung und Festigung des Friedens. Unter der Rubrik „Militaristen“ wären jene Kräfte der Bundesrepublik Deutschland einzuordnen, die zur Verwirklichung ihres Expansionsprogramms gegenüber anderen Ländern den Krieg als das entscheidende Mittel betrachten. Dreißig Jahre deutsch-sowjetischer Beziehungen haben hinlänglich bewiesen, wie haltlos derartige Vorwürfe sind. Daran ändert auch die ständige Wiederholung nichts²⁸).

Daß sich inzwischen viele Bürger der Sowjetunion im Zuge verbesserter Kommunikation und eines gewachsenen Erfahrungsaustausches von der generellen Friedfertigkeit der Deutschen — genauso

²⁷) Ebd.; Fred Oldenburg, Sowjetische Deutschland-Politik mit neuen Perspektiven? Mutmaßungen über Moskauer Studien und Dobrynins Antworten, in: Aktuelle Analysen des BIOst. 37 (1987); Gerhard Wettig, Sowjetunion ohne Feindbild?, in: ebd., 40 (1987).

²⁸) Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (O) 1983⁴, S. 816 f.

²⁶) Vgl. die Dokumentation von B. Meissner (Anm. 1).

umgekehrt die Deutschen von der der Russen — überzeugen konnten, ist zwar eine erfreuliche Tatsache, aber diese hat leider politisch bisher noch keine hinreichenden Auswirkungen gehabt. Nach wie vor ist die vielfach unseriöse, weil zu ideologi-

sche Berichterstattung über die Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion ein Stein des Anstoßes und ein Hindernis auf dem Weg aufrichtiger Versöhnung, was nicht heißt, daß nicht auch Korrekturen auf deutscher Seite erforderlich sind.

III. Konflikt: Sicherheit

Wohl kaum ein zweites Thema hat die Beziehungsgeschichte der beiden Staaten so kontinuierlich beeinflußt wie das der Sicherheit. Unausrottbare Vorurteile, historische Erfahrungen, nationale und paktinterne Interessen, die technologische Entwicklung sowie der Antagonismus der Systeme und die Asymmetrien haben hierbei den Ausschlag gegeben. Die Sowjetunion ließ sich nach dem Zweiten Weltkrieg bei ihren Grundentscheidungen vom Primat der Sicherheit leiten, weil sie nicht ein weiteres Mal an den Rand des Abgrunds gedrängt werden wollte und die von den Westmächten unterstützte Revisionspolitik der Bundesrepublik Deutschland (Wiedervereinigung, Aufrüstung) als neue Gefahr perzipierte²⁹⁾. Politisch-ideologische wie umfassende rüstungspolitische Maßnahmen sollten die territoriale und systemspezifische Unversehrtheit der Sowjetunion garantieren.

Zur gleichen Zeit fühlten sich die Politiker des westdeutschen Staates und über 70 Prozent der Bevölkerung durch das hegemoniale Ausgreifen des Sowjetkommunismus in Osteuropa, durch die Vorgänge in der DDR und in Asien (Korea-Krieg) in der Freiheit ihrer Eigenentwicklung bedroht. Verteidigung im Bündnis und Strategie der Abschreckung mußten daher die eigene Sicherheit gewährleisten³⁰⁾. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wenn auch die Militärdoktrinen z. T. neu durchdacht und formuliert worden sind.

Es gibt zahlreiche Studien, in denen das Problem der Sicherheit untersucht und beurteilt worden ist. Auf diese fast uferlose Debatte voller Widersprüche und einseitiger Schuldzuweisungen soll hier nicht näher eingegangen werden³¹⁾. Vielmehr muß

ein anderer, in jüngster Zeit häufig vernachlässigter Aspekt erörtert werden, der für die Einschätzung von Bedrohung und Sicherheit zentral ist und bleiben wird. Kein Geringerer als C. v. Clausewitz hat darauf hingewiesen, daß Krieg die Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel und das militärische Instrument stets von der Politik abhängig sei; werde er von seinem „Erzeuger“, d. h. von der Politik getrennt, bleibe er sinn- und zwecklos³²⁾. Es komme darauf an, die Grundfrage zu klären, was der Politiker mit dem Mitteleinsatz (Waffenpotentiale) bezwecke, und was er in einem kriegerischen Konflikt leisten zu können glaube. Ende der siebziger Jahre wurde im Weißbuch der Bundesrepublik Deutschland mit Recht betont, daß sich Art und Ausmaß der Bedrohung der NATO aus der Verbindung von politischen Zielen, Absichten und Angriffsmitteln des Warschauer Paktes, insbesondere der Sowjetunion, ergeben würden. Dieser Gesamtzusammenhang ist in den Strategiedebatten bedauerlicherweise wenig berücksichtigt worden.

Zunächst ist davon auszugehen, daß der Krieg in Europa im nuklearen Zeitalter nicht mehr als Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel betrachtet werden kann, sondern höchstens als Bankrotterklärung einer Politik, die mit der Auslösung desselben ihren eigenen Untergang heraufbeschwört. Dies gilt auch für einen Krieg mit konventionellen Waffen, zumal durch diesen die zahllosen Atomkraftwerke in Mitleidenschaft gezogen würden, mit unübersehbaren Folgen, wie sie bereits ansatzweise bei der Katastrophe von Tschernobyl spürbar geworden sind. Sodann ist festzuhalten, daß beide Seiten bei ihrer Beurteilung der Lage nicht von der Annahme (in Europa) ausgehen, der andere werde ihr gegenüber seine politischen Ziele mit Hilfe eines „Blitzkrieges“ oder anderer militärischer Operationen durchsetzen wollen. Über drei Jahrzehnte Beziehungen zwischen der Bundesrepu-

²⁹⁾ Vgl. G. A. Trofimenko/P. T. Podlenskij (Anm. 1).

³⁰⁾ Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 9).

³¹⁾ Aus der Fülle der kontroversen Literatur: Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 1955—1982. Baden-Baden 1983; Uwe Nerlich/James A. Thomson (Hrsg.), Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986; Alfred Mechttersheimer/Peter Barth, Militärmacht Sowjetunion. Politik, Waffen und Strategien. Darmstadt 1985; Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hrsg.), Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart 1987; Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Bonn 1987; Andreas von Bülow, Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West—Ost, wie es wirklich ist. München 1985; Hartmut Bühl (Hrsg.), Strategiediskussion. NATO-Strategie im Wandel. Alternative Sicherheitskonzepte. Strategische Defensive, Herford-

Bonn 1987; vgl. ferner die Weißbücher, hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung (1970—1985).

Aus sowjetischer Sicht: Rasorushenie i besopastnostij 1986, eshegodnik, Bd. I und II, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau 1987; Mir i rasrushenie. Naučnije isledovanija 1987, Redakteur: P. N. Fedossejew, Moskau 1987; Problemi voennoj rasrjadki, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften, Moskau 1981; Daniel Procktor, Mirovije vojni i sudbi človečestva, Moskau 1986.

³²⁾ Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Wolfgang Pickert und Wilhelm Ritter von Schramm, München 1963, S. 13 ff. S. 23 ff.

blik Deutschland und der Sowjetunion — so spannungsreich sie auch im einzelnen gewesen sein mögen, verbunden mit Sorgen und subjektiven Bedrohungsängsten — haben bewiesen, daß Bonn und Moskau sich an diesen Kodex zwischenstaatlicher Beziehungen gehalten haben³³). Freilich ist nicht zu leugnen, daß die Sowjetunion eine Politik der friedlichen Konfliktregelung in anderen Regionen (so u. a. im eigenen Hegemonialbereich oder in Afghanistan) nicht in gleicher Weise beachtet hat, sondern militärische Mittel zur Interessenwahrung eingesetzt hat³⁴). Demgegenüber können alle Bundesregierungen darauf verweisen, daß bisher kein einziger deutscher Soldat zum Kampfeinsatz über die nationalen Grenzen hinaus entsandt und kein militärischer Druck auf andere Staaten ausgeübt worden ist; auch hat sich die Bundesrepublik niemals in fremde Bürgerkriege eingemischt (klarer Defensivauftrag der Bundeswehr³⁵). Wer die Bundeswehr mit der Wehrmacht des Dritten Reiches vergleicht, um auf diese Weise ihre Gefährlichkeit und den „Geist des Revanchismus“ hervorzuheben, der bekundet lediglich, daß er Unvergleichbares miteinander vergleicht oder ganz einfach propagandistische Ziele verfolgt.

In der Phase des „Kalten Krieges“, d. h. in jener des Ost-West-Konfliktes, in der das konfrontative Element in den Beziehungen überwog, hat es auf beiden Seiten — unterschiedlich im Gewicht und im letzten noch immer nicht hinreichend geklärt — verschiedene Bedrohungsszenarien gegeben, die auf subjektiven Annahmen oder angesichts regionaler Konflikte und unzulänglicher Kommunikation auf Befürchtungen beruhten. Konrad Adenauer, in dessen Denken im Mittelpunkt die Unversöhnlichkeit zwischen christlichem Humanismus und antichristlichem Materialismus stand, sah die Bundesrepublik Deutschland anfangs durch ideologische Infiltration, zeitweise auch durch militärische Aggression im Sinne weltrevolutionärer Zielsetzung gefährdet. Jedoch hat er später weniger mit einer akuten Bedrohung gerechnet, weil er glaubte, daß die Sowjetunion keine heißen Kriege wünsche, denn auch sie wisse, welches Risiko damit verbunden sein würde³⁶). Andere Politiker seiner Zeit glaubten, daß es der Sowjetunion in erster Linie um die Verteidigung ihres territorialen Machtbereiches gehe. Es sei aber nicht von der Hand zu weisen, daß sie bei günstiger Entwicklung der Lage noch einen

Schritt weiter gehen und expansiv ausgreifen würde. So mancher Zeitgenosse hat überdies das Gespenst eines „bolschewistischen Überfalls“ mit dem Ziel, ganz Deutschland beherrschen zu wollen, an die Wand gemalt. Einige hielten die Furcht vor einem kommunistischen Angriff auch deshalb wach, weil sie glaubten, auf diese Weise die Integration der Gesellschaft fördern zu können³⁷).

Die massive Kritik der UdSSR in dieser Phase der Beziehungen (d. h. bis in die sechziger Jahre) richtete sich in erster Linie gegen die westliche „Politik der Stärke“ zur „Eindämmung des Kommunismus“. Die Frage, ob Moskau de facto eine „Aggression der NATO“ (Bundeswehr) zur Einverleibung der sozialistischen DDR befürchtet hat, ist nicht zu beantworten. Auf jeden Fall wurde die Propaganda in den Ostblockstaaten nicht müde, derartige Anschuldigungen zu erheben. Was immer davon Einbildung, Fehlinterpretation oder bewußte Taktik gewesen sein mag — bei der Einschätzung wurden bestimmte Ziele territorialer bzw. ideologischer Art mit dem militärischen Potential, den Fähigkeiten und Optionen des Gegners in Verbindung gebracht, d. h. auch auf sowjetischer Seite wurde die Bedrohung von den politischen Intentionen des angenommenen Aggressors abgeleitet.

Im Zuge der Entspannungspolitik, in der die Kooperation zur Regelung der Konflikte und eine ausreichende Verteidigung (Harmel-Bericht) als gleichberechtigte und notwendige Säulen der Ost-West-Beziehungen gelten, sind derartige Szenarien gewaltsamer Konfliktlösung im Denken der politisch-militärischen Führungseliten zurückgedrängt worden. Zugleich setzte ein Prozeß ein, in dem sich die Waffenarsenale als Faktoren der Bedrohung mehr und mehr verselbständigten.

Wenn die Annahme zutrifft, daß die Sowjetunion ihre konventionelle Überlegenheit in Mitteleuropa in erster Linie als politisches Mittel zur Erhaltung ihres mit den USA ebenbürtigen Weltmachtstatus, als Kompensation für die mannigfachen Schwächen in anderen Bereichen von Ökonomie und Technologie, zugleich als Garant ihrer dominierenden Rolle in Osteuropa begreift — von der Notwendigkeit des begrenzten Einsatzes in Teilen der Dritten Welt einmal abgesehen —, dürfte eine reale Bedrohung des Westens weitaus geringer einzuschätzen sein, als dies üblicherweise der Fall gewesen ist. In diesem Zusammenhang ist von einem Überwuchern des Dialoges durch das Militärische — losgelöst von politischen Absichten — gesprochen worden³⁸), denn beide Seiten haben immer wieder auf

³³) Vgl. u. a. die Hinweise bei: Hans Wassmund, Grundzüge der Weltpolitik, Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart, München 1982; siehe vor allem die Literatur in Anm. 2.

³⁴) Vgl. Anm. 19.

³⁵) Vgl. Verteidigung im Bündnis, Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950—1972, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1975; Hans-Adolf Jacobsen, Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung, Beiträge zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 9 ff., S. 222 ff.

³⁶) Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 9).

³⁷) Ebd.; Ist der „Antikommunismus“ überholt? hrsg. von der Akademie für politische Bildung (Tutzing), November 1983 (mit Beiträgen von Richard Löwenthal, Karl Dietrich Bracher und Karl-Heinz Ruffmann).

³⁸) Vgl. Richard von Weizsäcker, Ansprache vom 27. Oktober 1987 im Aspen Institut (Berlin), in: Bulletin vom 29. Oktober 1987, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

das vorhandene überlegene Potential des Gegenüber hingewiesen und dieses als Drohfaktor betrachtet; aber unklar bleibt, welche politischen Absichten sie dem angenehmen Gegner unterstellen. Waffentechnologische Befürchtungen, wie sie etwa zu Beginn der sechziger Jahre ernsthaft erörtert worden sind (Krieg durch Zufall), werden nur noch selten geäußert, höchstens lassen sich Hinweise auf „katalytische“ Kriege finden, d. h. darauf, daß der Funke eines bisher regional begrenzten Konfliktes (wie z. B. im Nahen Osten) andere Gebiete erfassen und die Weltmächte veranlassen könnte, in die Auseinandersetzung einzugreifen.

Viel häufiger wird allerdings behauptet, überlegenes militärisches Potential könne — vor allem in Krisenzeiten — dazu benutzt werden, den Handlungsspielraum des Gegenüber einzuengen (Erpressung bzw. Wohlverhalten). Zunächst ist hierbei anzumerken, daß bei einem politischen Druck mit militärischen Potentialen der Konflikt einkalkuliert werden muß. Jedoch: Schon ein solches Verhalten wäre im Nuklear-Zeitalter ein Spiel mit dem Feuer, äußerst risikoreich und im Endergebnis mehr als zweifelhaft. Aber auch in diesem Falle müßte nach dem politischen Sinn, d. h. nach dem Ziel einer solchen Maßnahme gefragt werden. In der Geschichte der bilateralen Beziehungen (und damit auch des Ost-West-Konfliktes in Europa) hat keine Seite allein durch das Vorhandensein eines überlegenen Waffenpotentials des anderen zu einer politischen Entscheidung wider Willen gezwungen werden können. Ähnliches trifft für die angenommene militärische Invasionsfähigkeit des Gegners zu; sie hat bisher ebensowenig politisches Handeln im Sinne des Wohlverhaltens bewirken können³⁹⁾.

Wer versucht, das deutsch-sowjetische Verhältnis unvoreingenommen zu analysieren, wird zu dem Ergebnis kommen, daß gerade im Sicherheitsbereich die zwei Staaten in hohem Maße — aus z. T. unterschiedlichen Gründen — Fehleinschätzungen zum Opfer gefallen sind. Und was die häufig emotionsgeladene Diskussion über das Kräfteverhältnis in Ost und West anbetrifft, die einem Verwirrspiel gleicht, so gehen beide Seiten entsprechend ihrer Interessenlage von unterschiedlichen Bedrohungslagen aus. Eine einvernehmliche Einschätzung der Potentiale dürfte auch künftig kaum möglich sein, da die Daten nicht nur zwischen den Blöcken, sondern auch innerhalb des westlichen Bündnisses differieren. Stets werden diese in Anbetracht geographischer Disparitäten, mangelnder Transparenz und nicht zuletzt aus technologischen Gründen kontrovers bewertet werden. Könnte man sie ihrer in-

nenpolitischen Alibi-Funktion entkleiden, sie gemeinsam besser überprüfen und damit zu einem sinnvollen Ausgangspunkt für ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen machen⁴⁰⁾, so ließen sich wahrscheinlich nicht nur offiziös propagierte Bedrohungsbilder korrigieren, sondern auch in erhöhtem Maße gegenseitiges Vertrauen schaffen. Daß in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen wirtschaftliche und ökologische Aspekte weitaus mehr im Mittelpunkt realer Bedrohungsvorstellungen stehen als militärische, wengleich auch die Strategie der Drohung durch nuklearen Selbstmord Ängste auslösen mag, haben Umfragen in jüngster Zeit bewiesen.

In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht vergessen werden, daß die innenpolitische und blockinterne Bedrohung für die Sowjetunion sicherlich einen größeren Stellenwert besitzt als eine solche in westlichen Staaten, wenn dies auch nur indirekt zugegeben wird, und die „imperialistische Militanz und Einkreisungspolitik“ des Westens im Vordergrund der Argumentation steht. Ungeachtet des propagierten Überlegenheitsdogmas und der These von der gesetzmäßigen Entwicklung des Kommunismus hat sich seit den fünfziger Jahren gezeigt, wie anfällig der Sozialismus gegenüber Wandlungen in Osteuropa geblieben ist. Destabilisierungstendenzen — im sowjetischen Sprachgebrauch meist als Konsequenzen „ideologischer Diversionsversuche“, „psychologischer Kriegführung“ und von „Konterrevolutionen“ interpretiert — dürften eine realere Bedrohung für die KPdSU und ihren Führungsanspruch bedeuten als viele von der sowjetischen Propaganda als gefährlich apostrophierte Kräfte des „Revanchismus“ und „Militarismus“. Dabei ist freilich nicht zu leugnen, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland, unterstützt von ihren Bündnispartnern, den Status quo hinzunehmen, um ihn dann friedlich überwinden zu können, eine permanente Herausforderung für die kommunistischen Parteien Osteuropas und die DDR-Führung bleibt⁴¹⁾. Aber ähnliches gilt mutatis mutandis für die Bundesrepublik Deutschland und den Westen im Hinblick auf das sowjetische Prinzip der „friedlichen Koexistenz“. Mit dessen Hilfe sollen günstigere Voraussetzungen für den Sieg des Kommunismus geschaffen werden. Freilich unterscheiden sich beide Strategien grundlegend in der Frage des jeweiligen Mitteleinsatzes und der Akzeptanz durch die Bevölkerung.

Doch ungeachtet dieser politischen Implikationen dürfte sich schon längst die Einsicht durchgesetzt haben, daß es keine erkennbaren politischen Ziele in Europa gibt, die mit militärischer Gewalt erzwungen werden sollen, vielmehr alles getan werden muß, um die realeren Bedrohungen unserer

³⁹⁾ Siehe Paul Noack, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981; Helga Haftendorn/Lothar Wilker/Claudia Wörmann, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982; Raymond Poidevin, Die unruhige Großmacht, Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Würzburg 1985.

⁴⁰⁾ Siehe W. Heisenberg, u. a. (Anm. 31).

⁴¹⁾ Vgl. u. a. Curt Gasteyer, Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik, München 1976.

Zeit bei den grenzüberschreitenden Wirkungen von Zerstörungen der Umwelt, der Energie (Atomkraftwerke) und der Atmosphäre gemeinsam abzu-

wehren. Erst dann besteht größere Hoffnung, die Lebensbedingungen der Völker in Ost und West wirksamer sichern zu können⁴²).

IV. Konflikt: Deutsche Frage

Seit 1949 zählte die Frage nach der Einheit der deutschen Nation und die Regelung dieses Problems zu einem der Grundkonflikte der Europa- und Weltpolitik, der erst in den siebziger Jahren durch die Ostverträge und einen vertraglich vereinbarten Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten entschärft wurde⁴³).

Wohl mit Recht ist behauptet worden, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung Adenauers bis in die Mitte der sechziger Jahre zunächst und vor allem Wiedervereinigungspolitik gewesen ist, was Alleinvertretungsanspruch und die Forderung nach einer friedensvertraglichen Regelung der territorialen Frage bedeutet hat. Bundestag und Bundesregierung haben seit 1949 im Einvernehmen mit ihren Verbündeten unablässig ihre Bemühungen darauf konzentriert, die als unnatürlich und gefährlich empfundene Spaltung Deutschlands und damit Europas im Interesse der Nation und künftiger Friedenssicherung zu überwinden. In zum Teil leidenschaftlichen und kontro-

vers geführten Debatten, in bilateralen und multilateralen Konferenzen sowie Gesprächen, begleitet von Aktivitäten aller Art, wurde das Für und Wider einzelner Vorschläge — auch aus der Opposition — erörtert, kritisiert, verworfen, abgeändert und neu konzipiert, ohne daß man freilich dem erstrebten Ziel näher gekommen wäre. Im Gegenteil: Die Verfestigung der unterschiedlichen Positionen in Ost und West in der *deutschen Frage* (Einheit, Grenzen im Osten, Selbstverständnis der Deutschen, Sicherung West-Berlins) wurde immer offenkundiger, zumal nach Meinung Adenauers angesichts der Bedrohung Europas durch den Sowjetkommunismus nur Einheit und Geschlossenheit der freien Welt Freiheit und Sicherheit der westlichen Gemeinschaft garantieren konnten⁴⁴).

Ob die Note Stalins vom 10. März 1952 ernst zu nehmen war, ist bis heute umstritten. Solange die Moskauer Archive geschlossen bleiben, lassen sich nur Vermutungen äußern, ob zu diesem Zeitpunkt eine reelle Chance verspielt worden ist, Deutschlands Einheit als neutraler, bewaffneter Staat in den Grenzen der westalliiert-sowjetischen Vereinbarungen von 1945 herzustellen. Auch wenn heute der Anteil Adenauers an der Ablehnung des sowjetischen Vorschlages durch die Westmächte stärker als früher betont werden muß, da dieser der Westintegration absoluten Vorrang einräumte, die er durch dieses Wiedervereinigungsangebot nicht in Frage gestellt sehen wollte, so ist es doch im Lichte der historischen Erfahrungen und ideologisch-machtpolitischen Prämissen insbesondere unter dem Aspekt vorrangiger sowjetischer Sicherheitsinteressen nach wie vor schwer vorstellbar, daß Moskau damals bereit gewesen sein sollte, einen so hohen Preis zu bezahlen, um die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland im letzten Augenblick zu vereiteln. Analysiert man das tief verwurzelte Mißtrauen der sowjetischen Führung gegenüber ihren Nachbarn — die Entwicklung Osteuropas und der DDR nach 1949 —, so erscheint eine solche These wenig wahrscheinlich. Im nachhinein stellt sich vielmehr die Frage, ob seit dem Treffen an der Elbe im April 1945 überhaupt ein wirkliches Versäumnis konstaterbar gewesen ist, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen.

Mit nie ermüdendem Nachdruck sowie mit allen nur erdenklichen propagandistischen Parolen haben sowjetische Politiker und Journalisten seit den fünfziger Jahren auf den „moralisch gerechtfertigten Preis“ hingewiesen, den die Deutschen für die

⁴² Vgl. Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung. Das europäische Energiesystem nach der Jahrtausendwende: Außenpolitik, Wirtschaft, Ökologie, hrsg. vom Forschungsinstitut der DGAP, München 1987.

⁴³ Zur deutschen Frage: Werner Weidenfeld, Die Frage nach der Einheit der Deutschen Nation, München-Wien 1981; Karl-Ernst Jeismann (Hrsg.), Einheit — Freiheit — Selbstbestimmung. Die deutsche Frage im historisch-politischen Bewußtsein, Frankfurt 1987; Renata Fritsch-Bournazel, Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld, München 1986; Rudolf Horst Brocke, Deutschlandpolitische Positionen der Bundestagsparteien. Synopse, Erlangen-Nürnberg 1985; Dieter Blumenwitz, Was ist Deutschland? Staats- und völkerrechtliche Grundsätze zur deutschen Frage und ihre Konsequenzen für die deutsche Ostpolitik, Bonn 1982; Die deutsche Frage aus der heutigen Sicht des Auslandes, hrsg. von Hannelore Horn und Siegfried Mampel, Berlin 1987; Eberhard Schulz, Die deutsche Nation in Europa, Internationale und historische Dimensionen, Bonn 1982; Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis, 15. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1.—4. Juli 1982, Köln 1982; Eberhard Schulz/Peter Danylow, Bewegung in der deutschen Frage?, Bonn 1985². Vgl. auch: Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1975—1982, bearbeitet von Karsten Schröder, Frankfurt 1983.

⁴⁴ Aus sowjetischer Sicht: V. N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945—1976, Berlin 1977; G. M. Akopow, Zapadnij Berlin. Problemi i reshenija, Moskau 1974; Valentina Ivanovna Miljukova, Otnoschenija SSSR—FRG i problemi evropejskoj besopastnosti 1969—1982, Moskau 1983.

⁴⁵ Aus der Sicht der DDR: Außenpolitik der DDR, Sozialistische deutsche Friedenspolitik, Berlin (O) 1982; Gerd Langguth, Die Berlin-Politik der DDR, St. Augustin 1987 (Deutschland-Report der Konrad-Adenauer-Stiftung).

⁴⁴ W. Weidenfeld (Anm. 43).

Jahre 1941 bis 1945 hätten bezahlen müssen, insbesondere jene, die in der direkten Nachfolge des Dritten Reiches für Kriegsgreuel und Vernichtung haftbar gemacht werden müßten. Ende der sechziger Jahre hat Außenminister Gromyko die „endgültige Entscheidung der Grenzfragen“ und damit die Zweiteilung Deutschlands unter anderem mit dem bezeichnenden Hinweis erläutert, diese sei unauslöschbar mit dem „Blut sowjetischer Soldaten“ verbunden; sie bedeute die „Anerkennung der großen Heldentaten, die unser Land vollbracht habe, als es die Völker Europas, die Völker der Erde vor der faschistischen Sklaverei gerettet habe“⁴⁵⁾.

Für die Sowjetunion stellen bis heute die Unverrückbarkeit der Grenzen, die Existenz zweier deutscher Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die Unantastbarkeit der DDR und die „gleiche Sicherheit“ die wichtigsten Grundlagen für eine Friedensordnung in Europa dar. Die Bundesrepublik sieht dies anders. Solange der Wille zur Einheit der Deutschen ungebrochen und lebendig ist, wird sie das nationale Ziel im Rahmen europäischer Lösungen nicht aufgeben. Für sie ist die Verwirklichung desselben eine der wichtigsten Vorbedingungen für einen wahren Zustand des Friedens und der Freiheit auf dem Kontinent. Diese Auffassung teilen auch ihre Verbündeten.

Das Offenhalten der deutschen Frage in Form der steten Erinnerung an die erhoffte Durchsetzung von Menschenrechten und des nationalen Selbstbe-

stimmungsrechtes für alle Deutschen wird als Wunsch nach friedlicher Revision des Status quo in Europa interpretiert werden können; von „Revanchismus“ in diesem Zusammenhang zu sprechen ist unzulässig. Denn dieses Ziel soll und kann — wenn überhaupt — nur erreicht werden unter Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt, mittels freier Wahlen und im Einvernehmen mit allen Nachbarn. Allerdings wird es heute in Anbetracht politischer Realitäten und Prioritäten (Friedenssicherung) sowie der besonderen Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Stabilität Europas mehr denn je erforderlich sein, in dieser Frage von einer klar definierten Wirklichkeit auszugehen, Leerformeln zu vermeiden, außerdem Wünschbares vom Machbaren zu unterscheiden. Notwendig sind heute eine intensivere Rückbesinnung auf den ursprünglichen Nationenbegriff und die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den Deutschen — ungeachtet des Eingebundenseins der zwei Staaten in gegensätzliche Blocksysteme. Daß auch dieses begrenzte Ziel für die sowjetische Führung einen Dorn im Auge bedeutet, ist in den letzten Jahren deutlich geworden, denn sie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie jede deutsche Politik, die als Mitteleinsatz die Selbstbestimmung der Völker proklamiert als „Akt der Aggression“ versteht. So ist in dieser Grundfrage bis heute die *Kontinuität der Zielkonflikte* eine Determinante europäischer Politik geblieben⁴⁶⁾.

V. Zusammenarbeit: Politischer Dialog und Konsultationen

Bezeichnend für die Qualität der Beziehungen und das politische Klima zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bis Mitte der sechziger Jahre war, in welchem Maße konfrontative Elemente überwogen. In Erklärungen, diplomatischen Noten, Memoranden, Appellen und Interviews häuften sich gegenseitige Anklagen, Vorwürfe und Verdächtigungen; Sprache und Kommunikation entsprachen dem Geist des „Kalten Krieges“. Gedankenaustausch und Empfänge der jeweiligen Botschafter waren ebenso wie Reisen von Politikern in das andere Land eine Seltenheit. Erst der Moskauer Vertrag (1970) und die KSZE-Schlußakte (1975) führten zu einer entscheidenden Wende, zumal sich inzwischen auch die politische Großwetterlage günstig entwickelt und der Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten und West-Berlins (Viermächte-Abkommen von 1971)

zu einer Reduzierung von Spannungen in Mitteleuropa geführt hatten⁴⁷⁾.

Mehr und mehr nutzten beide Seiten die bis dahin vernachlässigten Möglichkeiten zum Dialog über die Weltlage, ihre Interessen und die bilateralen Beziehungen. Politische Konsultationen auf den verschiedensten Ebenen — in Abstimmung mit den jeweiligen Verbündeten —, Begegnungen von Parlamentariern, Parteiführern und Fraktionsvorsitzenden sowie von Ministerpräsidenten der Länder mit den Repräsentanten der Sowjetunion und Sitzungen von gemischten Kommissionen — seit 1979 im Durchschnitt drei- bis viermal im Jahre — verdeutlichen die Absicht, Staatsbesuche und Arbeitstreffen als unabdingbares Instrument zur Verbesserung der Beziehungen, zur Stabilisierung der Lage in Europa und damit zur Vertrauensbildung konsequenter einzusetzen⁴⁸⁾.

Bundeskanzler W. Brandt hatte z. B. 1970 zum ersten Mal die Gelegenheit, sich ein persönliches Ur-

⁴⁵⁾ Vgl. B. Meissner (Anm. 1), S. 1124 ff.

⁴⁶⁾ Vgl. Radio Moskau vom 21. Dezember 1987 (Kommentar zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages); Fred Oldenburg, „Neues Denken“ in der sowjetischen Deutschlandpolitik?, in: Deutschland Archiv, 11 (1987), S. 1154 ff.

⁴⁷⁾ Vgl. DGFK-Jahrbuch (Anm. 19), H.-A. Jacobsen (Anm. 18).

⁴⁸⁾ Vgl. F. I. Novik (Anm. 2), S. 63 ff.

teil über L. Breschnew zu bilden, von seiner „Verhaftung in der russischen Geschichte“, seinem Selbstbewußtsein und vor allem von der „Konkurrenzlosigkeit seiner Autorität“. Ein Erfahrungsaustausch über Land und Leute, über die unterschiedlichen Regierungsweisen in Bonn und Moskau standen neben den vordringlichen Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung des Vertragswerkes ergaben, im Mittelpunkt des Treffens in Oreanda (1971). Dabei konnten Kompromißformeln gefunden und Reibungswiderstände offen angesprochen werden. Beide Seiten begriffen besser, wo es Übereinstimmungen, Annäherung und Unterschiede gab⁴⁹⁾.

Ähnliche Erfahrungen sammelte Bundeskanzler H. Schmidt, dessen Weltbild von der Sowjetunion vielleicht festgefügt als das seines Vorgängers gewesen sein dürfte. Seiner Meinung nach war die Sowjetunion die einzig „übriggebliebene expansive Weltmacht“, wenn auch Breschnew und das von ihm geführte Politbüro zu einer Strategie des sorgfältig kalkulierten, begrenzten Risikos zurückgekehrt seien⁵⁰⁾. Das Streben der Sowjetunion nach „Ebenbürtigkeit“ und „gleicher Sicherheit“ sei nicht nur als Ausdruck der spezifisch sowjetischen Verteidigungspolitik zu sehen, sondern zugleich als Kompensation für den Inferioritätskomplex. Schmidt gewann den nachhaltigen Eindruck, daß Breschnew von einer unverkennbaren Friedensliebe durchdrungen gewesen sei, aber auch von dem Bestreben, den eigenen territorialen Besitzstand zu konsolidieren und den Weltmachtstatus der UdSSR zu erhalten. Er versicherte später in seinen Memoiren, daß er bei den verschiedenen Gesprächen mit der sowjetischen Führung nicht nur die einzelnen Persönlichkeiten und den Führungsapparat, vor allem aber auch den Mann an der Spitze besser kennen und achten gelernt, sondern auch ein Gefühl für die Art ihres Denkens — undogmatisch in außenpolitischen Fragen — gewonnen habe. Zugleich habe er seinen eigenen Standpunkt erläutern und dabei manche Mißverständnisse ausräumen können. Er hat sich aber auch keineswegs gescheut, wenn es ihm notwendig erschien, in aller Deutlichkeit auf seine unterschiedliche Einschätzung sowjetischer Politik (z. B. in der Afghanistan-Frage) hinzuweisen. Ungeachtet der Systemunterschiede und des von ihm kritisierten sowjetischen Machtstrebens hat Schmidt die Deutschen aufgefordert, die Bürger der UdSSR als Nachbarn zu sehen und mit ihnen im Interesse des Friedens in Europa und der Welt gute Nachbarschaft anzustreben⁵¹⁾.

Wie wohl kein zweiter deutscher Politiker hat der dienstälteste Außenminister der Welt, H.-D. Genscher, der seit dem 17. Mai 1974 amtiert und seit-

dem die Grundlinien der deutschen Außenpolitik maßgeblich mitbestimmt hat, durch seine „Dauerhaftigkeit der Überzeugung im Wechsel“ (W. Scheel) bewiesen, wie stark er einerseits durch die Beachtung und Bewahrung der „Bewegungsgesetze“ einer mittleren Macht (Westorientierung, Nachbarschaft mit dem Osten, nationaler Einheitswille in Freiheit, Aufrechterhaltung einer offenen, stabilen Weltwirtschaft) geprägt worden ist, andererseits durch seine vielfachen Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Politikern⁵²⁾. Ob in der UNO, in Bonn, Moskau, Belgrad, Madrid, Stockholm oder bei anderen Gelegenheiten — stets hat er den Kontakt mit seinem sowjetischen Gegenüber gesucht, um sich von diesem einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, dessen außenpolitischen Handlungsspielraum zu verstehen und gemeinsame Interessen auszuloten. Aber es ging ihm auch darum, den eigenen Standpunkt unmißverständlich darlegen und die Reaktion der anderen Seiten prüfen zu können. Mögen ihm Kritiker auch eine gewisse Rastlosigkeit vorwerfen — fest steht, daß er gerade auf Grund seiner Kenntnisse das sowjetische politische Denken und Wollen realistischer einzuschätzen vermocht hat als viele seiner Kollegen. Davon zeugt zugleich sein außenpolitisches Credo, das er einmal mit den Worten von A. Duckwitz (Bremer Bürgermeister im Jahre 1848) umrissen hat: „Ein Staat wie Deutschland, im Herzen Europas, darf nie als ein Hindernis für das Wohlergehen der Gesamtheit der europäischen Staaten erscheinen, vielmehr soll er seine Stellung in solcher Weise nehmen, daß seine Selbständigkeit als ein Glück für das Ganze, seine Existenz als eine Notwendigkeit angesehen wird. Darin liegt die sicherste Bürgschaft seines Bestehens.“⁵³⁾

Ein so bedachtsam formulierender Staatsmann wie Bundespräsident R. v. Weizsäcker, hat es nach seinem Besuch in der Sowjetunion im Juli 1987 als das Wichtigste bezeichnet, daß der „Gesprächsfaden, d. h. der offene Dialog aufgenommen bzw. fortgesetzt worden ist mit dem Ziel, die beiderseitigen Beziehungen zu festigen und auf eine neue, langfristige Grundlage zu stellen“. Besonders beeindruckt habe ihn, daß dabei beide Seiten problembewußter geworden seien, worauf man künftig stärker achten müsse, welche Empfindlichkeiten es zu berücksichtigen gelte, und wie man mit der nötigen behutsamen Verantwortlichkeit in den Beziehungen weiter komme, ohne entweder „in Gleichgültigkeit oder Euphorie“ zu verfallen. In der strittigen deutschen Frage sei von der Realität und den Verträgen auszugehen. Im übrigen aber sei die Geschichte offen und diese halte immer wieder „neue Antworten“ bereit⁵⁴⁾.

⁴⁹⁾ Vgl. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960—1975*, Hamburg 1976, S. 428 ff.

⁵⁰⁾ Vgl. Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 18 ff.

⁵¹⁾ Ebd.

⁵²⁾ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, *Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974—1985*, Bonn 1985, S. XI ff.

⁵³⁾ Ebd., S. XIX.

⁵⁴⁾ Vgl. Deutschlandfunk vom 12. Juli 1987 (Deutschland und die Welt). Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu seinem Besuch in der Sowjetunion.

Und schließlich bedurfte es einer ersten persönlichen Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow im Kreml am 29. Dezember 1987, um den bayerischen Ministerpräsidenten F. J. Strauß zu der überraschenden Äußerung zu bewegen, daß er von der „Ehrlichkeit des Willens zum Wandel und der Redlichkeit gemeinsamer Zielsetzung“ bei der jetzigen sowjetischen Führung zutiefst überzeugt sei⁵⁵⁾. Ob nunmehr eine „neue Ära“ der deutsch-sowjetischen Beziehungen oder gar ein „neues Kapitel“ mit intensiverer Kooperation und weniger Konfrontation eingeleitet werden kann, wird die Zukunft erweisen

müssen. Auf jeden Fall lehren 32 Jahre deutsch-sowjetischer Beziehungen, daß die *Kontinuität des persönlichen Dialogs*, von *Gipfelkonferenzen* und *Arbeitsbesuchen* verantwortlicher Spitzenpolitiker in regelmäßigen Abständen zu einem der Imperative internationaler Politik zählen muß. Welche Fortschritte auf diese Weise im Interesse des friedlichen Wandels erzielt werden können, hat jüngst das Treffen von Präsident R. Reagan und M. Gorbatschow mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages am 8. Dezember 1987 in Washington eindrucksvoll bewiesen.⁵⁶⁾

VI. Zusammenarbeit: Wirtschaft

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1955 stellte sich den beiden Staaten (bzw. später ihren Wirtschaftsgemeinschaften EG und RGW) die Aufgabe, auch ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu entwickeln. Aber selbst diese wurden zunächst vom Konflikt des „Kalten Krieges“ beherrscht und zusätzlich durch den westlichen Protektionismus und die autarkienahe Wirtschaftspolitik der UdSSR erschwert⁵⁷⁾. Erst nach schwierigen Verhandlungen kam am 8. April 1958 ein langfristiges Handelsabkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zustande (zugleich ein solches über Repatriierung von Deutschen, die am 21. Juni 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatten und noch in der UdSSR lebten), das bis 1961 den Gesamtumfang des Warenverkehrs der Bundesre-

publik (Import und Export) verdoppelte (s. Tabelle 2, Seite 40).

In den sechziger Jahren ebneten sodann das Wirtschaftswachstum in Ost und West und der Entspannungsprozeß die Wege zur Expansion des Außenhandels und zur Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Allein die Struktur der unterschiedlich gesteuerten Wirtschaftssysteme, die mangelnde Flexibilität der RGW-Volkswirtschaft bei der Modernisierung, die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der sowjetischen Produkte und die jeweiligen internen Prioritäten in der Wirtschaft setzten diesen von Anfang an enge Grenzen. Während der Anteil der europäischen OECD-Länder am Gesamthandel (Ostexporte-Ostimporte) von Mitte der sechziger bis Anfang der achtziger Jahre zwischen 3,5 und 4,5 % schwankte, die Bundesrepublik in der gleichen Zeit ihren Anteil der Importe aus der UdSSR von 1,1 (1970) bis auf 3 % (1982) bzw. der Exporte von 1,2 % auf 2,6 % steigern konnte, stieg die Netto-Verschuldung der UdSSR zwischen 1971 und 1982 von 1,1 auf 13,2 Milliarden Dollar⁵⁸⁾. In mehreren Abkommen (u. a. vom 5. Juli 1972, 19. Mai 1973 und 6. Mai 1978) regelten die beiden Staaten ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. So unterzeichnete z. B. ein Firmenkonsortium aus der Bundesrepublik Deutschland mit Vertretern der Sowjetunion im März 1974 einen Vertrag über die Lieferung eines Stahlwerkes für Kursk (Wert: 2,5 Milliarden DM); wenige Monate später schloß die Firma Mannesmann AG einen solchen über Großröhren im Umfang von 900 000 Tonnen für die Jahre 1975/76 ab. Im September folgte eine dritte Vereinbarung über die Lieferung von Erdgas in Höhe von 1,5–2,5 Milliarden Kubikmeter jährlich mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2000; Klöckner-Humboldt-Deutz und Vertreter der Sowjetunion einigten sich über die Produktion von Schwerlastkraftwagen im Wert von einer Milliarde DM. So erfreulich diese Entwicklung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre auch gewesen sein mag sowie die Tatsache, daß in

⁵⁵⁾ Vgl. Generalanzeiger (Bonn) vom 31. Dezember 1987.

⁵⁶⁾ Vgl. die Sondernummer von Sowjetunion heute (Dezember 1987): Dokumente vom Gipfeltreffen in Washington; Times vom 4. Januar 1988 (Man of the Year).

⁵⁷⁾ Zu den Wirtschaftsbeziehungen allgemein: Ost-West-Handel am Scheideweg. Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und Osteuropa. Ein Sonderbericht für die trilaterale Kommission. Hamburg 1983; DGFK-Jahrbuch 1982/83. Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1983 (siehe hier den Beitrag von Jan Stankowsky, Ost-West-Handel und Entspannungspolitik, S. 211 ff.); Jochen Bethkenhagen, Eine Wiederbelebung des Osthandels liegt in beiderseitigem Interesse, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 4 (1987), S. 99 ff.; ders., Soviet-West German Economic Relations. The West German Perspective. Konferenzpapier, Washington 1984; Heinrich Machowski, Soviet-West German Economic Relations. The Soviet Perspective, Konferenzpapier, Washington 1984; Christian Meier, Deutsche-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen (Sachstand: November 1987), Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 1987 (unveröffentlicht).

Aus sowjetischer Sicht: Vgl. F. I. Novik (Anm. 2), S. 147 ff. (mit weiteren Literaturhinweisen auf S. 232). Ferner: J. M. Krasnov, Ot konfrontatsi k sotrudnicestvu: problemi ekonomičeskovo i naučno-tehničeskovo sotrudnicestva kapitalističeskich i socialističeskich stran Evropi, Moskva 1976.

⁵⁸⁾ Vgl. J. Bethkenhagen (Anm. 57).

**Tabelle 2: Bundesrepublik Deutschland:
Handel mit der UdSSR (in Millionen DM)**

Jahr	Import	Export
1950	1	0
1951	2	0
1952	17	1
1953	66	7
1954	93	53
1955	151	112
1956	224	289
1957	409	250
1958	386	303
1959	443	383
1960	673	778
1961	796	823
1962	861	826
1963	835	614
1964	937	774
1965	1 001	586
1966	1 153	541
1967	1 100	792
1968	1 175	1 094
1969	1 306	1 582

Quelle: Statistisches Bundesamt

den darauffolgenden Jahren, wenn auch in abgeschwächter Form, weitere Abkommen zwischen deutschen Betrieben und Vertretern der Sowjetunion zustande kamen – der Umfang hielt sich gleichwohl in engen Grenzen⁵⁹⁾.

Nach sowjetischen Angaben waren im Laufe der siebziger Jahre 1 500 Firmen, darunter 1 200 mittlere und kleinere, an der Wirtschaftskooperation beteiligt; Mitte der achtziger Jahre bereits 1 700. Der bilaterale Warenverkehr verdoppelte sich von 1975 bis 1982. Dies war auch auf die Ölpreissteigerungen, die wachsende sowjetische Deviseneinnahmen erbrachten, zurückzuführen. Seit 1982 gingen die Wachstumsraten jedoch wieder zurück, zugleich sank der Anteil der Sowjetunion am deutschen Außenhandelsvolumen auf rd. 2–1,5% (zweite Hälfte 1987). Hierzu mögen die drastischen Verschlechterungen der Terms of Trade (infolge gesunkener Energiepreise und des gefallenen Dollarkurses), aber auch Verunsicherungen über den wirtschaftspolitischen Kurs der Sowjetunion (auf deutscher Seite) beigetragen haben (s. Tabelle 3). Immerhin hat die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ihre Stellung als wichtigster westlicher Handelspartner der Sowjetunion behaupten können (mit z. Zt. rd. 4% des sowjetischen Gesamtaußen-

⁵⁹⁾ Vgl. F. I. Novik (Anm. 2), S. 147 ff.

**Tabelle 3: Entwicklung des Warenverkehrs der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR
(in Millionen DM)**

Jahr	Umsatz		Einfuhr		Ausfuhr		Saldo in Mio DM
	in Mio DM	Änderung zum Vorjahr in %	in Mio DM	Änderung zum Vorjahr in %	in Mio DM	Änderung zum Vorjahr in %	
1970	2 800,0		1 253,5		1 546,5		+ 292,9
1971	2 885,1	+ 3,0	1 277,2	+ 1,9	1 607,9	+ 4,0	+ 330,6
1972	3 681,7	+27,6	1 386,3	+ 8,5	2 295,4	+42,8	+ 909,1
1973	5 107,2	+38,7	1 993,1	+43,8	3 114,1	+35,7	+1 120,9
1974	8 042,9	+57,5	3 269,2	+64,0	4 773,7	+53,3	+1 504,5
1975	10 188,4	+26,7	3 240,2	- 0,9	6 948,2	+45,6	+3 708,0
1976	11 112,1	+ 9,1	4 357,1	+34,5	6 755,0	- 2,8	+2 397,9
1977	11 011,6	- 0,9	4 560,8	+ 4,7	6 450,8	- 4,5	+1 890,0
1978	11 739,8	+ 6,6	5 438,4	+19,2	6 301,4	- 2,3	+ 863,0
1979	14 004,9	+19,3	7 381,2	+35,7	6 623,7	+ 5,1	- 757,5
1980	15 460,6	+10,4	7 517,4	+ 1,8	7 943,2	+19,5	+ 425,8
1981	16 846,3	+ 9,0	9 224,8	+22,7	7 621,5	- 4,1	-1 603,3
1982	20 752,7	+23,2	11 357,7	+23,1	9 395,0	+23,3	-1 962,7
1983	23 033,2	+11,0	11 788,4	+ 3,8	11 244,8	+19,7	- 543,6
1984	25 158,4	+ 9,2	14 391,6	+22,1	10 766,8	- 4,3	-3 624,8
1985	24 155,7	- 4,0	13 628,5	- 5,3	10 527,2	- 2,2	-3 101,3
1986	18 740,1	-22,4	9 365,8	-31,3	9 374,3	-11,0	+ 8,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4: Auswirkungen des Warenexports der Bundesrepublik Deutschland in die RGW-Länder¹⁾ auf die Zahl der Erwerbstätigen (in Prozent der Erwerbstätigen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen)

Wirtschaftsbereich	RGW				darunter UdSSR			
	1970	1975	1980	1982	1970	1975	1980	1982
Land- und Forstwirtschaft	0,9	0,6	1,2	1,1	0,0	0,1	0,5	0,5
Energieversorgung und Bergbau	1,0	2,8	1,9	1,7	0,3	1,4	1,0	1,0
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	1,7	3,2	2,6	2,5	0,5	1,0	0,9	0,9
Steine und Erden, Feinkeramik, Glas	0,5	1,4	1,0	1,0	0,1	0,5	0,3	0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	1,8	7,1	4,5	4,6	0,6	3,7	2,7	3,3
Stahl- und Maschinenbau, ADV ²⁾	2,3	5,6	3,8	4,0	0,8	2,7	2,0	2,3
Fahrzeugbau	0,2	1,5	0,4	0,4	0,0	0,8	0,1	0,2
Elektrotechnik	0,9	2,1	1,5	1,4	0,3	0,8	0,6	0,6
Feinmechanik, Optik, EBM ³⁾	1,7	1,3	1,1	1,2	1,1	0,5	0,4	0,5
Holz- und Papierbe- und -verarbeitung	0,4	0,8	0,7	0,8	0,1	0,3	0,3	0,4
Textil- und Bekleidungs-gewerbe	0,5	1,4	1,5	1,7	0,2	0,3	0,4	0,5
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	0,4	0,4	1,0	1,1	0,0	0,1	0,6	0,6
Handel	0,2	0,5	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2
Verkehr und Bundespost	0,4	1,0	0,6	0,6	0,1	0,5	0,3	0,3
Übrige Wirtschaftszweige ⁴⁾	0,1	0,3	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1
Wirtschaftszweige insgesamt	0,6	1,3	0,9	0,9	0,2	0,6	0,4	0,5

¹⁾ Ohne innerdeutschen Handel. ²⁾ Automatische Datenverarbeitung. ³⁾ Eisen-, Blech- und Metallwaren. ⁴⁾ Baugewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 7, und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1, Input-Output-Rechnung des DIW.

handels). Desgleichen ist die Bundesrepublik mit einem Anteil von ca. 40% der bedeutendste Osthandelspartner. Während die deutschen Einfuhren aus der Sowjetunion zu drei Vierteln aus Erdgas, Erdöl und Erdölprodukten bestehen, handelt es sich bei den deutschen Ausfuhren meist um Fertigwaren (darunter Maschinen, chemische Fertigwaren, Eisen- und Stahlwaren sowie elektronische Erzeugnisse) (s. Tabelle 4). Die in jüngster Zeit diskutierten neuen Formen der Wirtschaftskooperation (Joint Ventures) dürften allerdings vorerst noch nicht ins Gewicht fallen.

Mit Recht ist verschiedentlich immer wieder betont worden, daß trotz verbesserter wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Gesamtumfang so gering geblieben sei, daß de facto weder von der Gefahr möglicher Abhängigkeit noch von der einer Erpressung gesprochen werden könne. Z. B. deckten die so-

wjetischen Energielieferungen 1986 nicht einmal 10% des gesamten Energieverbrauches in der Bundesrepublik Deutschland (allerdings rd. 30% der Erdgasversorgung). Zu bedenken ist ferner, daß die sowjetische Seite an stabilen Wirtschaftsbeziehungen interessiert ist und kein Interesse daran haben dürfte, ihre Reputation als verlässlicher Handelspartner aufs Spiel zu setzen. Zweifellos haben beide Seiten vom Handel miteinander profitiert. Die Sowjetunion hat eingesehen, daß eine ökonomische Konsolidierung ihres Landes angesichts der Wachstums- und Innovationsschwächen ohne Unterstützung des westlichen Auslandes nur schwer zu verwirklichen sein wird. Die Bundesrepublik hat dadurch Arbeitsplätze sichern können, — insbesondere bestimmte Branchen in der Wirtschaft —, mögen auch die Angaben über die Zahl der davon betroffenen Erwerbstätigen (120 000?) — gesamtwirtschaftlich wird für 1982 0,5% angenommen —

schwanken. Im übrigen hat sich im Laufe der Jahre auf deutscher Seite die Erkenntnis durchgesetzt, daß durch wirtschaftliche Boykottmaßnahmen kein sowjetisches politisches Wohlverhalten erzwungen

werden kann, zumal der Handel kein Garant für politische Stabilität ist, wohl aber ein nicht unbedeutendes Mittel, das die bilateralen Beziehungen und die Vertrauensbildung zu fördern vermag.⁶⁰⁾

VII. Zusammenarbeit: Kultur — Technik — Wissenschaft

Auch im Bereich von Kultur, Technik und Wissenschaft vollzog sich erst langsam ein Wandel in den bilateralen Beziehungen. Das lag einmal in bestimmten historischen Erfahrungen, der geographischen Lage und der kulturellen Westbindung der Bundesrepublik Deutschland begründet, aber ebenso in den Systemgrenzen, deren sichtbarster Ausdruck in der Zeit des „Kalten Krieges“ Abgrenzung, unterschiedliche Organisationsstrukturen auswärtiger Kulturpolitik beider Staaten und die deutsch-deutsche Konkurrenz im Ausland waren. Nach langer Anlaufzeit wurde am 30. Mai 1959 eine deutsch-sowjetische Vereinbarung über den kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Austausch unterzeichnet, die aber nicht zu wirklich völkerverbindenden Maßnahmen, zu selbständiger Kulturarbeit der diplomatischen Vertretungen oder nennenswerten transnationalen Aktivitäten führte. Angesichts der Weigerung Moskaus, deutsche Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz in West-Berlin in das Abkommen einzubeziehen, lehnte es Bonn 1961 ab, den Vertrag zu verlängern⁶¹⁾.

Nachdem im Moskauer Vertrag vom 7. August 1970 der Wunsch nach Verbesserung der kulturellen Kontakte angedeutet worden war, kam am 19. Mai 1973 ein auf fünf Jahre befristetes zweites Kulturabkommen zustande. Zwar sollte entsprechend der Viermächtevereinbarung vom September 1971 das Abkommen „in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin-West“ ausgedehnt werden (sogenannte Frank-Falin-Formel), aber bei der Diskussion um das Zweijahresprogramm konnte das Berlin-Problem für beide Seiten nicht befriedigend gelöst werden⁶²⁾. Dennoch nahmen die kulturellen Beziehungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der siebziger Jahre einen beachtlichen Aufschwung, wenn auch im Zeichen einer recht „mühsamen Normalität“. Hierzu haben vor allem die größere Durchlässigkeit der Grenzen, die KSZE-Schluß-

akte von Helsinki und verschiedenartige Impulse von gesellschaftlichen Gruppen, Vereinigungen und Persönlichkeiten aus Kunst, Literatur, Wissenschaft sowie Medienvertreter beigetragen. Daß dabei stets von neuem Schwierigkeiten auftreten, ist nicht verwunderlich, denn nach wie vor erweisen sich Abschottungsmaßnahmen und ideologische Vorbehalte auf sowjetischer Seite sowie Probleme der Reziprozität als unverkennbare Hindernisse. Die antagonistische Kooperation fördert eben nicht nur friedensrelevante Strukturen, sondern verursacht zugleich auch neue Konflikte⁶³⁾.

Eine kurze Bilanz läßt erkennen, in welchen Teilbereichen Fortschritte erzielt worden sind. So hat z. B. die Sowjetunion in den Jahren von 1975 bis 1985 423 Werke westdeutscher Autoren in einer Auflagenhöhe von über 13 Millionen Exemplaren (darunter einige in 20 Sprachen der Völker der UdSSR) veröffentlicht; gleichzeitig hat sie zusammen mit Repräsentanten der Bundesrepublik mehrere Buchausstellungen organisiert. Auch im Buchwesen hat sich somit die Bundesrepublik Deutschland als einer der bedeutendsten Partner der Sowjetunion in Westeuropa erwiesen. Von 1971 bis 1983 wurden ca. 700 Werke russischer Autoren in verschiedenen Verlagen der Bundesrepublik herausgebracht. Ausstellungen aller Art, Musikfestspiele, Kulturtage, Sportveranstaltungen (1971: 39; 1981: 106), wachsender Tourismus (im Verhältnis etwa 3 : 1 West-Ost-Reisen) und Ansätze für einen Jugendaustausch verdeutlichen die ernsthaften Bemühungen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und um Vertrauen zu werben. Besondere Verdienste erwarben sich dabei verschiedene Organisationen, darunter die Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft in Dortmund, die Freundschaftsgesellschaften „UdSSR — Bundesrepublik Deutschland“ und die Städtepartnerschaften, von denen es bereits 15 gibt. Letztere verfolgen das Ziel, einen kommunalen Beitrag zu Frieden und Verständigung unter den Bürgern zu leisten. Der Umfang des Austausches von Wissenschaftlern und Studenten zwischen beiden Staaten hat sich zwar eher in bescheidenem Rahmen gehalten, doch hat auch er seine Wirkungen nicht verfehlt. Zuwachsraten sind zudem im humanitären Bereich (Familienzusammenführung) erzielt worden. Während Mitte der siebziger Jahre (1976) nur etwa 9 700 sowjetische Bürger deutscher Nationalität ausreisen konnten,

⁶⁰⁾ Ebd.; siehe auch J. Bethkenhagen (Anm. 57).

⁶¹⁾ Allgemein zu den bilateralen Kulturbeziehungen: Barbara Lippert, Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der UdSSR 1969—1982, Magisterarbeit Bonn 1987 (unveröffentlicht); Norbert Ropers, Tourismus zwischen West und Ost. Ein Beitrag zum Frieden?, Frankfurt 1986; vgl. auch F. I. Novik (Anm. 2), S. 190 ff.

⁶²⁾ Vgl. jetzt: Dokumente zur Berlin-Frage 1967—1986, hrsg. von Hans-Heinrich Mahnke, München 1987, S. 338 u. ö.; Gerhard Wettig, Das Viermächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, Berlin 1981.

⁶³⁾ Vgl. DGFK-Jahrbuch 1979/80 (Anm. 19).

betrug die Zahl im Jahre 1987 (bis November) über 12 000⁶⁴).

Zur gleichen Zeit entwickelte sich die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit für beide Länder vorteilhaft. Eingeleitet wurden u. a. Erfahrungsaustausch, Expertentreffen, Ausstellungen sowie betriebliche Aus- und Weiterbildung, von denen deutsche Firmen wie ihre sowjetischen Partner profitieren. Mitte der achtziger Jahre beteiligten sich nach sowjetischen Angaben bereits über 250 Spezialisten an dieser Kooperation. Die Frage, ob westliches technisches Know-how auf diese Weise auch der sowjetischen Rüstungsindustrie zugute gekommen ist, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Aber auszuschließen ist dies nicht. Bedeutsamer indessen bleibt die Einsicht, daß derartige Bemühungen im beiderseitigen Interesse als eine zusätzliche vertrauensbildende Maßnahme bewertet werden können⁶⁵).

VIII. Wandel durch „Neues Denken“?

Seit 1970 hat es immer wieder in den bilateralen Beziehungen Ereignisse gegeben — so u. a. den Abschluß der Ostverträge —, die führende Politiker und Kommentatoren mit dem Hinweis interpretiert haben, damit sei ein „neues Kapitel“ aufgeschlagen oder ein Wendepunkt erreicht worden, der zu großen Hoffnungen auf wesentliche Verbesserungen im Klima und in der Zusammenarbeit berechtige. Das gleiche traf für bestimmte multilaterale Entscheidungen zu. Ohne Frage sind die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki (1975) und des INF-Vertrages zwischen Moskau und Washington (1987) solche Zäsuren. Aber auch sie haben den grundlegenden Dissens nicht aufheben können. So werden Phasen von Stagnation und von gewissen Rückschlägen (wie z. B. in der zweiten Hälfte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre) wohl auch in Zukunft kaum auszuschließen sein, zumal sich im Verlaufe zunehmender Verdichtung von Kooperation, Kontakten und Kommunikation neue, systembedingte Konflikte (Verunsicherungen, Destabilitäten) ergeben können — gehört es doch zum Wesen des Ost-West-Konfliktes, daß sich dabei stets kooperative und konfrontative Elemente wechselseitig durchdringen⁶⁶).

Heute stellt sich allerdings die Frage, ob das „Neue (außenpolitische) Denken“, so wie es seit 1985 Generalsekretär M. Gorbatschow — unterstützt von einer Reihe enger Mitarbeiter, Vertreter der Medien und der Intelligenz —, propagiert, einen wirklich *grundlegenden Wandel in den Ost-West-Be-*

ziehungen (und damit auch für die der beiden Staaten) bewirken kann. Gewiß ist es verfrüht, darauf schon heute eine dezidierte Antwort zu geben. Es gibt nach wie vor zuviel Unwägbarkeiten und Ungewissheiten. Vor allem müssen wir abwarten, ob das ebenso umfassende wie komplizierte Experiment (Perestrojka als „neue Revolution“), das von den Völkern der Sowjetunion und deren Eliten große Einsicht, Tatkraft und Verzicht auf alte Gewohnheiten bzw. Privilegien verlangt, soviel Unterstützung im Lande erhält, daß es erfolgreich verläuft. Dieses ist ein in der Geschichte der Sowjetunion wohl beispiellos zu nennender, ernsthafter Versuch, den „wahren Sozialismus“ als Wegweiser zu einer humaneren Weltgesellschaft zu revitalisieren⁶⁷).

In diesem Zusammenhang haben führende Repräsentanten der Sowjetunion — allerdings nicht un widersprochen — neue Akzente auch in der Außenpolitik gesetzt, die zumindest aufhorchen lassen. Von diesen ist auch das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen betroffen, das jetzt flexibler und weniger dogmatisch interpretiert wird. Im Selbstverständnis der kommunistischen Führer hieß das früher (zumindest seit Mitte der fünfziger Jahre unter Berücksichtigung des qualitativ veränderten Kriegsbildes): Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt, gleichberechtigte Kooperation auf allen Gebieten, aber verstärkter ideologischer Klassenkampf (gewissermaßen als neue

⁶⁴) Vgl. Helmut Schäfer, Chancen für die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses, in: Bulletin vom 18. Dezember 1987, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung.

⁶⁵) Vgl. F. I. Novik (Anm. 2), S. 190 ff.

⁶⁶) Vgl. W. Link (Anm. 5).

⁶⁷) Vgl. M. Gorbatschow (Anm. 4); ferner seine Reden vom 27. Januar 1987, 17. September 1987 sowie aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution vom 2. und 4. November 1987. Während des Gipfeltreffens in Washington vgl. die entsprechenden Äußerungen in: Sowjetunion heute, Sondernummer Dezember 1987.

Kraftquelle für den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab) sowie Unterstützung der nationalen und revolutionären Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt⁶⁸⁾.

Eine Analyse der jüngsten Erklärungen, Reden, Programme und Interviews läßt kaum einen Zweifel aufkommen: Die kommunistische Führung ist nach wie vor davon überzeugt, daß dem Sozialismus als der neuen „sozialen Alternative“ die Zukunft gehört (Parteiprogramm 1986) und der Sieg des Kommunismus „unvermeidlich“ ist. Das Ziel ist nicht aufgegeben worden, eine Welt ohne Ausbeutung und nationale Unterdrückung — d. h. im Endergebnis eine gewaltfreie Welt — aufbauen zu wollen. Oder mit den Worten A. Jakowlews formuliert: „Wir sind uns der Richtigkeit unserer historischen Wahl sicher!“⁶⁹⁾. Jedoch solle in der Auseinandersetzung zwischen den antagonistischen Systemen die Form des friedlichen Wettbewerbs dominieren. Ausgehend von der „Ganzheit der Welt“ und der wachsenden Interdependenz habe das Überleben Vorrang vor den Klasseninteressen. Zudem gibt es Äußerungen, die den früher deklarierten Determinismus der historischen Entwicklung relativieren. Gorbatschow hat mehrmals davon gesprochen, daß die Weltgeschichte offen sei; auch die Sowjetunion besitze kein Wahrheitsmonopol. Was im übrigen das Schicksal der deutschen Nation betreffe und die Frage, welches System seinem Anspruch gerechter geworden sei, so würde darüber in hundert Jahren die Geschichte entscheiden⁷⁰⁾. Gegenwärtig sei von der Tatsache zweier unabhängiger deutscher Staaten auszugehen. Und obgleich Kriege aus der „Natur des Imperialismus“ resultierten — so die marxistisch-leninistische Auffassung — könne es vielleicht gelingen, „die Kräfte abzuriegeln, die von den Ursachen zu den Folgen“ (nämlich zu denen einer Kriegführung) führen⁷¹⁾. Es scheint sich in der Sowjetunion die Ansicht zu verbreiten, daß der Frieden trotz des „Vorhandenseins des Imperialismus“ auf dem Erdball gewahrt werden könne, denn weder der Kapitalismus noch der Sozialismus könnten ihre Interessen mittels Krieg realisieren; Teile des imperialistischen Lagers seien durch die „Kraft des Sozialismus“ friedfertiger geworden (z. B. die Bundesrepublik Deutschland und Japan). Mit derartigen Thesen könnte in

Zukunft auch der Abbau überlieferter Feindbilder verbunden sein⁷²⁾.

So zurückhaltend solche Erklärungen und Deutungen vorerst auch interpretiert werden müssen, und es abzuwarten gilt, ob den Worten überzeugende Taten folgen — Skeptiker in diesen Fragen gibt es auf beiden Seiten (allerdings mit unterschiedlichen Motiven!) —, sie könnten mittelfristig das *Zeichen für eine effektivere Wende in den multilateralen und bilateralen Beziehungen* bedeuten, durch die der friedliche Wettbewerb unter Wahrung der eigenen Identität, die gegenseitige Achtung, das Suchen „nach einem gemeinsamen Nenner“ — insbesondere in der Sicherheitspolitik — und damit das Vertrauen als Grundlage menschlichen Zusammenlebens gestärkt werden könnten. Das würde von deutscher Seite mehr Einfühlungsvermögen erfordern, was die Schwierigkeiten und die Interessenlage des Gegenüber anbetrifft, zugleich mehr Unterstützung der Sowjetunion, wo immer dies möglich und wünschenswert erscheint (ohne als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ausgelegt werden zu können). Für die sowjetische Seite hieße das: weniger Selbstgerechtigkeit, verbunden mit dem Verzicht auf einseitige Schuldzuweisungen, mehr echte „glasnost“ und Beweise für eine Politik des friedlichen Interessenausgleichs, bei der zugleich das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt wird, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

Daß Krieg zwischen beiden Staaten zur Durchsetzung politischer Ziele ein absolut untaugliches Mittel bleiben muß, versteht sich dabei von selbst. Aber erst dann, wenn diese sich als Partner und Konkurrenten im Wettstreit um eine humanere Gesellschaft der Zukunft und um eine echte Verständigung unter den Völkern begreifen und dies auch durch konkrete Schritte beweisen, würden sie ihre Beziehungen im Interesse einer europäischen Friedensordnung auf einer höheren Stufe der Glaubwürdigkeit weiter entwickeln können. Und erst dann wird mit Fug und Recht von einer „neuen Ära“ in den Ost-West-Beziehungen und einem Sieg des „neuen politischen Denkens“ in der UdSSR gesprochen werden können, bei dem „politische Positionen“ wirklich frei sind „von ideologischer Intoleranz“⁷³⁾. Aber dazu bedarf es der Geduld, der Stetigkeit und der Treue zu überzeugenden politisch-ethischen Prinzipien.

⁶⁸⁾ Vgl. Christoph Royen, Die sowjetische Koexistenzpolitik gegenüber Westeuropa, Baden-Baden 1978.

⁶⁹⁾ Vgl. Boris Meissner, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987; Wadim Sagladin, Historisch unvermeidlich, in: Sowjetunion heute, (1987) 11, S. 12 ff.

⁷⁰⁾ Vgl. M. Gorbatschow (Anm. 4), S. 193 u. 6. Vgl. auch die Äußerung von F. J. Strauß gegenüber Gorbatschow, geschichtliche Ereignisse könnten nur durch die „geschichtliche Entwicklung auf dem Wege der Evolution geändert werden — nie mehr durch das Schwert“ (dpa vom 30. Dezember 1987).

⁷¹⁾ Vgl. den Dialog Falin-Bowin, in: Sowjetunion heute, (1987) 12.

⁷²⁾ Vgl. Lew Tolkunow, Zum 70. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, in: DAS PARLAMENT vom 7. November 1987; Nikolai Portugalow, Der CDU fehlt das ostpolitische Bad Godesberg (ein Gespräch), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1987) 11, S. 1396.

⁷³⁾ Vgl. M. Gorbatschow (Anm. 4), S. 182; siehe auch Fred Oldenburg, „Neues Denken“ in der sowjetischen Deutschlandpolitik?, in: Deutschland Archiv, (1987) 11, S. 1154 ff. F. J. Strauß stellte bei seinem Moskau-Besuch Ende Dezember 1987 als besonders bemerkenswert heraus, „daß ihm Gorbatschow auf die Feststellung, die Bundesrepublik halte an einer Nation in zwei deutschen Staaten fest, nicht widerprochen habe“ (dpa vom 30. Dezember 1987).

Deutschlandbilder — Akzentverlagerungen der deutschen Frage seit den siebziger Jahren

I. Kollektive Selbstbilder und Standortfragen

„Schwerenöter“¹⁾ — der neue Roman von Hanns-Josef Ortheil — skizziert ein Gesamtbild der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft. Das Thema Deutschland ist Kulisse und Bühne in einem. Traditionelle Stereotype über die Deutschen finden in der prägnanten Metapher der beiden gegensätzlichen Brüder ihre Wiederkehr: Der eine melancholisch-gedankenvoll, auf der Seite des Geistes, der andere praktisch, wendig, auf der Seite der Macht — eben gespalten deutsch. Nicht die angeblich unbeeinflussbare und abstrakt-ferne internationale Politik, sondern die Innenansichten der Republik stehen im Mittelpunkt. Der Roman reiht sich ein in die Revue der Bilanzierungen zu dem nunmehr fast vierzigjährigen Bestehen der Bundesrepublik. Der Rückblick ist Dokument eines gewachsenen „Wir-Bewußtseins“ der Bundesbürger; er ist gleichzeitig ein Psychogramm des bundesrepublikanischen Bewußtseins, eine Darstellung der ‚Suchbewegung‘ nach einer eindeutigeren, in sich ruhenden Selbstbeschreibung deutscher Identität.

Mit diesen drei Indikatoren: dem Deutschlandthema, den Identitätsfragen und der ‚Suchbewegung‘ avanciert der Roman aus politikwissenschaftlicher Sicht zu einer Zeitgeistchronik, die das Profil der Republik mit all ihren Bruchlinien literarisch aufarbeitet. Wenn demnach das Deutschlandthema die sensiblen Zonen des Zeitgeistes erneut prägt, dann bleibt zu fragen, ab wann und in welchen Akzentuierungen sich dies abzeichnet. Im folgenden soll eine Galerie von Deutschlandbildern seit 1972 aufgereiht werden. Es handelt sich dabei nicht um in Archiven gespeicherte, auf Zelluloid fixierte Bilder²⁾; im Mittelpunkt stehen vielmehr die Bilder in unseren Köpfen, die als Analogiemodelle der Außenwelt anthropologisch notwendig sind³⁾. Es

sind geistige Konstrukte, die zu einer inneren Ebene der Perzeption, der Vorstellung, der ‚Images‘ von Realität gehören. Wissenschaftstheoretisch hat die Sozialpsychologie und die Wissenssoziologie hierfür das Analyseinstrumentarium erarbeitet⁴⁾. Nationale Selbst- und Fremdbilder besitzen in der Gesellschaft wie in der Politik eine herausragende Orientierungsfunktion. Angesichts der nivellierenden Tendenzen unseres Medienzeitalters hat sich ihre identitätsstiftende Kraft noch erhöht.

Der Mensch denkt und handelt in Bildern. Sein Verhalten wird offenbar weitgehend bestimmt durch diese Wahrnehmung über Bilder, denn unser Bewußtsein ist bestimmt durch ein sprachlich verfaßtes Bild von der Welt und von uns selbst⁵⁾. Die Wirklichkeit wird so — zur Orientierungshilfe — über symbolhaft verdichtete Bildkonturen vermittelt. Diese Bilder wiederum sind durch Ideen geschaffen worden⁶⁾. Sie sind kognitive Konstrukte, die verhaltensorientierend wirken. Dies gilt sowohl auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene: „Das Image vom eigenen Selbst steht nicht unverbunden neben anderen Images, sondern wird von diesen mitbestimmt und umgekehrt. Selbstbild und Gesellschaftsbild gehören untrennbar zusammen.“⁷⁾ So beinhaltet das individuelle Selbstbild

4) Grundlegend dazu Kenneth N. Boulding, *The Image. Knowledge in Life and Society*, Ann Arbor 1956; Hans-Peter Dreitzel, *Selbstbild und Gesellschaftsbild. Wissenssoziologische Überlegungen zum Image-Begriff*, in: *Europäisches Archiv für Soziologie*, (1962) 3, S. 181–228; ergänzend Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt 1969; Alexander Demandt, *Metaphern für Geschichte. Sprachbilder und Gleichnisse im historisch-politischen Denken*, München 1979; Günter Dux, *Die Logik der Weltbilder. Sinnstrukturen im Wandel der Geschichte*, Frankfurt 1982.

5) Vgl. H.-P. Dreitzel (Anm. 4), S. 181–228; Daniel Frei, *Feindbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA*, München 1985, S. 12.

6) Vgl. hierzu Rainer M. Lepsius, *Interessen und Ideen. Die Zurechnungsproblematik bei Max Weber*, in: Friedhelm Neidhardt u. a. (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, Opladen 1986, S. 20–31, hier besonders S. 20 f.; vgl. speziell zu den Perzeptionsmustern Jörg-Peter Mentzel / Wolfgang Pfeiler, *Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion*, Düsseldorf 1972.

7) H.-P. Dreitzel (Anm. 4), S. 193; zur Variationsbreite der nationalen Bilder vgl. Karl-Rudolf Korte, *Nationale Identifikation und europäische Bindung*, in: Dirk Berg-Schlosser / Jakob Schissler (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1987, S. 222–228.

1) Hanns-Josef Ortheil, *Schwerenöter*, München–Zürich 1987.

2) So beispielsweise zum gleichen Zeitraum Anton Kaes, *Deutschlandbilder. Die Wiederkehr der Geschichte als Film*, München 1987, und, mit Photographien, in: Klamm, Heimlich + Freunde, *Die 70'er Jahre*, Berlin 1987.

3) Vgl. Otto Klineberg, *Die menschliche Dimension in den internationalen Beziehungen*, Bern–Stuttgart 1966, S. 44–59; Karl Jaspers, *Psychologie der Weltanschauungen*, München–Zürich 1985 (zuerst Berlin–Heidelberg 1954), hier S. 143 ff.

Ausarbeitung eines Vortrags, den der Verf. vor der Studiengruppe „Deutsche Frage“ auf Schloß Auel hielt. Weiterführende Hinweise sind der Dissertation des Autors zum gleichen Thema zu entnehmen, deren Veröffentlichung in Vorbereitung ist.

zum Standort der Deutschen — als Seismograph für Tendenzen der politischen Kultur in der Bundesrepublik — auch immer gleichzeitig die Elemente von kollektiver Identität.

Deutschlandbilder sind vor diesem Hintergrund die Summe der Vorstellungen, die in der Bundesrepublik Deutschland sowohl über den eigenen wie über den anderen Teil Deutschlands geäußert werden; es sind somit geistig-politische Standort-Bilder⁸⁾. In ihnen spiegelt sich die Problemkonstante der deutschen Frage wider. Denn als komplexes Problem-bündel ist die deutsche Frage nie nur eine Frage nach der nationalen und territorialen Organisation der Deutschen in der Mitte Europas gewesen. Der Doppelcharakter der deutschen Frage verweist vielmehr auch gleichzeitig auf die Suche nach dem eigenen Selbstverständnis, nach der politisch-gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands.

Die inhaltliche Ausgestaltung spezifischer Deutschlandbilder entsteht vor allem in der intellektuellen Öffentlichkeit. Als Merker, Meinungsmacher, Moralisten artikulieren die Intellektuellen neue Bewußtseinslagen und schaffen sie auch mit immer neuen Leitbegriffen und Leitformeln. Versucht man die zentralen intellektuellen Deutschlandbilder zum geistig-politischen Standort der Deutschen durch eine Analyse politisch-kultureller Zeitschriften, Zeitungen und Bücher herauszufiltern, dann fällt auf, daß sich die Standortfragen an jeweils spezifischen Themenfeldern ‚festmachen‘ lassen.

II. Versuch einer Typologie von Deutschlandbildern

1. Selbstanerkennung: Fragen nach der Nation

Mit dem Ablauf des Jahres 1972 endet die Zeit der großen Aufbruchstimmung, des Reformklimas und des strategischen Nachdenkens über die Deutschland- und Ostpolitik. Die Diskussionen zum geistig-politischen Standort kreisen bis 1974 zentral um Fragen nach der Nation als Selbstanerkennungsfragen. Die Begrifflichkeit der deutschen Frage hat sich dabei verändert: Anerkennung, statusrechtliche Probleme, Bezeichnungen des zweiten Staates

⁸⁾ Eine systematische inhaltsanalytische Arbeit liegt hierzu jetzt für den Bereich der Schulbücher vor. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Deutschlandbild und Deutsche Frage in den historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von 1949 bis in die 80'er Jahre. Braunschweig 1986. Vgl. zu den politisch-kulturellen Veränderungen seit den siebziger Jahren: Hermann Rudolph, Die Herausforderung der Politik. Innenansichten der Bundesrepublik, Stuttgart 1985; Michael Rutschky, Erfahrungshunger. Ein Essay über die siebziger Jahre, Frankfurt 1982; Georg Heinzen / Uwe Koch, Von der Nutzlosigkeit, erwachsen zu werden, Hamburg 1985; Karl Dietrich Bracher, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: ders. u. a. (Hrsg.), Republik im Wandel, 1969–1974. Die Ära Brandt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/1), Stuttgart 1986, S. 285–406.

Die in ihnen sich entfaltenden spezifischen Argumentationsfiguren und Topoi sollen anschließend kurz dargestellt werden, angefangen mit dem Jahr 1972, weil in diesem Jahr durch die Unterschrift unter den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR neue nationale Rahmenbedingungen der Politik gesetzt wurden, und weil seit dem zweiten Bericht des Club of Rome als unübersehbares Signal des Glaubensverlustes an einen ungehemmten Fortschritt 1972 auch neue internationale Rahmenbedingungen der Politik zu beobachten sind. Von 1972 bis zur Mitte der achtziger Jahre lassen sich neun zentrale Deutschlandbilder nachzeichnen. Die einzelnen Konfigurationen überlappen sich, liegen zeitlich dicht nebeneinander und charakterisieren keinesfalls abgeschlossene zeitgeschichtliche Phasen. Es ist der Versuch einer Typenbildung. Die neun Deutschlandbilder, die anschließend nur in ihren Schwerpunkten skizziert werden können, lauten:

1. Selbstanerkennung
2. Tendenzwende
3. Der ‚häßliche‘ Deutsche
4. Die nationale Frage
5. Friedensdiskussion
6. Die Identitätssuche
7. Die unruhigen Deutschen
8. Das ‚andere‘ Deutschland
9. Die Last der Vergangenheit

in Deutschland oder die Wiedervereinigung sind nicht mehr Debattengegenstand nach 1972. Im Zentrum stehen Versuche einer weitgehend historisch abgeleiteten und zwischen der Bundesrepublik und der DDR gegensätzlichen Begriffsbestimmung der deutschen Nation sowie empirische Darstellungen des Standes des nationalen Zusammengehörigkeitsbewußtseins⁹⁾. Die Nation wird zum Zentralbegriff dieser Zeit. Definitions- und Kategorisierungsbemühungen zum Stand der Kultur- und Bewußtseinsnation ergänzen die Debatte. Hinzu kommen in diesem Kontext neben dem Zusammengehörigkeitsbewußtsein auch die Fragen

⁹⁾ Beispielsweise Karl-Heinz Janßen, Was ist Deutschland? Ein Begriff im Wandel der Generationen, in: Die Zeit v. 25. 2. 1972; Karl Holl, Deutsche Nation, in: Liberal, 14 (1972) 6, S. 413–419; Imanuel Geiss, Reich und Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/73, S. 3–25; zu den empirischen Studien vgl. Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik und der DDR, Düsseldorf 1974; Lutz Niethammer, Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland, in: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 2, München 1972, S. 13–107; Erich Kitzmüller u. a., Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik, Nationalstaat ohne Nationalökonomie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/73, B 34/73, S. 3–30.

des System-Wettbewerbs und des zwischendeutschen Vergleiches. Die Problematik der Vergleichbarkeit beider Gesellschaftssysteme in Deutschland verursacht eine heftige Grundsatzdebatte zum Thema zwischendeutscher Vergleich und deutsche Frage als Frage nach dem Systemgegensatz¹⁰).

Die Autoren der umfangreichen empirischen Studien dieser Zeit konstatieren, daß sich die Bundesrepublik Deutschland als Staatsnation etabliert hat. Die Bundesbürger haben danach zu Beginn der siebziger Jahre die Selbstanerkennung vollzogen. Diese ist jedoch nicht frei von Widerspiegelungen der Instabilitäten des Selbstbewußtseins. So läßt sich die ambivalente Selbstanerkennungsproblematik nicht nur an der Nationsdebatte, sondern auch im Umfeld der Bundestagswahlen 1972 und an den inszenierten Selbstdarstellungen wie den Olympischen Spielen in München und dem 25jährigen Jubiläum der Bundesrepublik 1974 verdeutlichen. Anthologien deutscher Selbstreflexion haben Konjunktur¹¹). Je weiter sich die zeitliche Distanz von den Deutschland- und Ostverträgen vergrößert, desto mehr gerät die eigentliche Teilungsproblematik aus dem Themenfeld der Standortbeschreibungen. Im Mittelpunkt steht der Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland fünfundsiebzig Jahre nach dem Ende des NS-Regimes. Doch was ist die Bundesrepublik, wenn sie nicht mehr der Kern eines wiederherzustellenden Nationalstaates ist, fragt Richard Löwenthal¹²). Offenbar wird die Selbstdefinition schwieriger angesichts der vergleichenden Auseinandersetzung mit der DDR.

2. Tendenzwende: Innenansichten und Suchbewegungen

„Auf einmal hieß es, der Wind habe sich gedreht im Land. Ich weigerte mich noch, es zu glauben, aber schal war sie trotzdem geworden, die vielversprechende Zeit.“¹³) Diese stimmungsmäßig neu akzentuierten Deutschlandbilder lassen sich ab 1973/74 nachweisen. Begrifflich eingrenzen läßt sich diese Kursveränderung mit dem bezeichnenden Terminus *Tendenzwende*¹⁴). Er wird Signal-

wort dieser veränderten Bewußtseinslagen. „Reform“ wird durch „Lebensqualität“ ersetzt. Die Krise der Wohlstandsgesellschaft und des Fortschrittsgedankens avancieren zu zentralen Themen seit der Ölkrise als impulsgebendem Katalysator.

Die neuen Wahrnehmungsmuster dieser Zeit bestimmen die Deutschlandbilder bis in die achtziger Jahre hinein. Dazu zählen Subjektivität, Krisenempfinden, Such- und Orientierungsbewegungen. Das hat unmittelbar Auswirkungen auf die deutsche Frage. Mit der Rückkehr des Ich, der Rückbewegung von Systemstruktur und Systemdenken zum Individuum sind Authentizität und Subjektivität, Erfahrungshunger die neuen Kriterien für die Standortbeschreibung¹⁵). Alles Politisch-Gesellschaftliche wird gleich als privat-individualistisch erfahren. Exemplarisch verdeutlichen dieses neue Wahrnehmungsmuster die beiden Kultbücher „Lenz“ von Peter Schneider und „Die Reise“ von Bernward Vesper. Im favorisierten eigenen Ich wird nun auch ein Stück Deutschland gesucht: „... nicht also, wir sind wieder wer. Sondern: wer sind wir wieder?“¹⁶)

Diese Fragen sind weitgehend losgelöst von der unmittelbaren Verfaßtheit des politischen Systems, eher schwebend und von kulturkritischen Strömungen begleitet. Die deutsche Frage wird ventiliert durch diese individuellen Wahrnehmungsmuster und ist ausschließlich auf die bundesrepublikanische Gesellschaft ausgerichtet. Es sind inhaltlich Innenansichten und strukturell Suchbewegungen nach Gemeinschaftsbindungen, nach Ankerpunkten in der Vergangenheit¹⁷), nach dem unverwechselbaren eigenen Ich.

Bezeichnenderweise gibt es erstmals 1974 in der Bundesrepublik gleich zwei Kunstaustellungen, die im Titel mit dem Identitätsbegriff operieren — der jedoch im Ausstellungskatalog noch lexikalisch erläutert werden muß — und ihn inhaltlich mit spezifischen Sehnsuchtsbildern verknüpfen: „Die verlorene Identität: Die Gegenwart des Romantischen“ sowie „Identität. Versuche bildhafter

¹⁰) Kontrovers dokumentiert im Deutschland Archiv, (1973), 5—10.

¹¹) Weiterführend Karl-Rudolf Korte, Erinnerungsspuren: Das neue Gesellschaftsbewußtsein, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987, S. 65—79, hier S. 72 f.

¹²) Richard Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: ders. / Hans-Peter Schwarz, Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604—699, hier S. 693.

¹³) G. Heinzen / U. Koch (Anm. 8), S. 51.

¹⁴) Die Tagung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste vom November 1974 mit dem Leitthema „Tendenzwende?“ führte zur völligen Verselbständigung dieses Begriffes. Zusammengefaßt bei Clemens Graf Podewils (Hrsg.), Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975.

¹⁵) Exemplarisch Michael Schneider, Von der alten Radikalität zur neuen Sensibilität, in: Kursbuch, (1977) 49 mit dem Schwerpunktthema „Sinnlichkeiten“, S. 174—187.

¹⁶) Fritz J. Raddatz, Zweifel melken, in: Frankfurter Hefte, 31 (1976) 4, S. 137—148, hier S. 148. Vertiefend Karl-Rudolf Korte, Wer sind wir? Die deutsche Frage als Thema unserer politischen Kultur, in: Liberal, 27 (1985) 4, S. 115—123.

¹⁷) Hinweise dazu in: Der Spiegel vom 6. 1. 1975 mit dem Titel „Tendenzwende: Jeder fühlt den neuen Wind“, S. 119 ff.; Hermann Glaser, Der Gartenzwerg in der Boutique. Mythen der Regression. Provinzialismus heute, Frankfurt 1973; ders., Brauchen wir ein neues Biedermeier? Kulturpolitik und die Grenzen des Wachstums, in: Frankfurter Hefte, 29 (1974) 5, S. 356—361. Speziell zu den Suchbewegungen dieser Zeit vgl. Hanns-Josef Orthel, Köder, Beute und Schatten. Suchbewegungen, Frankfurt 1985; Dieter Baacke, Nostalgie. Ein Phänomen ohne Theorie, in: Merkur, (1976) 5, S. 442—452.

Selbstdefinition“. Die neuen Bindungsoptionen sind im Kern Fluchtbewegungen aus der als häßlich empfundenen Gegenwart. Das gedachte Deutschland mit romantischen Deutschlandbildern wird dabei zur geistigen Flucht aus der Moderne.

3. Der ‚häßliche‘ Deutsche: Innere Sicherheit

Der Extremistenbeschluß, die Sympathisanten-Kampagne und die terroristischen Gewalttaten sind die Kulissen der neuen Standortbeschreibung. Parallel zur Tendenzwende mit einem Höhepunkt 1977 finden sich neu akzentuierte Bilder. Die Süddeutsche Zeitung erklärt 1977 zum „Jahr des häßlichen Deutschen“¹⁸⁾. Die geistigen Polarisierungen drücken sich in Bildern des historischen Vergleichs aus. Die Selbstbilder enthalten als Referenzpunkte den Faschismus-Nationalsozialismus, den deutschen Obrigkeitsstaat und die angeblichen deutschen Eigenschaften¹⁹⁾.

Der Rekurs auf traditionelle Images der Deutschen²⁰⁾ prägt die politisch-kulturelle Argumentation. Schon 1973 wird der Streit um den sogenannten Radikalerlaß und den Terrorismus als „typisch deutsche Frage“²¹⁾ bezeichnet. Ist der Terrorismus in dieser Diskussion ein spezifisch „deutsches Phänomen“?²²⁾ Gibt es „spezifisch deutsche Züge“²³⁾ in der Reaktion auf die Herausforderungen durch den Terrorismus?

Gerade in dieser Zeit entpuppen sich die Selbstbilder auch als Reaktion auf die internationalen Fremdbilder über die Deutschen. So zeigt eine Analyse dieses internationalen Fremdbildes, daß zwei negative Deutschlandbilder um das Jahr 1977 herum aktualisiert sind:

— Die Bundesrepublik als ein regressiver, autoritätsgläubiger Polizei- und Obrigkeitsstaat;

¹⁸⁾ Zit. nach Jürgen C. Heß, Zum Deutschenbild der Niederländer, in: *Liberal*, (1978) 8, S. 614–627, hier S. 614; speziell zum Topos des häßlichen Deutschen vgl. Emanuelle Gazzo, Das gestörte Bild der Deutschen. Zur aktuellen Kritik der Bundesrepublik in Europa, in: *Europa-Archiv*, (1977) 23, S. 823–831, hier S. 826–828; Karl-Heinz Bohrer, Die Macht des Bildes. Zur Soziologie des häßlichen Deutschen, in: *Merkur*, (1977) 12, S. 1228–1230; Eugen Kogon, Der häßliche Deutsche, in: *Frankfurter Hefte*, 31 (1976) 11, S. 11–14.

¹⁹⁾ So beispielsweise Otthein Rammstedt, Die Instrumentalisierung der Baader-Meinhof-Gruppe, in: *Frankfurter Hefte*, 30 (1975) 3, S. 27–38; Golo Mann, Deutschland im Herbst, in: *Neue Rundschau*, (1978), S. 489–492. Überblickartig dokumentiert sind diese Bildkomponenten im Literaturmagazin *Tintenfisch*, (1976) 9, mit dem Titel „30 Jahre danach. Beispiele und Kommentare“, S. 81–96.

²⁰⁾ Traditionelle Images bei Manfred Koch-Hillebrecht, *Das Deutschenbild. Gegenwart — Geschichte — Psychologie*, München 1977.

²¹⁾ So Werner Hill, in: *Vorwärts* v. 27. 9. 1973.

²²⁾ Guntram von Schenck, Terrorismus als deutsches Phänomen, in: *Neue Rundschau*, (1978), S. 30–41.

²³⁾ Martin Greiffenhagen, *Von Potsdam nach Bonn. Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands*, München-Zürich 1986, S. 203.

— die Bundesrepublik als eine von Totalitären unterwanderte und terrorisierte Demokratie²⁴⁾.

Quantitativ kann sogar festgestellt werden, daß die Debatte um die innere Sicherheit in der Bundesrepublik etwa dem Umfang der Publikationen zum Deutschlandbild im Ausland Mitte der siebziger Jahre entspricht. Das deutsche Image draußen ist Gegenstand sensibler Beobachtungen: „Betroffen reiben wir uns die Augen. Aus dem Spiegel, den uns das Ausland neuerdings vorhält, grinst uns eine Fratze an: Die des häßlichen Deutschen.“²⁵⁾ Unterstellt wird dabei auch, daß das „böse Deutschland“²⁶⁾ draußen in der Welt von drinnen in der Bundesrepublik kommt. Deutlich offenbart gerade das Themenfeld der inneren Sicherheit die tiefe Sehnsucht nach Sicherheit, die Furcht vor der Zukunft und den Mangel an Vertrauen in sie als ein zentrales charakteristisches Wertprofil der Bundesbürger, was sich in der Friedensdiskussion gegen Ende der siebziger Jahre noch weiter ausdifferenziert²⁷⁾.

4. Die nationale Frage wiederaufgelegt: Renaissance des Nationalgefühls?

Die geistig-politische Standortdiskussion der Deutschen wird seit 1977 wieder verstärkt unmittelbar und explizit durch die deutsche Frage bestimmt. Nachdem sich die Standortdiskussion im Kontext der Auseinandersetzungen zur Tendenzwende und zur inneren Sicherheit mehr indirekt mit der deutschen Frage beschäftigt hat, tritt nun die Standortdebatte um ein zeitadäquates, angemessenes Deutschlandbild der Deutschen in das politische Gegenwartsbewußtsein. Formuliert wird die deutsche Frage jetzt als Frage nach uns selbst. Die deutsche Frage, Deutschland, die Nation werden intensiver Gegenstand der Auseinandersetzung.

Seit dieser Zeit setzt eine deutliche Phase der kritischen Reflexion zur Nation ein, die viel grundsätzlicher nach dem eigenen bundesrepublikanischen Selbstverständnis fragt, ohne unmittelbar die Teilungsproblematik mit zu reflektieren. Der Topos *Nation* und seine begrifflichen Derivate tauchen inflationär auf. Umfangreiche Grundsatzartikel und Aufsätze an zentralen Stellen, Themenhefte, Sammelrezensionen, Schlagzeilen über angeblich spektakuläre Umfrageergebnisse zum Nationalbewußtsein, Tagungsaktivitäten politischer und kirchlicher Akademien sowie Filme des Neuen Deut-

²⁴⁾ Überblickartig François Bondy, Wie sieht uns die Welt? Das Bild vom Deutschen im Ausland, in: *Die Zeit* v. 29. 12. 1978.

²⁵⁾ Theo Sommer, Die Deutschen im Zerrspiegel. Radikalerlaß als Stein des Anstoßes, in: *Die Zeit* v. 4. 6. 1976.

²⁶⁾ So beurteilt von Günther Gillessen, Die unheimlichen Deutschen. Mißverständnisse von draußen werden mit Übertreibungen von drinnen genährt, in: *FAZ* v. 25. 2. 1978.

²⁷⁾ Zur Sicherheit als Wertorientierung vgl. Helge Pross, Was ist heute Deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik, Hamburg 1982, besonders S. 100–106.

schen Kinos sind die Indikatoren²⁸⁾. Quantitativ lassen sich dabei zwei Resonanz-Wellen — 1977/78 und 1980/81 — nachweisen. Qualitativ durchzieht die Texte leitmotivisch die Frage: In welchem Verhältnis der Identifikation stehen die Bundesbürger zu ihrem Staat und gleichzeitig zur Identifikation als Deutsche?

Die zentralen Argumentationsfiguren und prägenden Debattenschwerpunkte kreisen um ein verändertes ‚Wir-Bewußtsein‘ mit drei differenzierten Varianten:

a) Bundesrepublikanisches und/oder gesamtdeutsches Bewußtsein?²⁹⁾: Ohne Ausschließlichkeitsanspruch deuten alle Symptome auf eine zunehmende separate Bildreduktion der Vorstellungswelt der Bundesbürger von einem gesamtdeutschen auf ein bundesrepublikanisches Bewußtsein³⁰⁾.

b) Verfassungspatriotismus: Ein Beschreibungsversuch der Qualität und Intensität der Gemeinschaftsorientierung der Bundesbürger. Konkret stellt sich im Umfeld der von Dolf Sternberger 1979 initiierten Diskussion die Frage, ob der Verfassungspatriotismus als Identifikationsmöglichkeit genutzt werden kann. Das Deutschlandbild des Verfassungspatriotismus reduziert sich auf die Bundesrepublik.

c) Jubiläum — 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Die im Tenor resignative Leistungsbilanz fällt wesentlich umfangreicher aus als bei vorhergehenden Jahrestagen. Für die Dichotomie zwischen objektiver Stabilität und der Labilität des subjektiven Bewußtseins werden die Traditionslinien der deutschen Frage mit verantwortlich gemacht. Der geistig-politische Standort der Deutschen wird als Frage nach uns selbst explizit gestellt³¹⁾.

Die Substanz der drei Deutschlandbild-Varianten zielt primär auf Bewußtseinsprofile der Deutschen und nicht auf die deutschlandpolitische Alltagsrealität. Es sind drei Stufen eines veränderten, auf das Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland ausgerichteten Wir-Bewußtseins, ohne jedoch darüber hinausgehende Deutschlandbilder grundsätzlich auszuklamern.

²⁸⁾ Überblicksartig hierzu Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983.

²⁹⁾ Die Debatte ist zusammenfassend kurz charakterisiert bei Gebhard Schweigler, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingung, Motive, Einstellungen, Baden-Baden 1985, S. 116—141.

³⁰⁾ Wie sehr das territoriale Bewußtsein auch ein Element der nationalen Identität ist, veranschaulicht Rudolf von Thadden, Das verschobene Vaterland. Deutsche Identität ohne Deutschlands Osten?, in: Süddeutsche Zeitung v. 11./12. 4. 1987.

³¹⁾ Einen Überblick über die Jubiläumsliteratur gibt Hermann Rudolph, Bundesdeutsche Innenwelten, in: Merkur, (1979), S. 1034—1038; Hermann Glaser, In diesem Lande leben wir. Ein Blick auf Rückblicksbücher, in: Politische Vierteljahresschrift, (1980) 1, S. 6—16; Manfred Weber, Ein Jubiläum aus der Retorte. Dreißig Jahre Bundesrepublik, in: Der Monat, (1979) 3, S. 118—121.

5. Friedensdiskussion: Sicherheitspolitische Anfragen

Friedensbewegung und Nachrüstungsdebatte sind die Katalysatoren dieser neuen Deutschlandbilder, deren Ausprägungen besonders intensiv im Jahre 1981 liegen. Die Standortdebatte ist damit Reflex auf die veränderte internationale Lage nach dem Abflauen des Entspannungsklimas. Die national bestimmten Begründungszusammenhänge der Friedensdiskussion, die weit über die Friedensbewegung hinauswirken, kreisen um die besondere Gefährdung Deutschlands und die gesamtdeutsche Verantwortung, die Zugehörigkeit zum Westen sowie um deutschlandpolitische Denkmodelle. So tauchen erstmals seit Beginn der siebziger Jahre wieder deutschlandpolitische Alternativkonzepte auf, die auf zwei Denkmodelle rekurrieren und Deutschland- mit Europabildern verknüpfen:

— Das Ausscheren aus dem geteilten Europa durch National-Neutralismus³²⁾.

— Die Tendenz, eine Lösung der deutschen Frage in ihrer Europäisierung zu suchen bei Akzeptanz deutscher Zweistaatlichkeit³³⁾.

Unzufriedenheit mit dem politischen Status quo der deutschen Frage führt zu einer Standortsuche als Suche nach einem neuen, friedenspolitisch geprägten Selbstverständnis. Die voluntaristische Sehnsucht nach Veränderung des Zustandes der deutschen Nation bleibt einigende Zielbestimmung auf dem extrem linken und rechten politischen Spektrum. Frieden kann danach nur durch die Nation erreicht werden.

Die deutsche Frage wird explizit im Zeichen der Entideologisierungsdia­gnose nicht mehr als Systemfrage diskutiert. In der öffentlichen Problemwahrnehmung haben die sicherheitspolitischen Anfragen das Freiheitsparadigma überlagert³⁴⁾. Die Selbstbilder und die konkreten Deutschlandmodelle rekurrieren auf traditionell neutralistische oder nationalistische oder antimodernistische Strömungen³⁵⁾. Daraus resultieren die entsprechenden Angebote nationaler Orientierungsmuster abseits der Blöcke: Der Primat der Nation, Anti-

³²⁾ Dazu vor allem: Frieden schaffen mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, hrsg. v. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Reinbek 1981.

³³⁾ Zur Dimension Europa vgl. Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.

³⁴⁾ In vielschichtigen Facetten dokumentiert im Kursbuch, (1980) 61 mit dem Thema „Sicher in die 80'er Jahre“; Wilfried von Bredow, Über den neuen Apokalypse-Enthusiasmus in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Deutschland — ein Provisorium?, Berlin 1985, S. 100—111.

³⁵⁾ So analysierbar aus dem Sammelband Wolfgang Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982; vertiefend dargestellt bei Arno Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen, Köln 1984.

amerikanismus als Westprotest und Brücke- bzw. Mittlerpositionen. Der nationale Neutralismus manifestiert sich als Suche nach Sicherheit. Die Mischung aus Krisenbewußtsein, Neuen Sozialen Bewegungen und deutscher Frage führt zu einer Verengung des Blickwinkels: Die internationale Dimension der deutschen Frage wird auf überschaubare, beeinflussbare, persönliche Betroffenheitskategorien reduziert.

6. Identitätssuche der Deutschen: Sinnfragen

Im Verlauf der siebziger Jahre macht der Identitätsbegriff eine Sinnverschiebung und Sinnerweiterung mit. Vom erklärungsbedürftigen Begriff Anfang der siebziger, über ein politisches Schlagwort Ende der siebziger avanciert Identität in den achtziger Jahren zum Modewort für Zeitgeistphänomene³⁶⁾. Dabei zeigt sich, wie der Begriff sukzessive seit Mitte der siebziger Jahre auch auf den politisch-philosophischen Bereich der deutschen Frage angewandt wird. Identität wird zum Kernbegriff der deutschen Frage.

Wenn die Selbst- und Fremdbilder der Deutschen wachsende Unsicherheit des geistig-politischen Standortes beschreiben, dann ist die zunehmende Konjunktur des Identitätsbegriffs im Kontext der deutschen Frage verständlich. Identität ist schon sprachimmanent ein zeitgerechter Sammelbegriff für Such- und Orientierungsbewegungen. Buch- und Aufsatztitel zur politischen Kultur der Deutschen und zur deutschen Frage bevorzugen auch vor diesem Hintergrund Fragezeichen oder infragestellende Adjektive. Die Konjunktur des Identitätsbegriffs resultiert somit nicht nur aus schlagzeilen-trächtigen Zufallsprodukten, sondern Identität ist Chiffre des Zeitgeistes und ein Signal für empfundene Identitätsdefizite³⁷⁾.

Die gesuchte Identität als das spezifisch unverwechselbare eigene ist gleichzeitig Gegenbegriff zu modernen Entfremdungssyndromen³⁸⁾ und provoziert neue Flucht- und Suchbewegungen. Die traditionel-

len Antwortversuche kreisen dabei um drei Leitformeln, in denen sich eine Standortsuche nach vorrationalen Vertrautheiten den Weg bahnt: Heimatnostalgie, Geschichtsneugier und Nationsinteresse³⁹⁾. Die Ich-Erkundung führt zu neuen, provinziell gefärbten, regional geprägten Deutschlandbildern.

Auch die Ausweitung und Aufladung des Politik- und Kulturbegriffs während der siebziger Jahre betrifft unmittelbar die deutsche Frage und die Deutschlandbilder. Das zeigt der Identitätsbegriff, mit dem sich die neue Anforderungsstruktur an die deutsche Frage analysieren läßt. Aus der Identitätsfrage: „Wer bin ich?“ wird „Wer bin ich als Deutscher?“. Den Anforderungen der Aktualität lebensweltlicher Argumentationsmuster muß nun auch die deutsche Frage gerecht werden⁴⁰⁾. Sie muß das neue Welt- und Lebensverständnis widerspiegeln. Sie wird in der Tiefendimension in Betroffenheits-Kategorien zerlegt. Gefühle zur Lage der Nation und persönliche Bekenntnisse stehen im Mittelpunkt. Die Frage „Lieben Sie Deutschland?“⁴¹⁾ gilt nicht der Erkundung eines neuen Nationalgefühls, sondern sie soll das ganz persönliche Durcheinander von Identifizierung und Ablehnung sichtbar machen: „Wieviel von Deutschland ist im eigenen Ich enthalten?“⁴²⁾

Die Identitätssuche kreist damit um kulturelle Phänomene, die mit nationaler Einheit, mit Nation als Hauptargumentationsstrang wenig verbindet. Die Nation dient nur als Vorwand⁴³⁾, als Vehikel⁴⁴⁾ für andere Ambitionen nach konkreter Sinnerfüllung. Die sich dabei mit vermischenden kultur- und zivilisationskritischen Strömungen sind weniger Ausdruck des Unbehagens an der Nation als an der Verfaßtheit unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft⁴⁵⁾. Das neue bundesrepublikanische

³⁹⁾ Zu den einzelnen Themenfeldern dieser rückwärtsgewandten Modernität vgl. Karl-Rudolf Korte, Suchbewegungen: Wo ist der deutsche Standort?, in: Nachdenken über Deutschland (Anm. 37), S. 19–36.

⁴⁰⁾ Hierzu besonders Wilfried Nelles, Kollektive Identität und politisches Handeln in Neuen Sozialen Bewegungen, in: Politische Vierteljahresschrift, (1984) 4, S. 425–440, hier S. 433–435; Eberhard Knödler-Buntes, Wider die Kurzatmigkeit sozialdemokratischer Kulturpolitik, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 32 (1985) 1, S. 64–75, hier S. 64 u. 74f.

⁴¹⁾ Marielouise Janssen-Jurreit (Hrsg.), Lieben Sie Deutschland? Gefühle zur Lage der Nation, München–Zürich 1985.

⁴²⁾ Ebenda, S. 10.

⁴³⁾ Vgl. Alexander Schwan, Frei vor vereint. Die Wiederbelebung der nationalen Fragen ändert nichts an der Raison der Bundesrepublik, in: Die Politische Meinung, 28 (1983) 206, S. 31–39.

⁴⁴⁾ Vgl. Hermann Rudolph, Die Deutsche Frage – neu gestellt? Zur Kritik des neuen Patriotismus vor dem Hintergrund von Jacob Kaisers Brücke-Konzept, in: Mut zur Einheit, Festschrift für Johann-Baptist Gradl, Köln 1984, S. 147–163.

⁴⁵⁾ Vgl. H. Rudolph, Die Deutsche Frage (Anm. 44), S. 156.

³⁶⁾ Zur Verwendung des Begriffs Identität vgl. u. a. Gerold Schmidt, Identität, Gebrauch und Geschichte eines modernen Begriffs, in: Muttersprache, 86 (1976), S. 333–354. Zur aktuellsten Verwendung Karl Dietrich Bracher, Das Modewort Identität und die Deutsche Frage, in: FAZ v. 9. 8. 1986.

³⁷⁾ Weiterführend Werner Weidenfeld, Die Suche nach Identität: Ein deutsches Problem?, in: ders. (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der deutschen Frage, Köln 1987, S. 89–99, hier S. 90–99; Karl-Rudolf Korte, Die Nation: Chance zur Selbstverwirklichung? Wertwandel und nationale Frage, in: Konrad Adam (Hrsg.), Kreativität und Leistung, Köln 1986, S. 245–249.

³⁸⁾ Leitmotivisch bei Botho Strauß, beispielsweise Paare, Passanten, München 1985, S. 176; grundsätzlich Wilhelm Hennis, Identität durch Errungenschaften? Zu einigen Wandlungen der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Wirtschaftliche Entwicklungslinien und gesellschaftlicher Wandel, Köln 1983, S. 29–41.

Selbstbewußtsein artikuliert sich somit unter der Tarnkappe der Identitätssuche in ganz neuen Bahnen. Verstärkend kommt hinzu, daß den Zeitgeist der achtziger Jahre eine Ich-Kunst prägt, die Identitätsfindung über ästhetische Stilbildung fördert⁴⁶⁾.

7. Die unruhigen Deutschen: Neue deutsche Sonderwege

Der geistig-politische Standort der Deutschen erhält zu Beginn der achtziger Jahre seine spezifische Akzentuierung auch durch eine von außen, von Ausländern angeregte Selbstverständnisdebatte innerhalb der Bundesrepublik. Friedensdiskussion und Suche nach Identität geben die Impulse für eine breite Perception ausländischer Fremdbilder. Im Mittelpunkt der Deutschlandbilder steht das Bild des unruhigen Deutschen. Dabei ist unseren Nachbarn offenbar unklar, was die Deutschen eigentlich wollen nach drei Jahrzehnten der Beruhigung. Wohin gehen die wandelbaren Deutschen diesmal?

Zentrale Interpretationskategorie ist dabei der deutsche Sonderweg. Er wird direkt als wissenschaftliche Kontroverse erörtert⁴⁷⁾ und indirekt als Gesamtklassifizierung der Bewegungen in der deutschen Frage benutzt⁴⁸⁾. Drei unterschiedliche Standortausprägungen erhält die Sonderweg-Diskussion zwischen 1981 und 1984. Sie ist:

— eine geschichtswissenschaftliche Debatte um Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte⁴⁹⁾;

— eine politikwissenschaftliche Debatte um die politische Funktionalisierung des Sonderwegsgedankens⁵⁰⁾;

— eine Debatte um das ‚deutsche Problem‘ der Ideologisierung eines eigenen deutschen Weges zwischen West und Ost, ein Deutungsmuster für die Denkfigur des Sonderbewußtseins⁵¹⁾.

⁴⁶⁾ Weiterführend Rüdiger Bubner, *Moderne Ersatzfunktionen des Ästhetischen — Lebensversöhnung durch Kunst*, in: Merkur, (1986) 2, S. 91—107; Ulrich Greiner, *Beethoven. Über die Ästhetisierung des Boulevards und die Boulevardisierung der Ästhetik*, in: *Die Zeit* v. 18. 4. 1986; Karla Fohrbeck, *Spielraum der 80'er Jahre: Stilbildung auf der Lebensbühne*, in: *FAZ* v. 21. 6. 1986.

⁴⁷⁾ Nachzulesen im Tagungsband *Deutscher Sonderweg — Mythos oder Realität?*, München 1982 (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte).

⁴⁸⁾ Ausführlich festgehalten bei Eberhard Schulz / Peter Danjlow, *Bewegung in der deutschen Frage? Die ausländischen Besorgnisse über die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten*, Bonn 1985².

⁴⁹⁾ Hier besonders in der Merkur-Kontroverse nachzeichnbar, vgl. Merkur, (1981) 5, 7, 8, vor allem zwischen Geoff Eley und Hans-Ulrich Wehler.

⁵⁰⁾ So Karl Dietrich Bracher auf dem Kolloquium „Deutscher Sonderweg“ (Anm. 47), S. 46—53, und Kurt Sontheimer, ebenda, S. 27—33.

⁵¹⁾ Akzentsetzend hier vor allem Pierre Hassner, *Was geht in Deutschland vor? Wiederbelebung der deutschen Frage durch Friedensbewegung und Alternative Gruppen*, in: *Europa-Archiv*, (1982) 17, S. 517—526.

8. Das ‚andere‘ Deutschland: Leiden an Deutschland

„Einzig die Dichter wüßten noch, was deutsch zu nennen sich lohne. Sie hätten die deutsche Sprache als letztes Band geknüpft. Sie seien das andere, das wahrhaftige Deutschland.“⁵²⁾ Das ‚andere‘ Deutschland ist ein Topos der Deutschlandbilder, den schwerpunktmäßig Literaten für ihre Reflexionen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Bundesrepublik thematisieren. Von Irene Böhme bis Martin Walser suchen sie vor allem seit Ende der siebziger Jahre nach Deutschland⁵³⁾. Vor dem Hintergrund der Friedensdiskussion kam es außerdem zu zahlreichen gesamtdeutschen Dichtertreffen in Ost und West.

Auffallend sind jedoch nicht nur die direkt-explizite Verarbeitung der Teilungsproblematik, wie jüngst bei Walsers Spionage-Novelle „Dorle und Wolf“⁵⁴⁾. Neue Deutschlandbilder finden sich vor allem indirekt in Verbindung mit der neuen Subjektivität in der Literatur der siebziger Jahre. Die vielfach nostalgische Suche äußert sich häufig in der parallelen Suchbewegung nach dem eigentlichen Deutschland: Wo liegt das echte, ursprüngliche Deutschland? Dabei taucht auch die Frage auf, ob die DDR noch Teil unseres bundesrepublikanischen Selbstverständnisses ist. Das ‚andere‘ Deutschland, die DDR, wird dabei neu entdeckt.

Diese Entdeckungsreise in die DDR ist eine Beschreibung der DDR aus eigener Größe, unabhängig davon, wie man sie beurteilt, jenseits von Lobeshymnen und pauschalen Verdammungen. Die DDR bleibt Vergleichsgesellschaft⁵⁵⁾, aber mit anderen Vorzeichen. Denn die Autoren entdecken jenseits der offiziell verordneten Staatskultur der DDR — im Provinzialismus der privaten Nischen — alte deutsche Tugenden. Aus der Reise in ein fernes Land der sechziger Jahre wird in den achtziger Jahren die Reise ins ‚andere‘ Deutschland⁵⁶⁾.

⁵²⁾ Günter Grass, *Das Treffen in Telgte*, Reinbek 1981, S. 90.

⁵³⁾ Ausführlicher dazu Karl-Rudolf Korte, *Der Traum vom ‚anderen‘ Deutschland*, Schriftsteller leiden an deutschen Weg, in: *Deutschland Archiv*, 17 (1984) 9, S. 958—962; exemplarisch nachzulesen bei Klaus Wagenbach u. a., *Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*, Berlin 1979; Hans Christoph Buch (Hrsg.), *Thema: Deutschland. Das Kind mit zwei Köpfen*, Berlin 1978; Uwe Wandrey (Hrsg.), *Kein schöner Land? Deutschsprachige Autoren zur Lage der Nation*, Reinbek 1979.

⁵⁴⁾ Martin Walser, *Dorle und Wolf*, Frankfurt 1987.

⁵⁵⁾ Zur Begrifflichkeit der Vergleichsgesellschaft vgl. Rainer M. Lepsius, *Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation*, in: Lothar Albertin / Werner Link (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 417—450, hier S. 436f.

⁵⁶⁾ Marion Gräfin Dönhoff u. a., *Reise in ein fernes Land*, Hamburg 1964; Theo Sommer (Hrsg.), *Reise ins andere Deutschland*, Hamburg 1986.

Dahinter steckt weniger ein gesamtdeutscher Impuls. Die neu entdeckten Gemeinsamkeiten, der differenzierte Blickkontakt in den Alltag des anderen Staates enthält eher Erinnerungsspuren an die eigenen bundesrepublikanischen fünfziger Jahre: Scheinidyllen auf Kopfsteinpflaster bei Horst Krüger, nostalgisch verträumte Landschaften bei Erich Loest, Gefühle verjährter Modernität bei Martin Walser, biedere Bürgerlichkeit abseits hektischer Verwestlichung bei Peter Schneider. Das ‚andere‘ Deutschland wird als Vorstellung gebraucht: „Sie hilft Identität finden, sie aktiviert beruflich und privat, sie befördert Träume und Sehnsüchte, macht wohlighit gruseln, ist ein Stück vertraute Fremde, das wir nicht missen können.“⁵⁷⁾ Die Schriftsteller formulieren so nationale Fragen als existentielle Identitätsfragen, an der sie, jeder auf seine Weise, leiden. Sie wehren sich gegen die hastig ergriffene Westidentität. Sie sind „Mauerspringer aus Passion“ (so Günter Grass im Katalog: „Zeitvergleich“).

9. Die Last der Vergangenheit: Rückblenden

Die Symptome von zunehmender Vergegenwärtigung des Vergangenen sind seit der Tendenzwende 1974 deutlich nachweisbar. Die Indikatoren reichen von einer neuen Museumskultur über ein gestiegenes Ausstellungsinteresse bis zum regionalen Boom an Alltagsgeschichten. Politische Brisanz erhalten diese Geschichtsstoffe jedoch erst in den achtziger Jahren⁵⁸⁾. Die derzeitige Kontroverse zur Einordnung des Nationalsozialismus, zur Mahnmaldiskus-

sion, zu den geplanten historischen Museen gehören in diesen Kontext. In der Verbindung von gestiegener Geschichtsneugier, historischer Selbstvergewisserung und bundesrepublikanischem Legitimationsbedarf spiegelt sich ein elementares Verlangen nach einer präziseren, historisch verorteten Standortbestimmung der Bundesrepublik wider. Gefragt sind historisch verortete Deutschlandbilder, die eine Selbstlokalisierung im historischen Prozeß ermöglichen. Doch die Last der NS-Vergangenheit und die Traditionslinien kontrastreicher Selbstbilder der Deutschen zeigen die Grenzen dieser Bildrekonstruktionsversuche.

Nachweisbar sind diese Deutschlandbilder der Rückblenden am Umgang mit politischen Gedenktagen. Sie sind offenbar Katalysatoren von Selbstverständnisdebatten in zunehmend hoher Intensität. Aber auch die Nachfragen nach der Funktion von Geschichte dokumentiert den Trend, neue, historisch begründete Deutschlandbilder zu entwerfen. In Teilbereichen gibt es auch nationalistische Tendenzen in Form des Versuchs der Funktionalisierung von Geschichte, zur Wiederbelebung nationaler Geschichtsbilder und zur Konsolidierung eines Geschichtsbewußtseins auf der Basis des nunmehr Erreichten⁵⁹⁾. Anlaß dieser kontroversen Diskussion bieten seit den späten siebziger Jahren die Sujets Geschichte und Unterricht sowie Geschichte und Nation. Der historische Rekurs ermöglicht dabei, an Nations- und Staatsmodelle in der deutschen Geschichte wieder zu erinnern und die latente Offenheit der deutschen Frage in den Vordergrund zu rücken.

III. Politische Kultur der deutschen Frage

Die für die Zeit seit 1972 herauskristallisierten neun Deutschlandbilder sind in ihrer Substanz ein Mosaik aufeinanderbezogener Selbst- und Fremdbilder. Diese Bilder sind als Bewußtseinsstrukturen individuell unterschiedlich ausgeprägt. Ihre jeweilige Intensität etwa als Leitbilder hängt von aktuell bedingten Anforderungen ab. Sie sind damit immer situativ und kontextbezogen. So ist seit etwa 1977 eine deutliche Umdimensionierung unserer Wahrnehmungsfelder analysierbar, die Topoi Nation, Deutschland bzw. deren semantisches Umfeld sind in den Vordergrund gerückt. Zusammenfassend lassen sich folgende Akzentuierungen der deutschen Frage festhalten:

1. Der zeitliche Längsschnitt zeigt Variationen der deutschen Frage als geistig-politische Standortfra-

gen. Leitmotivisch geht es um Suchbilder nach Deutschland und gleichzeitig um den Versuch, sich selbst zu begreifen. Selbstdefinition und Fremdbegrenzung sind für die Bundesbürger nach dem Grundlagenvertrag offenbar noch vager geworden. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand steigen sogar die Nachfragen nach geistig-politischen Standortbeschreibungen.

2. Die Debattenschwerpunkte und Argumentationsfiguren verweisen schon sprachlich auf die Variationen der deutschen Frage in der intellektuellen Öffentlichkeit. Anerkennung und Selbstanerkennung, statusrechtliche Probleme, Fragen des Systemgegensatzes wandeln sich zu Selbstverständnisdebatten und Identitätsnachfragen. Die deutsche Frage wird so seit Mitte der siebziger Jahre stärker als vorher subjektiviert, personalisiert und entpolitisiert, wenn das geringe Interesse an Fragen des

⁵⁷⁾ Irene Böhme, Die deutsche Teilung hält die Politiker in Schwung, in: Frankfurter Rundschau v. 10. 9. 1987.

⁵⁸⁾ Grundsätzlich dazu Werner Weidenfeld (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987, dort vor allem überblicksartig der Literaturbericht von Andreas Meusch und Felix Ph. Lutz, S. 224–242.

⁵⁹⁾ Diese Argumentationen sind dokumentiert in: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Texte von Rudolf Augstein u. a., München-Zürich 1987.

Systemwettbewerbs mit berücksichtigt wird. Im Vordergrund stehen subjektive, individuelle und kollektive Dispositionen. Die Argumentationsmuster verlaufen unter Bezugnahme auf subjektive Lebensformen, Werte, Bedürfnisse, Identitätsansprüche.

3. Diese moderne Fassung der deutschen Frage ist eingebettet in übergeordnete Zeitströmungen seit Mitte der siebziger Jahre. Die Neigung zur Binnenorientierung, die Rückkehr auf die eigenen, inneren Probleme kennzeichnet die Signatur der siebziger. Die deutsche Frage ist integriert in diese Klimaveränderungen. Sie stellt sich deshalb als Thema unserer politischen Kultur, als Frage nach den Werten, Orientierungen, Einstellungen, nach dem Selbstverständnis der Deutschen heute. Dabei ist nach einem ökologisch-friedenspolitisch und deutsch-deutschen, historisch-kulturell geprägten Selbstverständnis gefragt. Hierin läßt sich die Aktualität der deutschen Frage nachweisen. Die Nation dient dabei häufig nur als Vehikel für andere Ambitionen nach konkreter Sinnerfüllung.

4. Die DDR ist dabei noch immer Teil unseres Selbstverständnisses. Das gewachsene Interesse an der DDR hat sich jedoch entsprechend den neuen Anforderungen und Ausprägungen der deutschen Frage gewandelt. Dahinter stecken sowohl ein Bedürfnis nach Information vor allem über den Alltag der DDR wie historisch-kulturell gefärbte gesamtdeutsche Bewußtseinsprofile. Sie legen die Erinnerungsspuren an die gemeinsame Vergangenheit neu offen und provozieren gleichzeitig in der Kategorie der neuen Betroffenheit eine ganze Palette neuer deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten vom ökologischen bis friedenspolitischen Engagement.

5. Die aktuelle Brisanz der deutschen Frage, ihre Qualität als Zeitgeist-Chiffre hängt mit dem Identitätsbegriff zusammen. Identität bündelt zeitadäquat die drei Problem-Dimensionen der deutschen Frage:

— die *historisch-politische*, als Frage nach den Traditionslinien deutscher Standortsuche, nach dem

stets strittigen Geltungsbereich und vorrangigen Bezugspunkt der Deutschlandbilder;

— die *politisch-strategische*, als Frage nach den West-Ost-Koordinaten der Bundesrepublik zwischen Westbindung, Ostverbindung und Mittel-lage; die Problematik, fester Bestandteil des demokratischen Westens zu sein ohne gleichzeitig zu leugnen, daß wir als Deutsche einer Nation angehören, die in zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen aufgeteilt ist;

— die *politisch-kulturelle*, als Frage nach den normativen Bindungen der westdeutschen Demokratie, nach der Spannung zwischen Zugehörigkeit zum Westen bei gleichzeitiger Suche nach antiwestlicher Eigenart, nach den spezifischen Verarbeitungsmustern von Modernitätserfahrungen in Deutschland.

Die Ursachen für die skizzierten Akzentverlagerungen der deutschen Frage seit 1972 sind vielschichtig — sie sind international und national bedingt. Nach dem Vierteljahrhundert eines unvergleichbaren Wirtschaftswachstums war die Zeit nach 1972 eine Zeit der Rückschläge und des Zweifelns, eine Mischung aus Protest und Populismus. Manche der Schocks der siebziger Jahre erwiesen sich als wenig dauerhaft. Aber sie hinterließen Narben. Der Verlust sichernder Leitbilder und stabiler Prognosen hat dabei offenbar das Bedürfnis nach trans-rationalen Verankerungen, nach einer tiefer grundierten Identität und sogar nach kollektiv vermittelter Sinnstiftung wachsen lassen.

Die intellektuellen Deutschlandbilder markieren mit ihren Portraits, Profilen und Prognosen, wie sehr die deutsche Frage heute mit Grundfragen des Selbstverständnisses und der politischen Kultur der Bundesrepublik verknüpft ist. Als Suchbilder nach Deutschland und Sinnfragen an die moderne Industriegesellschaft sind sie stets bestimmt durch zwei ambivalente Grundgefühle: den Rückblick auf das, was wir waren, aber nicht sein wollten, und die Besinnung auf das, was wir sein könnten, aber nicht sind.

Christian Hacke: Traditionen und Stationen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1987

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88, S. 3—15

Die mittlerweile vier Jahrzehnte umfassende Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bildet bereits eine eigene Tradition. Obwohl die Bundesrepublik exportorientiert und rohstoffabhängig ist und zugleich im ideologischen und machtpolitischen Kraftfeld zwischen Ost und West sich behaupten muß, ist das Verständnis der Bevölkerung für die außenpolitischen Probleme relativ gering. In diesem Überblick soll das Verständnis für die Leistung und für die Erfolgsgeschichte der Außenpolitik der Bundesrepublik vergrößert werden. Es sind nicht nur die Traditionen, die an der Schwelle der neunziger Jahre geschichtsbildend wirken, sondern die Bundesrepublik hat eine eigene politische Kontinuität entwickelt, die zunehmend an Gestaltungskraft, auch in der Außenpolitik, gewinnt.

David R. Gress: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1945 bis 1987

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88, S. 16—27

Anfang des Jahres 1988 ist Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik populärer als Ronald Reagan. Während das sich darin ausdrückende Mißtrauen gegenüber den USA und ihrer Regierung keineswegs irrationalen oder ideologischen Anti-Amerikanismus ausdrückt, zeigt es doch auf, daß viele Bundesdeutsche der Politik der USA kritisch gegenüberstehen.

In den mehr als vierzig Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen immer wieder zwischen den Polen der Übereinstimmung und der Entfremdung geschwankt. Die Haltung gegenüber den USA differenzierte sich vor allem seit den sechziger Jahren: In Kreisen des Journalismus, der Akademiker und der Gewerkschaften, der protestantischen Kirche und der SPD überwog eine kritische Distanz, während die konservativen Kreise der politischen Führungsschicht weiterhin auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet blieben. Die amerikanische Rüstungskontrollpolitik von 1986/87 bewirkte allerdings auch hier einige Irritation. Noch gegen Ende des Jahres 1987 wurde die Fähigkeit der Amerikaner zu einer folgerichtigen Außenpolitik im gemeinsamen westlichen Interesse von vielen bundesdeutschen Politikern angezweifelt. Es bleibt abzuwarten, welche Schlüsse sie daraus für eine stärker europäisch orientierte Sicherheitspolitik ziehen werden.

Hans-Adolf Jacobsen: Deutsch-sowjetische Beziehungen: Kontinuität und Wandel 1945 bis 1987

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88, S. 28—44

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sind für die Stabilität und den friedlichen Wandel in Europa von fundamentaler Bedeutung, wenngleich sie auch stets von dem Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR abhängig bleiben. Die Geschichte dieser ebenso komplexen wie widersprüchlichen, zugleich durch einseitige Schuldzuweisungen gekennzeichneten Beziehungen — die triangulär unter Einbeziehung der DDR zu sehen sind — ist bis heute noch nicht wissenschaftlich adäquat aufgearbeitet worden. In dem vorliegenden Beitrag werden — verbunden mit dem Ziel, über ältere, tradierte Betrachtungsweisen hinauszuführen, — Kontinuität und Wandel dieser Beziehungen untersucht.

Ausgehend von dem Versuch einer Periodisierung (sieben Phasen von 1945 bis 1987) werden zunächst die grundlegenden Konfliktfelder verdeutlicht. Hierzu zählen die beiderseitigen Feindbilder, so wie sie sich historisch entwickelt haben, die kontroversen Probleme der Sicherheit im Lichte der Clausewitzschen Theorien vom Primat der Politik und der bis heute andauernde Zielkonflikt in der deutschen Frage, wenngleich in jüngster Zeit auf sowjetischer Seite die Existenz der einen Nation in zwei deutschen Staaten zumindest als eine Realität zur Kenntnis genommen worden ist.

Im zweiten Teil wird die unterschiedliche Zusammenarbeit in ihren Möglichkeiten, Entwicklungstendenzen und Grenzen, die vor allem durch den Systemantagonismus gezogen werden, erörtert. Neben dem politischen Dialog und den Konsultationen werden die wirtschaftliche, kulturelle, technische und wissenschaftliche Kooperation — insbesondere seit den siebziger Jahren — bilanziert. In einem Ausblick geht es schließlich um die Frage, ob mit dem außenpolitischen „Neuen Denken“ (Gorbatschow) ein grundlegender Wandel in den bilateralen Beziehungen zu erwarten ist. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß in Zukunft die kooperativen Elemente im Ost-West-Verhältnis auf dem europäischen Kontinent die der Konfrontation zurückdrängen werden.

Karl-Rudolf Korte: Deutschlandbilder — Akzentverlagerungen der deutschen Frage seit den siebziger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88, S. 45—53

Deutschlandbilder sind die Summe der Vorstellungen, die in der Bundesrepublik Deutschland sowohl über den eigenen wie über den anderen Teil Deutschlands geäußert werden; es sind geistig-politische Standortbilder. Die zentralen intellektuellen Deutschlandbilder lassen sich an spezifischen Themenfeldern verdeutlichen: Für die Zeit von 1972 bis Mitte der achtziger Jahre kann man folgende signifikante Deutschlandbilder unterscheiden: Selbstanerkennung, Tendenzwende, der „häßliche“ Deutsche, die nationale Frage, Friedensdiskussion, die Identitätssuche, die unruhigen Deutschen, das „andere“ Deutschland, die Last der Vergangenheit. Leitmotivisch geht es dabei um Suchbilder nach Deutschland und gleichzeitig um den Versuch, sich selbst historisch-politisch zu begreifen.

Die deutsche Frage wird seit Mitte der siebziger Jahre stärker als vorher subjektiviert, personalisiert und entpolitisiert. Im Vordergrund stehen also subjektive, individuelle und kollektive Dispositionen. Die DDR ist dabei noch immer Teil unseres Selbstverständnisses. Die intellektuellen Deutschlandbilder markieren mit ihren Portraits, Profilen und Prognosen, wie sehr die deutsche Frage heute mit Grundfragen des Selbstverständnisses und der politischen Kultur der Bundesrepublik verknüpft ist.